

Werkstatt-Papiere

Nr. 19

Bürger planen Hagen-Haspe

Dienel/Garbe/Wyborski

Forschungsstelle
Bürgerbeteiligung & Planungsverfahren
Universität Gesamthochschule Wuppertal

Werkstatt - Papiere

Nr. 19

Bürger planen Hagen-Haspe

Dienel/Garbe/Wyborski

(Nachdruck des 1978 vom ILS Dortmund herausgegebenen Originals)

FORSCHUNGSSTELLE BÜRGERBETEILIGUNG & PLANUNGSVERFAHREN
LEITUNG: PROFESSOR DR. PETER C. DIENEL
BERGISCHE UNIVERSITÄT - GESAMTHOCHSCHULE WUPPERTAL
5600 WUPPERTAL 1
TELEFON: 0202-439-2354(WE)/2344(PO)/2295(GA)/2294(DI)

(Dieser Nachdruck erfolgt mit der freundlichen Genehmigung des Ministers für Landes- und Stadtentwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie des Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen)

Schriftenreihe Landes- und Stadtentwicklungsforschung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Stadtentwicklung - Städtebau

Band 2.020

Bürger planen Hagen-Haspe

Die Testläufe der 'Planungszelle' in Hagen-Haspe

Peter C. Dienel

unter Mitwirkung von

Detlef Garbe

Bernd Wyborski

Herausgegeben vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung
des Landes Nordrhein-Westfalen (ILS) im Auftrage des
Innenministers NW

Forschungsvorhaben : **Bürger planen Hagen-Haspe**
Die Testläufe der 'Planungszelle'
in Hagen-Haspe

Erprobung eines Verfahrens zu geordneten
Beteiligung von Bürgern an der Gestaltung
der städtischen Umwelt

Auftraggeber : Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen

Auftragnehmer : Prof. Dr. Peter C. Dienel, Fachbereich
Gesellschaftswissenschaften, Gesamthochschule
Wuppertal

Bearbeiter : Peter C. Dienel, Prof. Dr. theol.
Detlef Garbe, Wiss. Assistent (Kapitel Va und VI)
Bernd Wyborski, Dr.-phil., Wiss. Assistent (Kapitel III und Vb)

VORWORT

Nachdem in den Jahren 1972 und 1973 die Klöckner Werke AG und das Gußstahlwerk Wittmann in Hagen-Haspe Betriebe einstellten, war ein besonderer Anlaß gegeben, durch ein städtebauliches Sanierungsverfahren die Strukturen zu verbessern. In diesem Stadtteil wurde damit das größte Sanierungsgebiet von Nordrhein-Westfalen mit 3.000 Einwohnern auf einer Fläche von 700.000 Quadratmetern ausgewiesen.

Hagen-Haspe ist ein traditioneller Industriestandort, dessen Struktur die stahlerzeugende und -verarbeitende Industrie geprägt hat. Das Industrieviertel im Zentrum des Stadtteils, die Industriebahn und die Bundesstraße 7 beeinträchtigen die Funktionen.

Bei der Neuordnung des Stadtteils Hagen-Haspe war und ist die umfassende Beteiligung der Bürger und der direkt Betroffenen von entscheidender Bedeutung und damit ein besonderes Anliegen der Stadt Hagen.

So hat die Stadt Hagen bei der Suche nach einem geordneten Beteiligungsverfahren der Bürger auch die von Professor Dr. Peter C. Dienel entwickelte Planungszelle eingebaut. In acht Testläufen mit der Planungszelle wurde die Erfahrung gewonnen, daß durch dieses Modell die allgemeinen Interessen der Bürger zum Ausdruck kommen und somit neben den Interessen der Träger von öffentlichen Belangen Eingang in die Überlegungen der städtischen Planer für ein Neuordnungskonzept gefunden haben.

Der Einsatz der Planungszelle ermöglichte schon in einem frühen Stadium die Beteiligung der Bürger.

Die Stadt Hagen hat die Vorschläge von Professor Dienel dankbar aufgegriffen und bei den weiteren Verfahren der Bürgerbeteiligung wird sie die gewonnenen Erfahrungen verwerten, um auch hier eine optimale Beteiligung der Betroffenen an der Planung in Hagen-Haspe zu erreichen.

Der Dank der Stadt Hagen gilt in besonderem Maße auch dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, der die Erprobung eines neuartigen Verfahrens zur Bürgerbeteiligung durch seine finanzielle Unterstützung ermöglichte.

DR. KLAUS MÜLLER
Oberstadtdirektor
der Stadt Hagen

VORBEMERKUNG DER VERFASSER

Das dem Untersuchungsvorhaben zugrundeliegende Beteiligungsmodell kann in der hier eingehaltenen Kürze vorgestellt werden, weil gleichzeitig für den interessierten Fachmann eine grundlegende und detaillierte Darstellung (Die Planungszelle, Opladen 1978) im Buchhandel greifbar wird.

Das Projekt, über das hier berichtet wird, hätte nie von einem einzelnen allein durchgeführt werden können. Es ist das Ergebnis einer Teamarbeit. Die Stadt Hagen in Westfalen, insbesondere deren Stadtrat Dr. Wissmann, ermöglichte den Einsatz des erprobungsreifen Verfahrens in Haspe. Auf wissenschaftlicher und technischer Seite waren an den Untersuchungen beteiligt die Damen und Herren Ammann, Batinic, Bernotat, Bertels, Dr. Bongardt, Burgass, M.A., Prof. Dienel, Dipl.-Soz. Dollinger, Emmerling, Prof. Enke, Garbe, Dipl.-Soz. Jüchter, Höltzel, Horst, Karuweit, Kruse, Prof. Lang, Dr. Laske, Ass. Lenkaitis, Reichmann, von Rekowski, Prof. Ruppelt, Schulte, Ullmann und Dr. Wyborski.

Entscheidend für das Gelingen des Vorhabens aber war vor allem die Kooperationsbereitschaft der im Zufall ausgelosten Bürger. Ihnen, die es wagten die Laienplaner-Rolle zu übernehmen, sei auch hier gedankt!

VORBEMERKUNG DES HERAUSGEBERS

Im Runderlaß des Innenministers Nordrhein-Westfalen vom 8. Dezember 1976 zur Novelle des Bundesbaugesetzes vom 18. August 1976 wird zum Thema „Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung“ ausgeführt: „Ein wesentliches Anliegen des Gesetzgebers ist es, die Gemeinden zu verpflichten, die Bürger verstärkt und frühzeitig, d.h. zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Planung noch nicht verfestigt hat, an den gemeindlichen Planungsentscheidungen teilhaben zu lassen.“

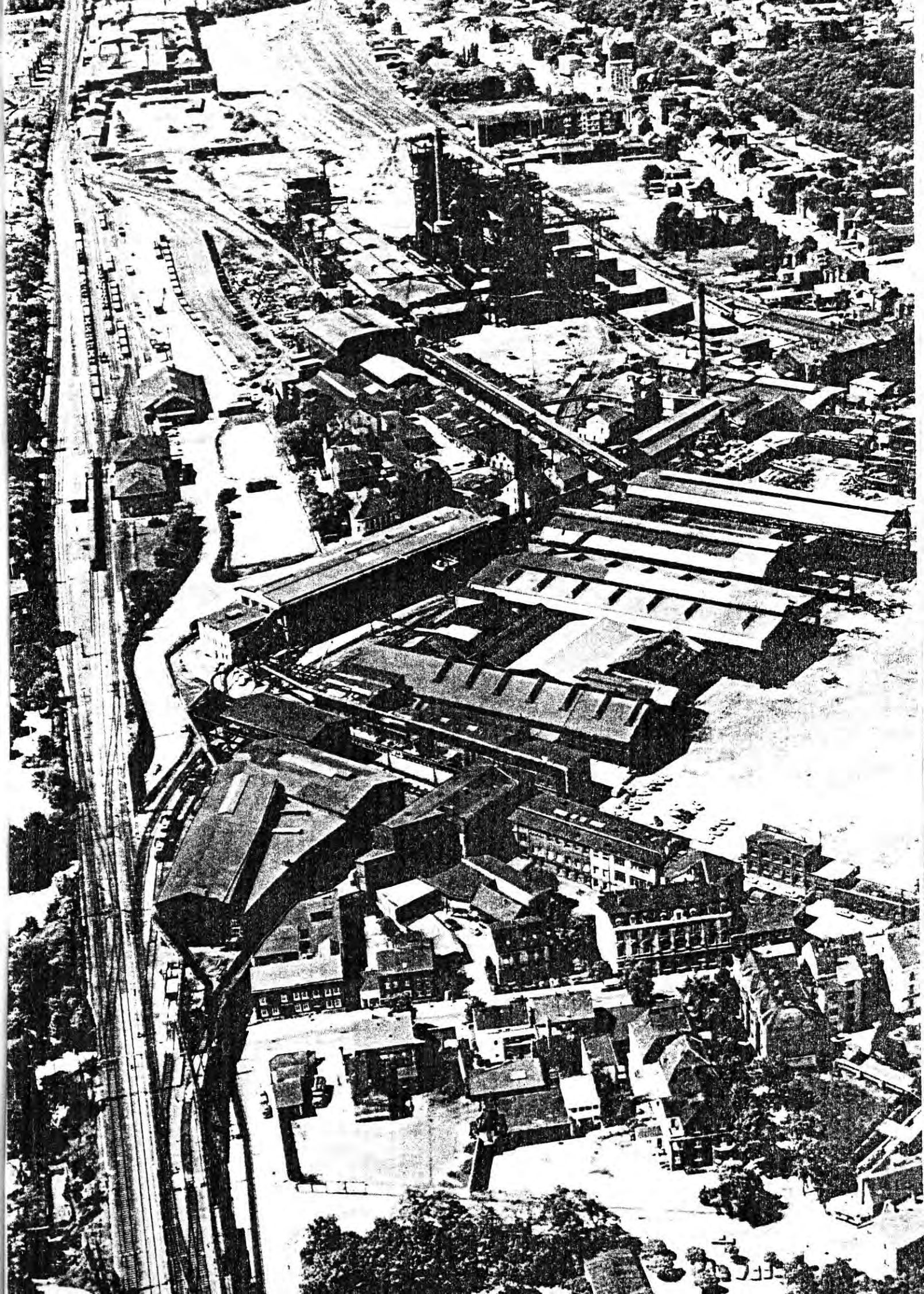
Hinsichtlich der Durchführung der Bürgerbeteiligung weist der Innenminister darauf hin, daß das Bundesbaugesetz Variationsmöglichkeiten der Bürgerbeteiligung bei den einzelnen Bauleitplänen zuläßt, die sich aus den unterschiedlichen Verhältnissen bei den einzelnen Planungen rechtfertigen. Damit sind aber nur diejenigen Beteiligungsformen angesprochen, die sich auf den gesetzlich fixierten Bauleitplanungsprozeß beziehen.

Das vom Autor dieses Forschungsberichtes entwickelte neue Beteiligungsverfahren der „Planungszelle“ kann bereits in der Entwicklungsplanung, also im Vorfeld der Bauleitplanung angewandt werden und ist darüber hinaus auch für andere kommunalpolitische Entscheidungsvorgänge anwendbar. Mit der Finanzierung der in diesem Bericht dokumentierten Testläufe des Modells Planungszelle am Beispiel der Sanierungsplanung Hagen-Haspe macht der Innenminister NW deutlich, welche Bedeutung er grundsätzlich der Mitwirkung der Bürger an der Gestaltung der städtischen Umwelt beimißt.

Der Dank des Herausgebers gilt allen, die am Zustandekommen dieses Forschungsberichtes beteiligt waren, vor allem aber den Bürgern, die sich mit Hingabe am Verfahren beteiligten und den Angehörigen der Stadtverwaltung Hagen, die den Autor und sein Team bei der Durchführung der Testläufe unterstützten. Möge dieser Bericht andere Städte und Gemeinden anregen, das Modell Planungszelle zur kommunalpolitischen Entscheidungsvorbereitung anzuwenden.

DR. V. FRHR. VON MALCHUS
Direktor des ILS

Abb. 1 Klöckner-Gelände Haspe
(Freigeg.: Reg.-Präs. Münster 1893/74)



INHALTSVERZEICHNIS

	e) Mahlzeiten	40
	f) Kennzeichen	40
	2. Ablauf	40
	a) Tagungsräume	40
	b) Personeneinsatz	41
	c) Der zeitliche Ablauf	41
	d) Arbeitsweisen	43
	e) Pausen	44
	C. Der Daten-Umlauf	44
	1. Info-Eingaben	44
	2. Bewertungsvorgänge	48
	a) Aufgaben der Bewertungsvorgänge	48
	b) Art des Bewertungsvorgangs	48
	c) Bewertungsbogen	49
	d) Mehrfachbewertung	50
	e) Aufbereitung der Bewertungsergebnisse	50
I	Aufgabenstellung	13
	1. Beitrag zum örtlichen Sanierungsvorhaben	13
	2. Weiterentwicklung eines Beteiligungsverfahrens	13
II	Darstellung des Modells	15
	1. Merkmale	15
	2. Auswirkungen	16
III	Der Sanierungsfall Haspe	20
	1. Die große Vergangenheit	20
	2. Das heutige Dilemma	20
	a) Verkehr	20
	b) Stilllegung der Klöckner-Hütte	20
	c) Wohnzustand	20
	d) Sozialstruktur	21
	e) Benachteiligung von Haspe	21
	3. Maßnahmen zur Abhilfe	21
	a) Vorbereitende Untersuchung	21
	b) Sanierungsbeirat	21
	c) Befragung	21
	d) Festlegung des Sanierungsgebietes	22
	e) Klausurtagung	24
	f) Sanierungsbüro	24
	g) Zwischenfazit	24
IV	Vorbereitungsphase	25
	1. Anstoß	25
	2. Arbeitsanfall	25
	3. Umfang der Maßnahmen	25
	4. Zeitliche Strukturierung	25
	5. Definition bearbeitbarer Aufgabenstellungen	26
	6. Ausarbeitung beteiligter Rollen	26
	7. Standardisierung der Rahmenbedingungen	28
	8. Redaktion des Materials	28
V	Durchführungsphase	30
	A. Die Teilnehmer	30
	1. Rahmenbedingungen	30
	a) Ziele des Einladungsverfahrens	30
	b) Vorhersehbare Probleme	31
	2. Auswahl der Teilnehmer	32
	3. Einladung der Teilnehmer	32
	4. Aktivierung der Teilnehmer	33
	5. Zusammensetzung der Teilnehmerschaft	35
	B. Die Organisation	38
	1. Äußere Organisation	38
	a) Trägerschaft	38
	b) Vergütung	38
	c) Versicherung	38
	d) Transport	40
VI	Nacharbeit	51
	1. Das „follow up“ für die Teilnehmer	51
	a) Präsentation mitgefilmter Teile des PZ-Ablaufes	52
	b) Vorstellung von Ergebnissen	52
	c) Die Frage nach dem „Verbleib“ der Ergebnisse	52
	d) Begegnung mit dem Sanierungsbeirat	52
	2. Reaktion im Spiegel der Presse	53
	a) Lokalpresse	53
	b) Überregionale Presse	53
	c) Fach-Veröffentlichungen	53
	3. Reaktion im Bereich „VHS“	57
	4. Reaktion von Teilnehmern	57
VII	Ergebnisse	59
	A. Für die Sanierungs- und Entwicklungsplanung Hagen-Haspe	59
	1. Sachergebnisse	59
	2. Vermittlung	60
	3. Synopse von Sachergebnis und Vermittlung	61
	4. Adressaten	68
	5. Rückblick nach 20 Monaten	69
	B. Ertrag für die Weiterentwicklung des Modells	70
	1. Bestätigung von Annahmen	70
	a) Annahmen über Teilnehmerverhalten	70
	b) Annahmen über Mitarbeiterverhalten	74
	c) Annahmen über output	75
	2. Dokumentation von Verbesserungsmöglichkeiten	75
	3. Offene Fragen	77
	a) Erschließung weiterer Einsatzbereiche	77
	b) Dauer der Planungszelle	78
	c) Programmdichte der Planungszelle	79

C. Gesamtergebnis	79
VIII Anregungen	80
1. Aufgreifen weiterer Testfälle	80
2. Entwicklung eines Handbuches	80
Anhang: Anlage	81
Literaturverzeichnis	83

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

1 Klöckner-Gelände Haspe	
2 Laienplaner – auch in der Pause am Thema	15
3 Hasper Kreisel	18
4 Hagen-Haspe: Lage im Raum	19
5 Zusammensetzung des Hasper Sanierungsbeirates	22
6 Aufruf der Stadt Hagen: „Wirken Sie mit!“	22
7 Die Hasper Sanierungsgebiete	23
8 Auszug aus einer Hasper Stadtteilzeitung	24
9 Themenvorschläge für Planungszellen	27
10 Beobachtungsprotokoll	29
11 Signet	40
12 Tagungsstätte der Planungszellen „Sanierungsbüro Haspe“	41
13 Tagungsraum: Tischordnung	40
14 Blick in den Tagungsraum: Die Gruppe bei der Arbeit	42
15 Ablaufskizze	42
16 Diskussionsbaum	45
17 Problemberg	45
18 Pausengespräch	46
19 Stellwand mit Informations-Poster	47
 Bewertungsbögen:	
20 – Wunschliste „Freizeiteinrichtungen“	48
21 – Entwicklungsalternativen Haspe	49
22 – Verkehrsalternativen	49
23 – Ortskernsituation	49
24 – Freizeiteinrichtungen	50
25 Laienplaner bei der Bewertung von Alternativen	51
26 Haushaltsentscheidung: Verteilung von Finanzmitteln	50
 Zeitungsberichte:	
27 – Vorstellung von Planungszellen-Ergebnisse im Sanierungsbeirat Haspe	54
28 – Vorstellung von Planungszellen-Ergebnissen in der Bezirksvertretung Hagen-West	55
28a – Teilnehmer am Wuppertaler Expertengespräch	55

Zeitschriftenbericht:	
29 – Heimstätten fördern Bürgerbeteiligung an der Planung	56
 Darstellung von Planungsergebnissen:	
30 – Entwicklungsziele für Haspe	64
31 – Kontinuität von Einstellungen zu den Entwicklungsalternativen	64
32 – Vergleich Erst- und Letztbewertung Verkehrsalternativen	65
33 – Bewertung der Ortskernsituation	64
34 – Einkaufssituation in Haspe	65
35 – Freizeiteinrichtungen: Verteilung der 1. Priorität	65
36 – Freizeiteinrichtungen	66
37 – Weiterentwicklung der Wohngebiete	66
38 – Weiterentwicklung der Wohngebiete: Einwirkungen von Informationseingaben und Gruppenergebnissen auf Bewertungsergebnisse	67
39 – Tendenzielle Gleichheit der Bewertungsergebnisse unterschiedlicher Laienplanergruppen	67
39a Strukturplan Sanierung Hagen-Haspe Planungsstand Dezember 1977	71
40 Vergleich von Erst- und Letztbewertungen	77
41 Vergleich von Ergebnissen unqualifizierter Bewertungen	78

VERZEICHNIS DER TABELLEN

Tabelle 1	Vergleich der Erwerbstätigen in Haspe und Hagen nach der Stellung im Beruf	21
Tabelle 2	Vergleich der Erwerbstätigen in Haspe und Hagen nach Wirtschaftszweigen	21
Tabelle 3	Zustimmung der Bevölkerungsgruppen zu den Neuordnungszielen	23
Tabelle 4	Daten zum Sanierungsgebiet	24
Tabelle 5	Termine und Herkunftsort der Planungszellen	30
Tabelle 6	Teilnehmerauswahl	32
Tabelle 7	Teilnehmerschaft der Planungszellen nach Geschlecht, Alter und Familienstand	36
Tabelle 8	Teilnehmerschaft der Planungszellen nach Erwerbstätigkeit, Schulabschluß und Einkommen	37
Tabelle 9	Freistellung von Laienplanern	39
Tabelle 10	Kooperation mit Volkshochschulen	37
Tabelle 11	Personeneinsatz	41

Kurzfassung

Die Testläufe der Planungszelle in Hagen-Haspe dienten

- sowohl der Aufgabe, dem örtlichen Entscheidungsträger brauchbare Unterlagen für die Lösung der schwierigen Sanierungs- und Stadtentwicklungsprobleme zu beschaffen, die sich im Hasper Tal stellten,
- wie auch der Überprüfung und Verbesserung eines neuartigen Bürgerbeteiligungsverfahrens.

Nach einer (mit Verweis auf die detaillierte Darstellung „Die Planungszelle“, Opladen 1978) kurzen Skizzierung des verwendeten Modells sowie des Sanierungsfalles Hagen-Haspe dokumentiert der Bericht ausführlich die Vorbereitung dieser Testläufe und ihre Durchführung: In der Zeit vom Dezember 1975 bis Mai 1976 haben acht je dreitägige Planungszellen nacheinander über die gleichen von der Verwaltung vorgegebenen Probleme (Führung der B 7; erforderliche Freizeiteinrichtungen; Wohnungsmodernisierung) gearbeitet. Die Bewertung planungsrelevanter Sachverhalte, die von den Bürgern dabei geleistet wurde, ließ sich statistisch aufbereiten. Die so gewonnenen Daten waren geeignet, später in den erforderlichen Abwägungsprozessen zwischen Betroffeneninteressen und Allgemeininteresse als Entscheidungsgrundlage zu dienen. In wie hohem Maße die Stadt Hagen bei der Weiterentwicklung ihrer Planungen auf diese Ergebnisse zurückgegriffen hat, zeigt insbesondere auch ein Rückblick (s. Seite 69), der noch unmittelbar vor der Drucklegung eingefügt werden konnte.

Auch für die beabsichtigte Weiterentwicklung des mit der Planungszelle gegebenen Ansatzes sind wertvolle Ergebnisse angefallen: Es haben sich Annahmen bestätigen lassen und Verbesserungsmöglichkeiten gezeigt. Das Modell Planungszelle sollte in weiteren Planungsverfahren eingesetzt werden.

Kapitel I

Aufgabenstellung

Gegenstand der Untersuchung, über die hier berichtet wird, war die praktische Erprobung eines bestimmten Verfahrens zur geordneten Beteiligung von Bürgern an der Gestaltung der städtischen Umwelt im Rahmen eines Sanierungsvorhabens.

Eine solche praktische Erprobung kann – entsprechend den Leistungsansprüchen, die heute an Beteiligungsverfahren gerichtet werden sollten – nur dann als erfolgreich abgelaufen betrachtet werden, wenn das erprobte Verfahren dem tatsächlichen Bedarf des betreffenden Sanierungsvorhabens entsprochen hat und wenn es dabei insbesondere Daten zu produzieren in der Lage war, die sich für den weiteren Sanierungsprozeß als brauchbar erweisen.

Das vom Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen geförderte Untersuchungsvorhaben stand demnach unter einer doppelten Aufgabenstellung. Das Vorhaben sollte

- **funktionale Beiträge zu einem bestimmten Sanierungs- und Stadtentwicklungsvorhaben erbringen und**
- **der Weiterentwicklung eines Beteiligungsverfahrens dienen.**

Die unterschiedliche Bedeutung dieser Teilaufgaben und damit die Reihenfolge, in der sie hier genannt werden, findet sich so weder im Wuppertaler Antrag auf Forschungsförderung¹ noch im Förderungsbescheid des Ministers². Diese Reihenfolge ergab sich vielmehr aus der unterschiedlichen Härte der an die Testläufe des betreffenden Verfahrens gerichteten Außenerwartungen: Die meisten Anfragen an die Forschungsgruppe zielten auf die „konkreten Ergebnisse“, die das Untersuchungsvorhaben für die örtliche Planung erbringen sollte.

Nimmt man die Perspektive des Forschungsauftrages ernst, so muß es vermutlich als kurzzeitig bezeichnet werden, an dieser Stelle jetzt bereits zuviel am Ort Verwertbares zu erwarten. Dennoch soll dieser Gesichtspunkt – und die Ergebnisse rechtfertigen das auch – hier in den Vordergrund gestellt werden:

1. Die Erstaufgabe: Beitrag zum örtlichen Sanierungsvorhaben

Das zur Erprobung eingesetzte Modell Planungszelle sollte in der vorgefundenen örtlichen Situation zweierlei leisten:

- als Planungsverfahren sollte es **Daten erbringen**, die für die Planung relevante Wirk-

lichkeiten hinreichend genau und verlässlich abbildeten und die daher für die Entscheidungsträger verwertbar waren, und

- als Beteiligungsverfahren sollte es in der fraglichen Angelegenheit den erforderlichen **Kontakt zwischen den Bürgern und der Verwaltung herstellen** und vertiefen.

Einerseits sollte der Bürger begründbare Einsichten in notwendige Entscheidungen entwickeln. In vielen Fällen läßt sich bekanntlich nur so die erforderliche Legitimation dringender Entscheidungen rechtzeitig sichern. Andererseits sollten Verwaltungsangehörigen über die personale Kommunikation Einblicke in Sachverhalte eröffnet werden, die ihnen als solchen sonst so nicht so leicht zugänglich sind.

Diese beiden Teilaufgaben mußten in Hagen-Haspe unter besonders ungünstigen Bedingungen gelöst werden. Die seit mehreren Jahren anhaltende sichtbare Kumulation von Problemen hat im Hasper Tal, im Gegensatz zu der eigentlichen Lebensart der Bevölkerung, ein resignatives Grundgefühl entstehen lassen, das durch die konjunkturelle Lage im Winter 1975/76 noch verstärkt wurde. Der bauliche Zustand des Ortes, der die Ungunst dieser Ausgangssituation noch unterstreicht, verdient eine eigene Darstellung³.

2. Die Zweitaufgabe: Weiterentwicklung eines Beteiligungsverfahrens

Langjährige Untersuchungen der heute vorhandenen Verfahren zur Beteiligung an der Produktion kollektiv bindender Entscheide hatten den Eindruck bestätigt, daß es für die **notwendige geordnete Weiterentwicklung unserer politisch/administrativen Apparatur an vermehrfachbaren Verfahren fehlt, die mindestens drei, an sich bekannte Probleme gleichzeitig lösen können**. Es handelt sich dabei um Probleme, die sich bei Versuchen der Bürgerbeteiligung regelmäßig stellen, nämlich:

- **Informiertheit der Teilnehmer**

Es ist in hohem Maße verhängnisvoll, Meinungen von nicht oder nicht hinreichend informierten Personen in Planungsprozessen wirksam werden zu lassen. Die praktische Verwertbarkeit von bürgerschaftlichen Bedenken, Kontroll-Leistungen, Beurteilungen oder An-

¹ Schreiben vom 10. Aug. 1975 (Betr.: Erprobung eines Verfahrens zur geordneten Beteiligung von Bürgern an der Gestaltung der städtischen Umwelt).

² VC3 – 72.03-44 vom 14. Nov. 1975.

³ Vergl. Kapitel III

regungen hängt weitgehend von der spezifischen Informiertheit derer ab, die die betreffenden Aussagen zustande bringen.

– Motivation der Teilnehmer

Bei manchen Beteiligungsverfahren bedarf es erheblicher Anstrengungen, das Mitwirken, die notwendige Informationsaufnahme oder auch schon die Anwesenheit der Teilnehmer sicherzustellen.

Alle bekannten Beteiligungsmöglichkeiten – mit Ausnahme der im Grundgesetz geforderten Wahlen – erweisen sich als unübersehbar sozial selektiv. Das gilt insbesondere auch für die Verfahren, die mit dem Motivationsbündel der bürgerchaftlichen „Freiwilligkeit“ arbeiten.

Wenngleich gesellschaftliche Arbeitsteilung immer auch soziale Auswahl der Beteiligten bedeutet, so ist beim Bilden der kollektiv verbindlichen Meinungen – entsprechend dem freiheitlich-demokratischen Grundentwurf und angesichts des wachsenden Bedarfs nach gesamtgesellschaftlicher Legitimierung – doch eine möglichst breite Beteiligung in angebbaren Fällen wünschenswert.

– Sicherung gegen den Durchgriff von Sonderinteressen

Viele Entscheidungen, die im politischen Teilsystem der Gesellschaft zustande kommen, sind deutlich von bestimmten externen Sonderinteressen geprägt oder sogar von den Eigeninteressen der entscheidenden Instanz. In manchen Fällen ist es aber für die Qualität von Entscheidungen ausschlaggebend, daß in ihnen nur ein Minimum derartiger Interessen wirksam geworden ist. Die entsprechenden Entscheidungsprozesse müssen daher gegen eine wirkungsvolle Einflußnahme aus den genannten Richtungen immunisiert werden.

Die Knappheit von vermehrfachbaren Verfahren, die geeignet sind, diese Probleme miteinander gleichzeitig zu lösen, läßt sich generell feststellen. Sie gilt aber auch für den wichtigen Bereich der Beteiligung an der Gestaltung der Stadt.

In diesem Bereich hat sich in den letzten Jahren ein wachsender Bedarf nach Beteiligung artikuliert. Die politisch/administrative Apparatur hat darauf – und zwar in allen westlichen Ländern – mit entsprechenden Maßnahmen reagiert, was man für Großbritannien etwa dem Skeffington-Report⁴ entnehmen kann oder bei uns den einschlägigen Passagen

des Städtebauberichtes 1970 der Bundesregierung
des Städtebauförderungsgesetzes oder
der Novellierung des Bundesbaugesetzes.

Trotz der sehr eingehenden und auch zahlreichen Versuche, das Dilemma wenigstens für diesen Problembereich zu bewältigen, will das Unbehagen nicht aufhören. Die Durchsicht auch der neueren Untersuchungen, Erfahrungsberichte und Verfahrensüberblicke ergibt vielmehr, daß es selbst hier bisher nicht gelungen ist, befriedigende Lösungen für die genannte Problemkombination zu finden. Das Fehlen wirklich geeigneter Verfahren scheint das wesentliche Ergebnis der Literaturfülle zu sein, die mit bewundernswertem Einsatz zu dieser Thematik allein schon im deutschsprachigen Bereich, durch die Arbeiten von Herlyn, Kießler/Korte, Dittrich, Kögler, Aurich, Ellwein/Zoll, Mayer-Tasch, Borghorst, Lücke, Zimpel, Armbruster/Leisner, Hübner⁵ und vielen anderen zusammengetragen worden ist.

Die vorliegende Untersuchung geht demgegenüber von einem Beteiligungsverfahren aus, das den Anspruch erhebt, diese Problemkombination für den einzelnen Planungsfall erfolgreich lösen zu können.

Dieses Verfahren hatte unter der Bezeichnung „Planungszelle“ in der theoretischen Entwicklung bereits einen gewissen Reifegrad erreicht. In einer Reihe erster, notwendigerweise noch relativ unvollkommener Testläufe ist es außerdem unter speziellen Aspekten auch schon praktisch erprobt worden⁶. Allerdings haben derartige Testläufe bisher immer erst außerhalb bereits förmlich festgelegter Planungsprozesse stattgefunden. Das Verfahren stand nunmehr einsatzgeeignet zur Mitverwendung bei der Lösung der Hasper Schwierigkeiten zur Verfügung. Es war der eigentliche Zweck des Untersuchungsvorhabens, über das hier berichtet

⁴ Ministry of Housing and Local Government (Hrsg.), People and Planning. Report of the Committee on Public Participation in Planning, London HMSO 1969.

⁵ Für die ausführlichen Literaturangaben vergl. das Literaturverzeichnis.

⁶ Vergleiche: Dienel, Ergebnisbericht (1975) und Dienel, Versuche (1977). – Inzwischen ist die Druckfassung einer ausführlichen Beschreibung des Modells Planungszelle, seiner Anwendungsmöglichkeiten, unmittelbarer Auswirkungen und seiner Langfristeffekte erschienen: Peter Dienel, Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie. Westdeutscher Verlag, Opladen 1978

Wo immer in den Anmerkungen des vorliegenden Berichtes auf die Dienel'schen Manuskripte „Grenzen“ (1973) oder Planungszelle (Nov. 1976) verwiesen wird, bringt diese Beschreibung – darauf sei im Interesse des Lesers aufmerksam gemacht – die genaueren Informationen.

wird, dieses Modell auf seine Schwachstellen und auf seine generelle Brauchbarkeit hin zu überprüfen und es für die konkrete Anwendung im städtebaulichen Bereich weiterzuentwickeln.

Die spezielle Weiterentwicklung schließt nicht aus sondern ein, daß mit dieser Verwendung im städtebaulichen Bereich gleichzeitig Erfahrungen gesammelt worden sind, die auch in anderen Bereichen verwendet werden können, in denen Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten vermehrt eröffnet werden müssen. Insofern kommt diesem Untersuchungsvorhaben exemplarischer Charakter zu. Seine innovierenden Auswirkungen sind möglicherweise in diesen anderen Bereichen eher noch größer als im städtebaulichen. Sie reichen, projektiv gesehen, bis hin zur Entwicklung einer Alternative zur sogenannten Bürokratisierung. Vermutlich sind die innovierenden Auswirkungen des getasteten Verfahrens in ihrer eigentlichen Bedeutung zur Zeit erst in ihren Ansätzen sichtbar.

Kapitel II

Darstellung des Modells

In Hagen ist zur Lösung dafür geeigneter Planungs- und Bewertungsprobleme eine vereinfachte, auf eine Dauer von nur drei Tagen verkürzte und speziell an Stadtsanierungsfragen orientierte Fassung des Modells „Planungszelle“ verwendet worden.

Dieses Modell, das vor drei Jahren in einem umfassenden Manuskript projektintern veröffentlicht worden ist⁷, stellt eine mögliche Anwendung der Vorteile eines aufgabenorientierten, Lernen ermöglichenden Gruppenprozesses für die Zwecke einer Beteiligung an politisch-administrativen Entscheidungen dar. Dieser Gruppenprozess ist durch bestimmte Merkmale gekennzeichnet und läßt spezifische Auswirkungen erwarten.

1. Merkmale

Die Hauptmerkmale des Modells lassen sich in folgendem Satz zusammenfassen:

Die Planungszelle ist eine Gruppe von im Zufall ausgewählten, auf bestimmte Zeit freigestellten und vergüteten Bürgern, die – assistiert von Prozeßbegleitern – Lösungen für vorgegebene, lösbare Bewertungs-, Kontroll- oder Planungsprobleme erarbeiten.

Zu diesen Merkmalen ist im einzelnen zu erwähnen:



Abb. 2 Laienplaner – auch in der Pause am Thema

– Zufallsauswahl der Teilnehmer

Die Teilnehmerauswahl im Zufallsverfahren umgeht die schwierigen Fragen, die sich bei der Bildung gesprächsfähiger Problemlösungsgruppen sonst im Hinblick auf die Definition, Gewichtung und Repräsentation von Interessen ergeben. Im gewählten Einzugsbereich wird allen Personen die gleiche Beteiligungschance gewährt. Im übrigen schafft dieses Verfahren ein als Repräsentativität deklarierbares Verhältnis zwischen der Gesamtheit und den ausgewählten Personen.

– Freistellung der Teilnehmer

Die Mitarbeit in der Planungszelle stellt mit ihren Informations-, Diskussions- und Bewertungsvorgängen an den einzelnen erhebliche Anforderungen. Er muß z. B. kontinuierlich anwesend sein. Damit entspricht der Zeitaufwand für die Teilnahme dem eines normalen Arbeitsverhältnisses. Diese Zeit muß dem Teilnehmer durch Freistellung von anderen Verpflichtungen gewährt werden.

⁷ vergl. Dienel, „Grenzen“ (1973). – Die Grundkonzeption des Modells ist bereits im Winter 1970/71 vorgetragen und im Sommer 1971 als Zeitschriftenaufsatz veröffentlicht worden; vergl. Dienel, Wie können (1971).

– Befristung der Teilnahme

Das informierte Mitwirken an Entscheidungen, wie sie die Planungszelle zu fällen hat, wird dem einzelnen nicht als eine Dauerrolle zugemutet. Diese Befristung der Teilnahme verhindert das Entstehen von planungsrelevanten verfahrensspezifischen Interessen. Die Planungszelle bietet dem Teilnehmer keine berufliche Laufbahn und keine Möglichkeit der Wiederwahl oder des Aufstiegs. Sie hat als Gruppe keine gemeinsame Zukunft, an der sich das Verhalten der einzelnen orientieren könnte. Damit sind in diesem „Entscheider auf Zeit“ die systeminternen Rollen mit so gut wie keinen aufgabenrelevanten Apparaturinteressen behaftet. Notwendige Nebenwirkungen, wie sie sich sonst in Dauerarbeitsverhältnissen ergeben (zusätzliche Arbeitsmotivation aus Arbeitsplatzsicherheit und Aufstiegsmöglichkeit; Amtswissen; soziale Kontrollwirkungen, etwa als „Verantwortlichkeit“ oder „Haftung“, mit leistungsverbesserndem Effekt) werden in der Planungszelle auf andere Weise erstellt.

– Vergütung der Teilnahme

Von dem im Zufall ausgewählten Laiengutachter kann in der Regel nicht erwartet werden, daß er unvergütet an der Arbeit der Planungszelle teilnimmt. Zumindest seine Aufwendungen und sein Verdienstausschlag müssen ihm ersetzt werden.

So ungewöhnlich der Gedanke manchem zunächst erscheinen mag: Es gibt Gründe für die Annahme, daß neben die von der Allgemeinheit bereits finanzierten Zeiten, die wir als Kur, Arbeitslosigkeit, Umschulung, Urlaub oder Weiterbildung heute schon kennen, eines Tages Zeiten treten werden, die für den im Zufall ausgewählten einzelnen als „Planungsurlaub“, sozusagen über „Bürgerdiäten“, vergütbar sind.

Diese Teilnahmemotivierung durch Vergütung ermöglicht unter anderem zweierlei:

- Die bürgerschaftliche Bearbeitung auch von solchen Problemen, bei denen Bürger sonst nicht motiviert sind, an der zeitaufwendigen Lösung mitzuwirken. (Beispiel: überörtliche Planungsprobleme).
- Die planende Mitarbeit des Bürgers an anderen als an seinem Heimatort. Neben den heute bereits bekannten Beteiligungsformen eingesetzt, bringt eine solche bürgerschaftliche Mitwirkung Nicht-Ortsansässiger den zusätzlichen Vorteil der spezifischen Uninteressiertheit an bestimmten örtlichen Gegebenheiten in das

Bewertungsverfahren ein. Eine derartige Interessendistanz objektiviert bei der Lösung bestimmter Arten von Problemen die Bewertungsgrundlagen und erhöht damit die gesellschaftliche Rationalitätschance der erarbeiteten Ergebnisse. Für die Interessenabwägung zwischen Einzel- und Allgemeininteressen, die der Gesetzgeber von den Verantwortlichen erwartet, werden auf diese Weise zusätzliche Ausgangsdaten erstellt.

Außerdem erschließt die Mitwirkung ortsfremder Gruppen eine Fülle von Vergleichsmöglichkeiten, die für eine Analyse von Planungsprozessen nicht unwichtig sind.

– Vorgabe bewältigbarer Probleme

Bürgerschaftliche Aktivitäten sind bisher in der Regel dadurch gekennzeichnet, daß der Bürger spontan auf Probleme zugeht, die ihm wichtig erscheinen. Hier liegen die Vor- aber auch die Nachteile dieser Verfahren. Im Gegensatz zu dieser „Themenselbstbedienung“ sind den Planungszellen die zu bearbeitenden Probleme vorgegeben. Die bei der Mitarbeit anfallenden Lösungen werden von den zuständigen Instanzen im Rahmen eines laufenden Planungsprozesses bereits benötigt.

Die Vorgabe „bewältigbarer Probleme“ meint hier lediglich, daß die zur Lösung des Problems relevanten Informationen in der zur Verfügung stehenden Zeit in die Gruppe eingegeben und von den Teilnehmern verarbeitet und angewendet werden können.

2. Auswirkungen

Die bei der Konstruktion des Verfahrens „Planungszelle“ verwendeten Elemente und deren angebbare Eigenschaften lassen bestimmte Auswirkungen dieses Verfahrens erwarten:

– Qualität der Arbeitsergebnisse

Die Verbreiterung der Datenbasis, die sich mit der kontrollierten sozialen Heterogenität der Mitarbeiterschaft, mit den – verglichen etwa mit der „Meinungsbefragung“ – hochinformierten Teilnehmermeinungen sowie mit den – verglichen etwa mit der „Anhörung“ – weiteren eingebrachten Aspekten einstellt, **qualifiziert die Ergebnisse** aller Bewertungsprozesse, zu denen auf diese Weise beigetragen wird, **als situationsentsprechender und als umfassender.**

– Sozialisationsleistung

Die Mitarbeit in einem überschaubaren und aufgabenorientierten „Ernstfall“ hat für den einzelnen, und das noch verstärkt durch den Gruppenprozeß, verhaltens- und einstellungs-bildende Auswirkungen.

Für die Qualität der Lerneffekte ist bedeutsam, daß sie in einer Konstellation ablaufen, die eine umfassende Informationsaufnahme für bestimmte gesellschaftliche Probleme erzwingt, die einen Einblick in die Lösbarkeit komplexer Probleme vermittelt, die dem einzelnen die Identifikation mit der Großgruppe erlaubt und die im wesentlichen aus Situationen besteht, in denen gesamtgesellschaftliche Werte ausdrücklich Präferenz genießen.

Das als sinnvoll interpretierbare Tätigwerden an einer ins politisch-administrative Teilsystem der Gesellschaft formal integrierten und bewältigbaren Aufgabenstellung wird für den einzelnen, gestützt und motiviert durch die Kleingruppensituation, zu einem **Schlüsselerlebnis der politischen Bildung**, wie es bisher dem Durchschnittsbürger höchst selten geboten werden kann.

– Legitimationsleistung

Angesichts des deutlich wachsenden Legitimationsbedarfes der Grundlagen, der Einrichtungen wie auch einzelner Entscheidungen unserer politisch-administrativen Apparatur nehmen sich die potentiellen Legitimierungsleistungen des Verfahrens bemerkenswert aus.

Die Planungszelle ist interessenneutral besetzt. In ihr sind alle sozialen Schichten vertreten. Sie besteht aus im Zufall einberufenen Bürgern, aus Laien. Die Reputation des Fachwissens ist ihr wegen ihres Zusammenwirkens mit Planern der Verwaltung sicher. Parallelgeschaltete Laienplanergruppen arbeiten unter vergleichbaren Bedingungen am gleichen Bewertungsproblem mit offenbar sehr ähnlichen Ergebnissen.

Das Vorhandensein eines solchen Verfahrens und das Gefühl, bei der Bewertung eines strittigen Problems auf diese Weise repräsentiert zu sein, lösen beim Bürger Unterstützungshaltungen aus. **Die so erarbeiteten Entscheidungen werden** in manchen Fällen auch für Betroffene **eher akzeptabel erscheinen müssen** als Entscheidungen, die in der üblichen Weise zustandegekommen sind.

Daß derartige Legitimationswirkungen bei der Planungszelle beobachtet werden können,

bedeutet gleichzeitig, daß diese bestimmte Innovationen erleichtern kann. Selbst bei den sogenannten „unpopulären Fragen“, die gegen harte Interessen oder gar gegen potentielle Mehrheiten geordnet werden müssen, nähert sich die Meinungsbildung in der Laienplanergruppe den rationaleren Lösungen an. So werden Innovationen ermöglicht, ohne daß es zu der Emotionalisierung oder der Eskalation der Darstellungsweisen kommt, die für bestimmte Formen der Bürgerbeteiligung sonst kennzeichnend sind.

Neben den Auswirkungen auf die Qualität von Planungsergebnissen sowie neben den sozialisatorischen oder legitimierenden Auswirkungen sind weitere gesellschaftlich funktionale Effekte – insbesondere auch solche, die sich bei einem häufigeren Einsatz des Verfahrens ergeben werden – vorhersagbar.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß von der massenhaften Verwendung eines Planungsbeteiligungsverfahrens nach Art der Planungszelle insgesamt ein bemerkenswerter Beitrag zur langfristigen Stabilisierung des parlamentarischen Systems im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung erwartet werden darf.

Auf die Darstellung der betreffenden Langfristeffekte und ihrer gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen muß an dieser Stelle – und kann hier mit dem Hinweis auf andere Veröffentlichungen³ – verzichtet werden.







³ Vergl. hierzu von Dienel z.B.: Entwicklung (1976); Nouvelles structures (1976); Planungszelle (Nov. 1976); Versuche (1977). – Jetzt insbesondere: Die Planungszelle (1978).

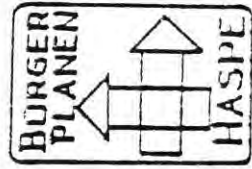


Abb. 3 Hasper Kreisel
Freigabe Nr.: Reg. Präs. Münster 1898/74

HAGEN-HASPE

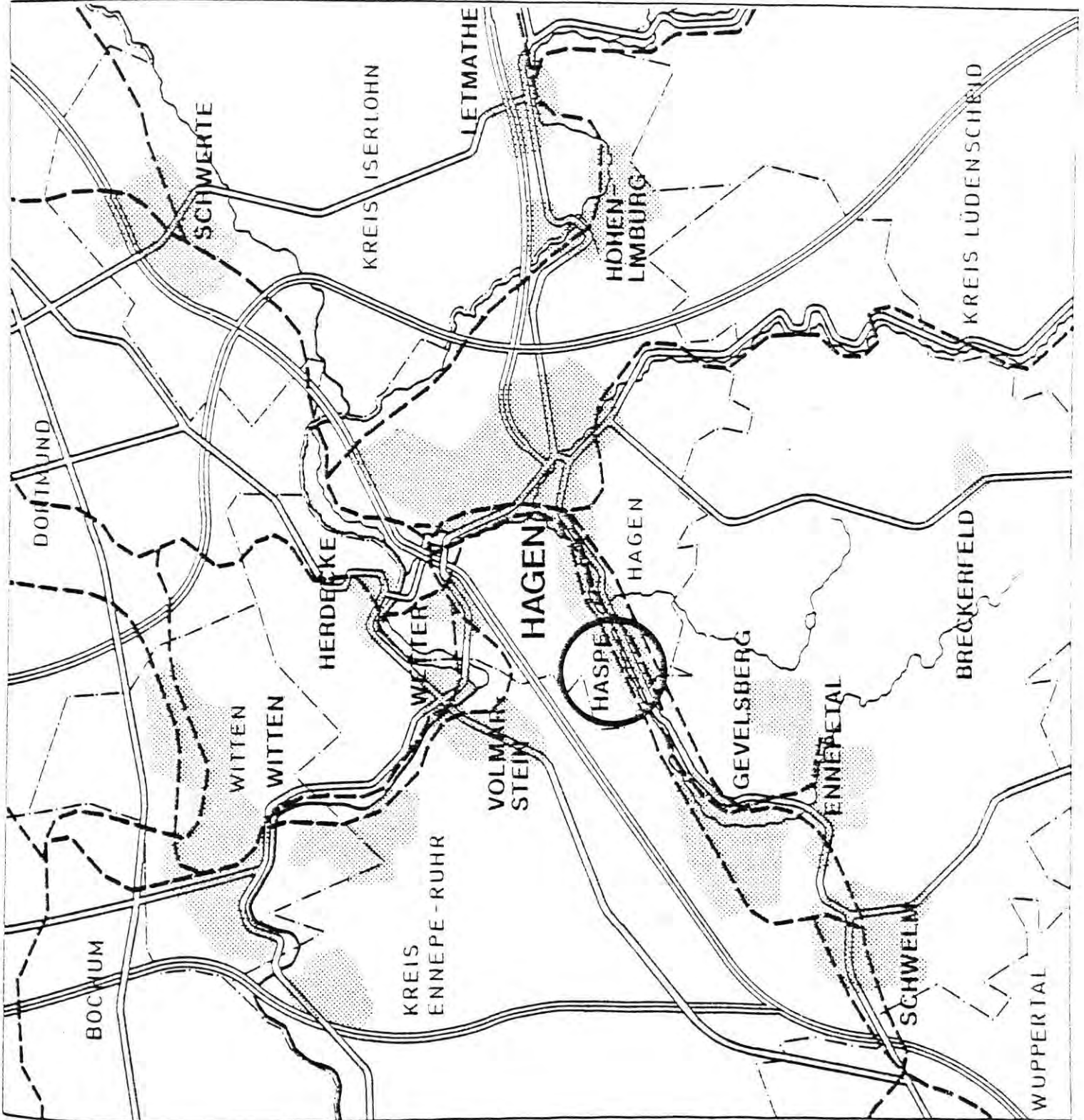
LAGE IM RAUM

-  Flüsse
-  Autobahnen
-  Bundesstraßen
-  Eisenbahnlinien
-  Gemeinde- und Kreisgrenzen
-  Siedlungsbereiche



0 1 2 4 km
 0 1 2 4 km

Abb. 4



Kapitel III

Der Sanierungsfall Haspe

1. Die große Vergangenheit

Der Stadtteil Haspe ist Bestandteil des verdichteten und in seiner Nutzung stark gemischten Siedlungsbandes „Ennepetal“, das sich von der Hagener Stadtmitte nach Südwesten bis über die Stadtgrenze hinaus erstreckt. Die Talsohle wird überwiegend von Industrieblächen eingenommen. Diese werden nur durch den Ortskern von Haspe unterbrochen, der den Siedlungsschwerpunkt des Tales bildet. Die übrigen Wohngebiete liegen am Rande des Industriebandes und ziehen sich zum Teil in die Hanglagen hinauf. Gleichzeitig ist das Tal mit zwei Eisenbahnstrecken und einer Bundesstraße (B 7) Hauptverkehrsader zwischen Hagen und Wuppertal (siehe Karte Abb. 4).

Der heutige Hagener Stadtteil Haspe ist identisch mit der bis 1929 selbständigen Stadt Haspe. Haspe läßt auch heute noch innerhalb der Gesamtstadt eine gewisse Eigenständigkeit erkennen, die zum einen in der weitgehenden Selbstversorgung im Bereich von Handel, Dienstleistungen und sozialer Infrastruktur und zum anderen in der offenkundig starken Stadtteilverbundenheit der Bürger ihren Ausdruck findet.

Bereits zum Zeitpunkt seiner Eingemeindung war Haspe deutlich als Industrieort geprägt. Seine industrielle Entwicklung nahm Haspe in den sogenannten „Gründerjahren“ nach 1871, was heute noch u.a. an der Qualität seiner Bausubstanz erkennbar ist, von der 44% aus der Zeit vor 1918 stammen; im Talbereich beträgt dieser Anteil 57%, im Ortskern sogar 73%.

2. Das heutige Dilemma

Der Stadtteil Hagen-Haspe befindet sich zur Zeit in einer schwierigen Situation. Diese hat mehrere Gründe. Sie kommt – wie auch ein umfassendes Gutachten belegt hat⁹ – in einer Anzahl von Einzelproblemen verstärkt zum Ausdruck. Diese sind im wesentlichen

a) Verkehr

Die Hasper Verkehrsproblematik ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Unzuträglichkeiten, wie

⁹ GEWos (6 Hrsg.), Vorbereitende Untersuchungen 1973 und 1974. Bei der Darstellung des Dilemmas und der Maßnahmen zur Abhilfe wird hier auf Ergebnisse dieses Gutachtens dankbar zurückgegriffen.

- überlasteter, nicht leistungsfähiger Knotenpunkt der übergeordneten Trassen im Ortskern
- unübersichtliche und damit gefährliche Führung der Straßen im Ortskern und am Fuß der Hangzone
- mangelhafter Straßenzustand
- fünf beschränkte Bahnübergänge mit täglich mehrstündigen Sperrungen
- Gefahrenpunkte durch verengte Bahnunterführungen
- gegenseitige Behinderung von öffentlichem Nahverkehr und Individualverkehr im Zuge der B 7
- ungenügende Sicherheitsvorkehrungen für Fußgänger im Ortskern
- gegenseitige Behinderung von Durchgangs- und Wirtschaftsverkehr
- schlechte Anbindung der Hangzonen an den Ortskern

Hauptursache der Hasper Verkehrsprobleme ist die B 7, die in ihrem jetzigen Verlauf im Ortskern Haspe („Hasper Kreisel“) einen gefürchteten Verkehrsengpaß bildet (siehe Abb. 3).

b) Stilllegung der Klöckner-Hütte

Haspe ist eines der Hauptarbeitsgebiete Hagens und zwar im Bereich des produzierenden Gewerbes mit Schwerpunkt bei der Eisen- und Stahlindustrie. 1961 arbeiteten in Haspe noch 25% der Hagener Beschäftigten; 1970 waren es nur noch 18%. Der Verlust von rd. 4700 Beschäftigten zwischen 1961 und 1970 ist weitgehend zurückzuführen auf die Stilllegung der Hasper Hütte der Klöckner Werke AG, durch deren Abschluß im Jahre 1972 noch weitere 3500 Arbeitsplätze verloren gingen. Augenfällig wird der Verlust dieser Arbeitsplätze durch die riesige Freifläche die ehemals der Standort der Hasper Hütte war (siehe Abb. 1) und die einer sinnvollen Nutzung wieder zugeführt werden muß.

c) Wohnzustand

Die Wohnungssituation der Hasper Einwohner weicht negativ vom gesamtstädtischen Durchschnitt ab: die Wohnungen sind kleiner und gleichzeitig stärker belegt. Noch gravierender für Haspe sind die Unterschiede in der Qualität des Wohnungsbestandes: von den 12 800 Wohnungen des Stadtteils befinden sich 19% in Gebäuden aus dem vorigen Jahrhundert (d.i. 29% aller vor 1900 entstandenen Wohnungen Hagens). Nur 18% der Wohnungen in Haspe sind mit Bad, WC und Sammelheizung ausgestattet (Hagen insges. 27%), 42% der Wohnungen in Haspe weisen nicht einmal dieser Einrichtungen auf (Hagen insges. 20%). Außerdem ist kenn-

zeichnend für den Hasper Wohnungsstandard, daß noch in 65% der Wohnungen (gegenüber 57% im Stadtdurchschnitt) der kohlebeheizte Einzelofen zur Regelausstattung gehört. Aufgrund der bis 1972 noch zusätzlich erheblich durch die Emissionen der Hütte beeinträchtigten Wohnverhältnisse gilt Haspe allgemein als das unbeliebteste Wohngebiet Hagens.

d) Sozialstruktur

Bezogen auf die Gesamtstadt weist Haspe folgende abweichende Sozialmerkmale auf:

- einen höheren Ausländeranteil
- einen höheren Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung
- einen deutlich niedrigeren Anteil von Haushalten mit Kindern und von kinderreichen Familien
- aus Altersstruktur und Kinderzahl ergibt sich, daß Personen mit Lebensunterhalt durch Rente/Pension stärker vertreten sind.

Eine Aufteilung der Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf und nach Wirtschaftsbereichen zeigt weitere deutliche Unterschiede zur Gesamtstadt:

Tab. 1: Vergleich der Erwerbstätigen in Haspe und Hagen nach der Stellung im Beruf in % (1970)

Stellung im Beruf	Haspe	Hagen
Selbständige einschl. mithelfende Familienangehörige	7,4	8,6
Beamte/Angestellte	32,4	41,7
Arbeiter	60,2	49,7
insgesamt	100,0	100,0

Tab. 2: Vergleich der Erwerbstätigen in Haspe und Hagen nach Wirtschaftszweigen in % (1970)

Wirtschaftsbereich	Haspe	Hagen
Warenproduzierendes Gewerbe einschl. Land- und Forstwirtschaft	65,3	53,4
Handel und Verkehr	19,7	25,6
Sonstige Bereiche	15,0	21,0
insgesamt	100,0	100,0

Aufgrund des überdurchschnittlichen Anteils von Arbeitern und sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen gilt Haspe allgemein als ein Wohngebiet der „einfachen Leute“.

e) Benachteiligung von Haspe

Es war zu erwarten, daß sich – angesichts der genannten Schwierigkeiten – so etwas wie ein gemeinsames Bewußtsein der Hasper Bürger von dieser Situation entwickeln würde. Der Zustand von Haspe war geeignet, den immer noch latent vorhandenen Verdacht von einer Benachteiligung Haspes durch seine Eingliederung in die Stadt Hagen (1929) zu beleben. Wenn Empfindungen dieser Art ihre Bestätigung in der wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit finden, so kann das bei einem so stimmenstarken Bezirk nicht ohne Auswirkungen bleiben.

3. Maßnahmen zur Abhilfe

„Es kommt jetzt darauf an, daß wir nicht warten, bis überholte Strukturen abbröckeln und zerfallen. Es kommt darauf an, daß wir an die Bewältigung der Zukunft gehen.“¹⁰ Mit dem Inkrafttreten des StBauFG 1970 lag es nahe, die schwierige Situation in Haspe als Sanierungsmaßnahme anzugehen. Städtebauliche Mißstände im Sinne des § 3 dieses Gesetzes lagen dort auch ohne eingehende Bestandsanalysen offen zu Tage.

a) Vorbereitende Untersuchungen

Im Juni 1972 erteilt der Rat der Stadt Hagen der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen mbH (GEWOS) den Auftrag „Vorbereitende Untersuchungen zur städtebaulichen Neuordnung in Hagen-Haspe“ gemäß § 4 StBauFG durchzuführen. Diese Untersuchungen können 1974 abgeschlossen werden.

b) Sanierungsbeirat

Im Oktober 1973 beschließt der Rat der Stadt die Bildung eines Sanierungsbeirates. In ihm sind die unterschiedlichsten Interessenrichtungen aus der Hasper Einwohnerschaft vertreten (siehe Abb. 5). Im Dezember des Jahres tritt er zu seiner ersten Sitzung zusammen.

c) Befragung

Durch eine groß angelegte Befragung (siehe Abb. 6) soll die Struktur der betroffenen Hasper Bevölkerung sowie deren Zustimmungsbereitschaft zu den durch die Voruntersuchungen aufgestellten Neuordnungszielen (siehe Tab. 3) erhoben werden.

Dabei ergeben sich unter anderem folgende Strukturdaten: In Haspe sind gegenüber der Gesamtstadt

¹⁰ aus: Stadt Hagen, Information 2 „Stadtsanierung Haspe“, S. 1.

Zusammensetzung des Hasper Sanierungsbeirates

St. Bonifatius Kirchengemeinde Haspe	1 Vertreter
Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde Haspe	1 Vertreter
Arbeiterwohlfahrt	1 Vertreter
Caritasverband e.V.	1 Vertreter
Diakonisches Werk – Innere Mission	1 Vertreter
Paritätischer Wohlfahrtsverband	1 Vertreter
Haus- und Grundeigentümergebiet Mieterverein	1 Vertreter
Hasper Werbegemeinschaft und Einzelhandelsverband	1 Vertreter
Kreishandwerkerschaft	1 Vertreter
Südwestfälische Industrie- und Handelskammer	1 Vertreter
Deutscher Gewerkschaftsbund und Einzelgewerkschaften	3 Vertreter
Arbeitsgemeinschaft der Frauenverbände	2 Vertreter
Arbeitsgemeinschaften Bürgerinitiative Sanierung Haspe	2 Vertreter
Stadtjugendring	1 Vertreter
Beirat des Jugendheims Haspe	1 Vertreter
Hagener Heimatbund e. V.	1 Vertreter
Arbeitsgemeinschaft der Wohnungsunternehmen	1 Vertreter
Bürgerbeirat Haspe	3 Vertreter
Rat der Stadt	3 Vertreter
Abb. 5:	28 Vertreter

Aufruf der Stadt Hagen: „Wirken Sie mit!“

„Alle Sanierung bliebe Stückwerk, wenn sie nicht für die Menschen gedacht und geplant würde.“

Darum ist die Befragung der Menschen, die bei einer Stadterneuerung Haspe betroffen sein würden, wichtig. Wenn Sie einen Fragebogen bekommen prüfen Sie ihn Frage für Frage sehr genau, und wenn dann irgend etwas unklar bleibt, fragen Sie. Fragen Sie Ihren Nachbarn. Fragen Sie einen Menschen, zu dem Sie Vertrauen haben oder fragen Sie uns, beim Amt für Wirtschaftsförderung und Stadtsanierung. Wir haben unser Büro im Verwaltungshochhaus des Rathauses, Friedrich-Ebert-Platz, Zimmer 0/13, Fernsprech-Durchwahl 107 448.

In der Zeit vom 15. März bis zum 11. April 1974 bekommen die Bürger, die in dem Gebiet leben, das die Karte auf der Rückseite rot darstellt, einen Fragebogen. Die Befragten, die diese Fragebögen bringen, helfen gern bei der Beantwortung der Fragen. Außerdem sind Vertreter der GEWOS, des Instituts für Bodenordnung oder des Amtes für Wirtschaftsförderung und Stadtsanierung bereit, Ihre Fragen zu beantworten. In der Zeit vom 18. März bis zum 11. April 1974 ist im **Bezirksamt Haspe**, Preußenstr. 35, Zimmer 4, ein Büro eingerichtet.

Es ist **montags bis freitags** von 10.00–12.00 Uhr
dienstags, mittwochs und freitags von 15.00–18.00 Uhr
 und **montags und donnerstags** von 17.00–20.00 Uhr geöffnet.

Wir helfen Ihnen und beraten Sie.¹¹ **Abb. 6:**

- mit 35% die Einpersonen-Haushalte überrepräsentiert (Hagen 29%),
- mit 48% die Arbeiter;
- 8 % untere bzw. mittlere Angestellte und Beamte.
- 19% der Haushalte sind ausländischer Herkunft (Hagen 4,5%).
Ferner haben
- 70 % der Haushaltsmitglieder in Haspe Volksschulabschluß,
- 35% der Hasper Bevölkerung ein Nettoeinkommen unter DM 1.000 nur 28% ein Nettoeinkommen von mehr als DM 1.500.

Tab. 3: Zustimmung von Bevölkerungsgruppen zu den Neuordnungszielen

Neuordnungsziele	Zustimmung der		
	Bewohner	Gewerbe-treibend.	Grundeigentümer
	in %	in %	in %
1. Altbausanierung im südlichen Ortskern	69	77	78
2. Schaffung eines neuen Wohngebietes im Bereich des östlichen Klöcknergeländes	64	79	62
3. Ausbau eines Gewerbegebietes Niederhaspe	66	87	82
4. Entlastung des Ortskerns durch eine Umgehungsstraße	63	73	64
5. Im Norden langfristig neue B 7 im Verlauf der Talstraße	66	73	58
6. Schaffung einer Fußgängerzone im Bereich Frank-/Kölner Straße	71	75	75
7. Anbindung des geplanten S-Bahn-Haltespunktes Heubing an die Hasper City	64	71	53
8. Erweiterung der Einkaufszone im Bereich Swolinkzystraße	61	57	56

d) Festlegung des Sanierungsgebietes

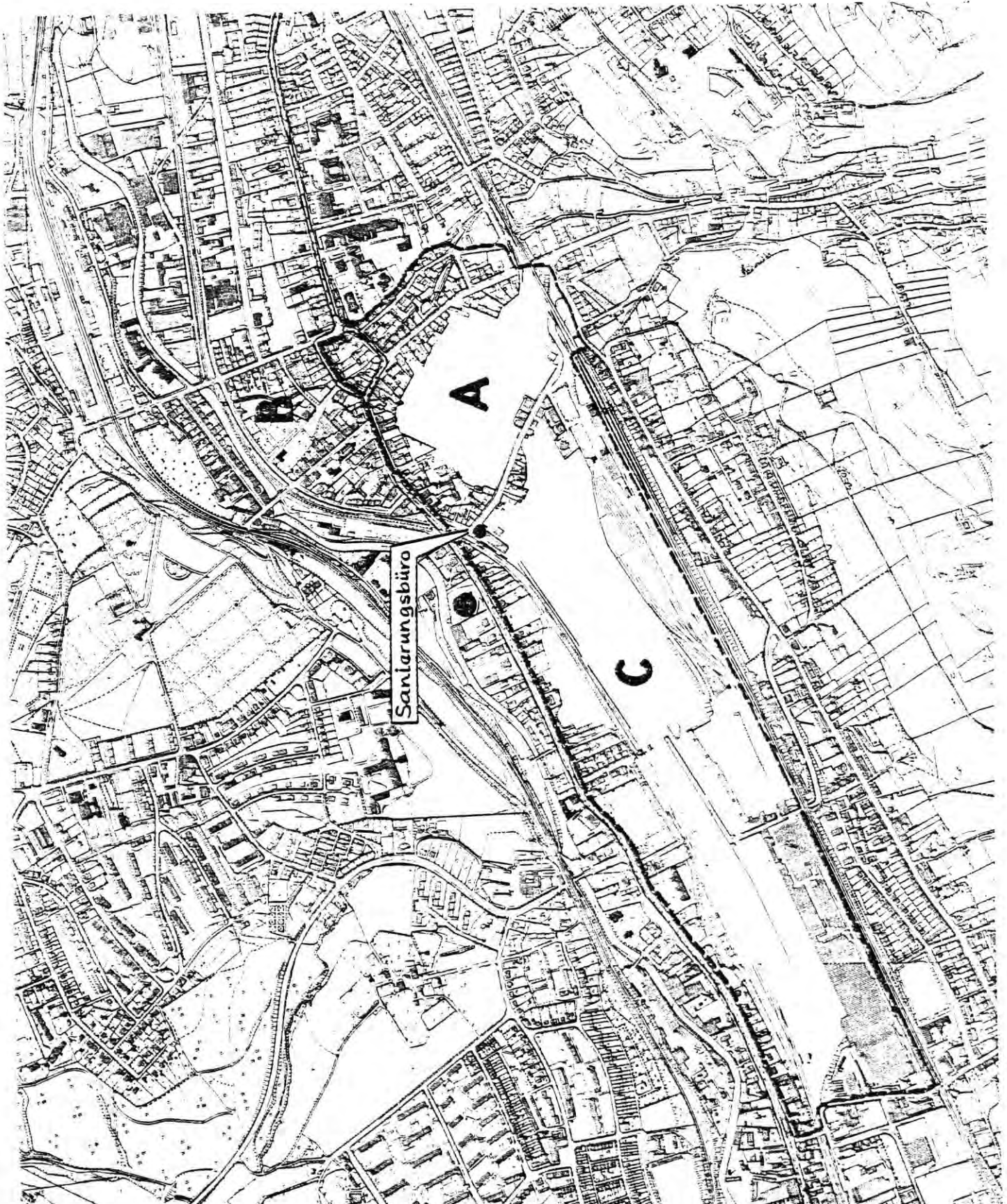
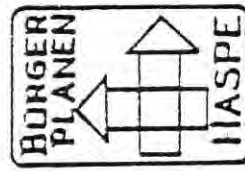
Am 24. 10. 1974 beschließt der Rat der Stadt Hagen zusammen mit einer Aufstellung von „Grundsätzen für den Sozialplan“ die Satzung über die förmliche Festlegung eines 70 ha großen Sanierungsgebietes in Hagen-Haspe (s. Karte, Abb. 7), das durch folgende Daten gekennzeichnet ist:

¹¹ aus dem Aufruf „Wirken Sie mit!“, in: Stadt Hagen, Information II.

HAGEN-HASPE STADTERNEUERUNG

Sanierungsgebiete

[A] **[B]** **[C]**



Tab. 4: Daten zum Sanierungsgebiet

	Gesamtgebiet Ortskern (A)* Niederhaspe		
Bruttofläche	70 ha	18 ha	52 ha
Einwohner	ca. 2.600	ca. 1.550	1.050
Beschäftigte	ca. 1.500		
Grundstücke	200	124	76
Gebäude	394	237	157
Wohnungen	1.002	618	384
Betriebe	200	154	46

Am 29. 3. 1975 wird die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes in Hagen-Haspe nach der Genehmigung durch die Landesbaubehörde Ruhr rechtswirksam.

e) Klausurtagung

Im Oktober 1974 versucht der Sanierungsbeirat Haspe, in einer zweitägigen Klausurtagung Ansätze zu einem Konzept für eine Stadtteilentwicklungsplanung zu erarbeiten.

f) Sanierungsbüro

Um zu dokumentieren, daß es darum geht, Wünsche, Bedürfnisse und Interessen aus der

Hasper Bevölkerung auch unmittelbar aufzugreifen, eröffnet die Verwaltung im Juli 1975 in Haspe ein „Informations- und Sanierungsbüro“. An einem Tag jeder Woche steht man hier zur Beantwortung von Rückfragen ständig zur Verfügung.

Bei der Eröffnung des Sanierungsbüros veranstaltet eine Bürgerinitiative, die sich für Kinderspielmöglichkeiten einsetzt (s. Abb. 8), ein „go in“ mit Kindern.

g) Zwischenfazit

Bei aller Aktivität der Stadt sind dennoch bei den Haspern auch Zeichen des Unbehagens sichtbar (Der Festzug der Hasper Kirmes bringt die Vorbehalte zur Sanierung humorvoll zum Ausdruck). Viele Fragen stehen offen. Was würde weiter geschehen? Würden sich Betriebe zur Ansiedlung bereit finden? Würden sich Mieter für die Neubauten finden? Welche Richtung würde die öffentliche Meinung einschlagen?

Der Terminplan des Sanierungsvorhabens lief, aber manche inhaltliche Vorstellung schien noch nicht zuende abgeklärt. Die Stadt Hagen erwog, vor die umfassende Anhörung der unmittelbar Betroffenen eine weitere breitere Bürgerbeteiligungsmaßnahme einzuschalten.



**Micky Maus
und Goofy
stiften
Himbeerbonbons.**

Einige
 verteilen
die Himbeerbonbons
**HEUTE (Dienstag, 29.7.75),
18 UHR, in der
Haenelstraße 29.**
Da sagen Erwachsene, wie
es mal in Haspe aussehen
soll. --- Geht auch dahin
und sagt, was für
Kinder in Haspe ge-
macht werden soll!



**Wir sind die Nashörner.
Wir wollen Platz für Kinder:**

- einen Abenteuerspielplatz
mitten in Haspe
- einen Spiel- und Bolzplatz
am Oedeweg
- ein natürliches spiel- und
erholungsfreundliches Stadt-
bild für Jung und Alt

**Alle Kinder, die auch dafür sind,
können bei uns mitmachen.
Alle Großen, die uns helfen,
sind unsere Freunde.**



Obrigens, überall wo Ihr
uns seht,
da sind daer waren die
Nashörner. - Wenn wir
mit Euch zusammen etwas
machen Sollen, dann schreibt
an uns Nashörner 58 Hagen,
Postfach 7368

Abb. 8

Kapitel IV

Vorbereitungsphase

1. Anstoß:

Im Sommer 1974 ist das Modell Planungszelle im Rahmen einer Fortbildungsveranstaltung des Deutschen Volksheimstättenwerkes vorgetragen worden. Im Anschluß daran wurde Professor Dienel von der Stadt Hagen i. W. aufgefordert, das dargestellte Modell in dem Sanierungsvorhaben Hagen-Haspe einzusetzen.

Bereits bei den Erstkontakten wurde vorgesehen, nicht nur Gruppen aus dem Sanierungsgebiet sondern auch, und zwar mit gleichem Programm, Gruppen von anderen Orten an der Sanierungsplanung zu beteiligen.

Damit war der Testfall für die Überprüfung einer wichtigen Eigenschaft der Planungszelle gegeben, nämlich Bürgern die Teilnahme an Entscheidungen zu ermöglichen, für deren Lösung sie von sich aus nicht motiviert sind.

2. Arbeitsanfall:

Der Einsatz des Verfahrens Planungszelle setzte eine Reduktion des Modells auf die vorhandenen Möglichkeiten voraus sowie seine genaue Einpassung in die bearbeitungswürdigen örtlichen Aufgabenstellungen.

Durch frühere Testläufe lagen einzelne Elemente des Modells weitgehend ausgearbeitet und mehr oder weniger überprüft vor. Hier waren Rückgriffe möglich. Anderes mußte erstmalig erarbeitet werden. Neue Lösungen waren z.B. in folgenden Fragenbereichen zu finden:

- Themenauswahl,
- Bearbeitung der Themen,
- Inhalte von Informationseingaben,
- Teilnehmerselektion und -einladung an Drittorten,
- Transportgestaltung,
- Organisation von Begehungen,
- Aufbereitung und Weitervermittlung von Ergebnissen der Laienplanergruppen.

Auf bereits vorliegende Erfahrungen konnte unter anderem in folgenden Fragebereichen zurückgegriffen werden:

- Zeitplan,
- Rollengefüge (Arbeitsplatzbeschreibung),
- Vergütung,
- Pausengestaltung,
- Begleitkindergarten,
- Methoden der Informationseingabe,
- Bewertungsverfahren.

3. Umfang der Maßnahmen:

Zunächst war vorgesehen, das vermehrfachbare Verfahren in 4 jeweils identisch programmierten Durchläufen einzusetzen. Schon sehr früh aber hat es sich als sinnvoll herausgestellt, möglichst viele Gruppen laufen zu lassen:

- Aus der Mehrfachnutzung des einmal erarbeiteten Programms sowie des vorbereiteten Informations- bzw. Bewertungsmaterials ergeben sich erhebliche relative Kostenreduktionen.
- Die Teilnahme von mehr Personen ergibt eine für viele Auswertungsoperationen höchst wünschenswerte Verbreiterung der statistischen Basis.

In der Durchführung des Untersuchungsvorhabens in Haspe sind dann 8 Planungszellen veranstaltet worden.

4. Zeitliche Strukturierung:

Die genannten Aufgaben mußten in einer bestimmten zeitlichen Reihenfolge bewältigt werden. Der Eindruck, es handle sich hier um eine vorhersehbare Abfolge logischer Schritte, die bei diesem Ablauf einzuhalten waren, ergibt sich allerdings nur im Rückblick. Faktisch sind ständig nicht vorhersehbare Wiederholungen bereits erledigter Schritte notwendig gewesen. Die Entscheidung für die in einer Angelegenheit günstigere Lösung zog häufig eine Neuorientierung auch in anderen, bereits erarbeiteten Zusammenhängen nach sich.

Die Arbeit mit einem so neuartigen Konstrukt, wie der Planungszelle, war stärker, als das zunächst sichtbar war und als sich das über andere Untersuchungsvorhaben sagen läßt, durch einen permanenten Zwang zur Kreativität gekennzeichnet. Viele Lösungen mußten iterativ erarbeitet werden.

Die Rückkoppelungsprozesse, die dabei notwendig wurden – und zwar in allen Phasen des Untersuchungsvorhabens –, ließen sich vorübergehend durch ein Kleinhalten des Personenkreises vereinfachen, mit dem jeweils eine Verständigung zu erfolgen hatte. Viele der so gleichzeitig anfallenden Aufgaben konnten allerdings nur durch eine persönliche Mehrbelastung der Mitarbeiter und insbesondere des Untersuchungsleiters aufgefangen werden. Die zeitliche Belastung der einzelnen hat dabei die Grenze des eigentlich Verantwortbaren des öfteren überschritten.

Insgesamt ist dennoch die grobe Einhaltung eines Rahmenzeitplans möglich gewesen, der die unterschiedlichsten Aufgabengebiete wie

- die Personalgewinnung,
 - die inhaltliche Strukturierung des Beteiligungsvorhabens (Definition der Themen),
 - die organisatorische Strukturierung (Rollen, Informations- und Bewertungsmaterial),
 - die Durchführung des Ablaufs,
 - die Auswertung der Ergebnisse und
 - die Vermittlung der Ergebnisse
- zu umfassen versuchte.

Für einzelne Funktionsbereiche waren genauer strukturierte und auch verbindlichere Teil-Zeitpläne erforderlich. Sie haben sich insbesondere für den eigentlichen Gruppenablauf sowie auch für den Einladungsprozeß bewährt.

5. Definition bearbeitbarer Aufgabenstellungen:

Im Interesse einer zügigen Entwicklung des Modells Planungszelle ist es ratsam, daß die modellentwickelnde Forschungsgruppe Einfluß auf die Auswahl der von den Gruppen zu bearbeitenden Themen nimmt.

- Das Modell Planungszelle ist nämlich zum Abarbeiten ganz bestimmter Problemqualitäten besonders geeignet¹². Probleme dieser Art sollten vorrangig ausgewählt werden. Außerdem ist es denkbar, Großprobleme in Hierarchien bearbeitbarer Teilprobleme zu zerlegen. Die koordinierende Verwertung der „Teilergebnisse“ läßt sich dann als ein weiteres planungszellengeeignetes Problemauffassen.

Auf die in der intensiven Mitwirkung bei der Themenauswahl liegenden Möglichkeiten einer zusätzlichen Verbesserung von Planungszellen-Ergebnissen konnte bei den Hasper Probeläufen nicht zurückgegriffen werden. Einmal standen, angesichts des knappen Vorrats an Zeit, andere Aspekte als die Themenauswahl im Vordergrund der Untersuchung. Zum anderen war es nicht sinnvoll, die Zusammenarbeit mit dem kommunalen Partner mit Risiken zu belasten, wie sie aus dem Versuch, eigene Themenvorstellungen durchzusetzen, erwachsen wären. So konnte es hier zunächst nur um die Zurkenntnisnahme des Bedarfs gehen, wie er von seiten der Stadt gesehen wurde, sowie darum, diese Aufgabenstellungen auf einen Umfang zu reduzieren, der von den Laienplanergruppen in den zur Verfügung stehenden drei Tagen bewältigt werden konnte.

Der Oberstadtdirektor der Stadt Hagen, Amt für Wirtschaftsförderung und Stadtсанierung, hatte bereits im Juli 1974 sieben Themenbereiche für die Bearbeitung in Planungszellen vorgeschla-

gen (s. Abb. 9). Aus diesen Vorschlägen der Verwaltung sind unter den Gesichtspunkten

- der unterschiedlichen Dringlichkeit,
- des unterschiedlichen Informationsaufwandes und
- der unterschiedlichen Bearbeitbarkeit

drei je an einem Halbtage bewältigbare Teilprobleme zusammengestellt worden. Für das Programm der Planungszellen ergab sich dann ein vierter Arbeitsblock aus dem Versuch, die 3 verhandelten Sachbereiche abschließend synoptisch zu vergleichen.

Die 3 Sachproblembereiche lassen sich mit folgenden Sätzen skizzieren:

- **Verkehrsführung:**
Alternativen zur Führung der Bundesstraße 7; Fußgängerzone und deren Verkehrsanbindung.
- **Freizeit- und Bildungseinrichtungen:**
Was ist vorhanden? Was fehlt? Was kann erstellt werden? Was ist dringend?
- **Modernisierung der Altbauwohnungen:**
Ausbau der Wohnungen und Erhöhung der Mieten – oder keine Renovierung und die Mieten werden nicht erhöht?

Im Rahmen dieser Sachbereiche waren Teilfragen auszugrenzen, für die es möglich war, die notwendigen Informationen zu beschaffen sowie ergiebige Bewertungsmöglichkeiten sicherzustellen.

6. Ausarbeitung beteiligter Rollen:

Bei der praktischen Erprobung eines Beteiligungsverfahrens wie der Laienplanergruppe ist es – im Vergleich zur Arbeit mit theoretischen Entwürfen – von größerer Bedeutung, ob es gelungen ist, die mitwirkenden Rollen so klar auszuarbeiten, daß sie im tatsächlichen Vollzug relativ „reibunglos“ vollzogen werden können.

Eine hinreichende Konkretisierung der mitwirkenden Rollen setzt bereits Erfahrungen mit diesen Rollen voraus, z.B. in Form von Zustimmung der betreffenden Personen oder von beobachtbaren Widerständen. Derartige Erfahrungen, oder zumindest Ansätze dazu, waren in den vorausgegangenen Probeläufen gewonnen worden. Sie waren in eine hinreichend klare Funktionsbeschreibung und in eine hinreichend wirksame Konditionierung der in den Hasper Testläufen mitwirkenden Rollen umzusetzen.

Die Fixierung dieser Rollen kann nicht unabhängig von bestimmten anderen, die Gruppenabläufe bedingenden Sachverhalten gesehen werden. Manche der gruppenpädagogischen oder

¹² vergl. Dienel, Entwicklung (1976), S. 23, sowie ausführlicher Dienel, Planungszelle (Nov. 1976), S. 161 ff.

Themenverordnungen für Planungszellen

1. Wie könnte die Verkehrssituation im Hasper Bereich gestaltet werden?

(Verbesserung des örtentlichen Vor- und Fernverkehrs, Verbesserung des Ortsdurchfahrungsverkehrs in Haspe, Verbesserung des Ortsdurchfahrungsverkehrs durch Haspe, wie beeinflusst die geplante B3 7-Trasse die Stadtteilgestaltung und Planung, Probleme der Umweltbelastung)

2. Wie soll die Hasper Innenstadt gestaltet werden?

(Verbesserung der Einkaufs- und Dienstleistungsmöglichkeiten, Fußgängerbereiche - Auto-freie Bereiche, welche öffentlichen Einrichtungen für die Innenstadt, welche Wohn- und Freizeiteinrichtungen brauchen die Hasper Bürger in den nächsten Jahren)

3. Welche Grundsätze sollen für die Renovierung von Altbauwohnungen im Sanierungsgebiet (Objektsanierung) gelten?

(Art und Weise, Ausmaß, Kostenbelastung, Auszug für die Renovierungszeit?, Bewohner-Zusammensetzung)

4. Wie soll das Klöckner-/Wittmann-Gelände genutzt werden?

(Ausweitung des Stadtzentrums, Erschließung für Industrie, Wohnen, Freizeit mit welchen Folgen, Sicherung von Arbeitsplätzen)

5. In welcher Art und in welchem Umfang sollen in Haspe Freizeit- und Bildungseinrichtungen geschaffen werden?

(siehe Vorschläge in der Zettelauswertung)

6. Wie sollte das Wohnungsangebot nach erfolgter Renovierung bzw. Neugebauung strukturiert sein?

(Wohnungsangebot und spezifische Wohnformen für einzelne Sozialgruppen (Alleinstehende, alte Menschen, Ausländer, kinderreiche Familien), Anteil und Ausmaß der Gemeinschaftseinrichtungen in den Wohngebäuden und in Blöcken, Preisentwicklung und mögliche Konsequenzen)

7. Wie soll die Sanierung durchgeführt werden?

- (a) zeitlich: Wohnung für Wohnung, Block für Block, Straße für Straße, oder Gesamtbereich
- (b) räumlich: Totalsanierung, Flächensanierung, Objektsanierung/Renovierung
- (c) sozial: welche Folgen für die Bewohner, Absehbarkeit was sie erwartet oder Ungewissheit

der planerischen Funktionsanforderungen, die an die Mitarbeiterrollen zu richten sind, lassen sich als Resultat bestimmter Einrichtungen oder bestimmter Unterlassungen verstehen. Alles, was im Gruppenablauf sinnvoller Weise zur „Selbstverständlichkeit“ erhoben werden kann, erspart Personaleinsatz. So wird der Personalaufwand insgesamt zu einer Variablen, die von der Intensität der Vorbereitung und dem Einsatz von Mitteln beeinflusst wird.

In der Vorbereitungs- wie auch in der Durchführungphase wurde mehr oder weniger eingehend an der Ausarbeitung und Fixierung folgender Rollen gearbeitet:

— Teilnehmerrolle

Sie ist programmiert durch Arbeitsauftrag und Bezeichnung (Gutachter), durch die Erwartungen der Mitteilnehmer, durch Arbeitsnummer, Abzeichen und ähnl. Bewußtseinshilfen¹³, durch das dem einzelnen überreichte Informationsmaterial, die Arbeitsanweisungen und Bewertungsbogen, durch die Anwesenheit von Amtspersonen, durch Plakate, Wandkarten und ähnliches allen zugängliche Material, durch die Räumlichkeiten, in denen die Gruppen arbeiten.

— Funktionsrollen

Bestimmte Mitarbeiterrollen wurden im Verlauf der Gruppen-Zusammenarbeit für die Laienteilnehmer von Fall zu Fall frei angeboten, z.B.:

- Protokollant,
- Berichterstatler,
- Arbeitsgruppenleiter.

Zuweisung der Positionen: Von der Möglichkeit innerhalb der Planungszelle im Zufall auszuwählen (Arbeitsnummer!), ist nicht Gebrauch gemacht worden. Die Gruppen hatten bei der Besetzung der Positionen zu wählen oder Optionen zuzulassen.

Verhaltensanweisungen: Sie ergaben sich aus allgemein bekannten Beispielen, und damit gegebenenfalls aus dem Erwartungshorizont der übrigen Mitteilnehmer, oder aus mündlich vom Tagungsleiter oder aus schriftlich auf Arbeitsbogen formulierten ausdrücklichen Anweisungen.

¹³ Beim Entwurf der PZ ist sogar die Uniformierung durch einen „Dienstkittel“ diskutiert worden. Vgl. Dienel, „Grenzen“ (1973).

– Mitarbeiterrollen

Die vollzeitlichen Mitarbeiterrollen sind am eingehendsten erarbeitet worden. Ihr arbeits teiliger Einsatz wurde in einem „Zeitplan“ koordiniert.

- Diejenigen Verhaltensanweisungen, die sich an bestimmten Situationen im Arbeitsablauf orientierten, waren schriftlich ausformuliert worden, und zwar bis hin zu „Sprechtexten“.
- Sie wurden für jeden der Mitarbeiter in einem „Rollenbuch“ zusammengefaßt.
- Teilzeitliche Mitarbeiter (externe Referenten, Mitwirkende am Hearing) unterlagen den gleichen zeitlichen Begrenzungen, waren aber frei in der Formulierung ihrer Sachbeiträge.

7. Standardisierung der Rahmenbedingungen:

Bewertungen planungsrelevanter Sachverhalte sind vielfach kaum verlässlich, wenn an ihrem Zustandekommen nur wenige Personen mitgewirkt haben. Es ist sicherer, die entsprechenden Daten von einer größeren Anzahl von Personen zu beziehen.

Will man dann aber gleichzeitig nicht auf die Lern-, Motivations- und Kommunikationsvorteile verzichten, wie sie sich in der Kleingruppe ergeben, so liegt es nahe, in mehreren solcher Gruppen die gleichen Bewertungen durchführen zu lassen. Eine systematische Verwendung der Daten, die dabei anfallen, setzt in der Regel voraus, daß diese vergleichbar sind. Das allerdings sind sie nur, wenn es gelingt, bestimmte Bedingungen, unter denen sie entstehen, konstant zu halten.

Die Notwendigkeit einer weitgehenden Standardisierung gilt insbesondere für die bewertungsrelevanten Informationen, die dem Teilnehmer in den unterschiedlichen Gruppen vermittelt werden müssen.

Da sich nicht ausschließen läßt, daß neben diesen förmlich präsentierten Informationen auch andere Eindrücke und Ereignisse die Bewertung beeinflussen, ist es sinnvoll, möglichst viele auch dieser Rahmenbedingungen, sofern sie bewertungsrelevant sein könnten, so weit zu standardisieren, daß vergleichbare Rahmenbedingungen für alle Gruppen gewahrt bleiben.

Für die Sicherstellung einer standardisierten Informationslage wirken sich bei einem Einsatz des Modells Planungszelle zwei seiner Merkmale günstig aus: Da in den Gruppen ja Laien teilnehmen sollen, ist eine Erstellung von Informationseingaben sowieso erforderlich; die

Vorab-Festlegung der Aufgabenstellung macht hier eine vorbereitete Informationseingabe überhaupt erst möglich.

Unter vorbereitungstechnischen Gesichtspunkten wird die Unterscheidung zwischen den mehr und den weniger standardisierungsgünstigen Formen der Informationseingabe wichtig. Ein Film ist bei Mehrfachveranstaltungen mit sich selbst identischer als ein Referat oder Gruppengespräch. Es gibt aber andere Gründe, die sich auch unter diesen Bedingungen zugunsten des Referats oder Gruppengesprächs anführen ließen.

In der Vorbereitung der Hasper Probeläufe mußte von Fall zu Fall eingehend erwogen werden, welche Rahmenbedingungen und insbesondere welche Informationseingaben wie weit standardisiert werden sollten. Die Vorgabe eines einheitlichen Zeitrahmens, die weitgehende Fixierung der Mitarbeiterrollen und das Erstellen von stark fixierten Informationseinheiten sind Teile dieser Standardisierungsbemühung. Der Ablauf, der so entstanden ist, hat dann eine Mehrfachverwendung ermöglicht.

8. Redaktion des Materials:

Bei den Informationen, die für die Gruppenabläufe vorbereitet werden mußten, lassen sich themenorientierte und ablauforientierte Materialien unterscheiden.

– Themenorientierte Informationseingaben

Die im Zufall ausgewählten Teilnehmer bringen von sich aus, wenn es um Probleme geht, wie sie in Haspe zu lösen waren, eine Fülle von aufgabenrelevanten Kenntnissen in die Planungszellenarbeit mit. Es müssen aber – je nach Problemstellung – von den Laienplanern auch weitere Informationen aufgenommen werden, wenn begründete Entscheidungen in den Gruppen zustandekommen sollen. Diese Informationen müssen gezielt, überschaubar und verständlich in die Gruppen eingegeben werden.

Die Vorbereitung der einzugebenden Informationen konnte nur gemeinsam von der Stadtverwaltung und den Mitarbeitern des Untersuchungsvorhabens bewältigt werden. Dabei hat sich eine Arbeitsteilung herausgebildet: Wir, d.h. die Wuppertaler Mitarbeiter, haben von den ausgewählten Problemen her vor allem festgelegt, welche Informationen benötigt wurden; die Mitarbeiter der Verwaltung haben dann entsprechende Informationen zu beschaffen versucht und sie z.T. auch selbst vorgetragen.

Eine Eingabe kann sich unterschiedlicher Formen bedienen und sich an unterschiedliche Adressaten wenden. Die Formen „Referat von Verwaltungsvertreter“, „Beitrag Dritter“ (im Hearing verwendet) und „schriftlich abgefaßte Information“ haben spezifische und im Aufwand unterschiedliche Weisen der Vorbereitung erfordert. Gleiches gilt für die Informationsmaterialien, die an den verschiedenen möglichen Adressatengruppen orientiert waren, am einzelnen Teilnehmer (z.B. Info-Bogen), an der Arbeitsgruppe (z.B. Gruppenmaterial) oder am Plenum (z.B. Poster oder Tafel).

– **Ablauforientiertes Material**

Um den Ablauf der Gruppen zu erleichtern, wurde für jede der drei ausgearbeiteten Rollenarten entsprechendes Material erstellt. Die intensivste Vorbereitung erforderte das Material für die hauptamtlichen Mitarbeiter:

● **Zeitplan**

Jeder Mitarbeiter war im Besitz eines „Zeitplanes“, einer Art Partitur, die den vorgesehenen Ablauf eines jeden der 3 Tage regelte, und zwar für bestimmte Arbeitsvorgänge sehr eingehend und in Minutenschärfe, für andere Vorgänge relativ pauschal und mit mehr zeitlichem Bewegungsraum. Hier war u.a. festgelegt, wann welche Mitarbeiter tätig werden, welche Arbeitsgruppen beginnen oder welche Mahlzeit eingenommen werden sollten. Dieser Plan wies außerdem aus, welches technische Gerät, welches Info-Material und welche Bewertungsbogen wann wo benötigt wurden.

● **Rollenbücher**

Für die Mitarbeiterrollen Tagungsleiter, Referent und Untersuchungsleiter waren Verhaltensweisungen, Hinweise für Mitteilungen und punktuell sogar wörtliche Sprechtexte in schriftlichen Arbeitsvorlagen fixiert vorbereitet worden. Diese Maßnahme erwies sich als sinnvoll sowohl für die Koordination wie auch für die Standardisierung des Ablaufes.

● **Beobachtungsbogen**

Der Mitarbeiter sollte veranlaßt werden, neben seiner anleitenden Tätigkeit in der Planungszelle gleichzeitig als Beobachter des Geschehens zu fungieren.

The form is titled "Beobachtungsprotokoll" and includes a logo for "BURGER PLANEN HASPE". It features a list of categories on the left and a table for recording observations on the right.

Basisplanungsbüro	
Integration Sachverständigen	
Wirtschaftsberatung	
Störungen in Planung	
Störungen in den Gruppen	
Störungen in den Plenen	
Sonstige	

At the bottom right, there are fields for "Planungszelle:" and "Aufsichtant:".

Abb. 10

Als Unterstützung hierfür war ein „Bewertungsbogen“ angefertigt worden (s. Abb. 10) von dem jeder Mitarbeiter alle 3 Stunden ein neues Exemplar zum Ausfüllen erhielt.

Kapitel V

Durchführungsphase

Höhepunkt der Untersuchungsarbeit in Hagen-Haspe war die Durchführung von 8 je dreitägigen, identisch programmierten Planungszellen (im folgenden: Ha 1 – Ha 8) aus folgenden Orten zu folgenden Terminen:

Tab. 5: Termine und Herkunftsort der Planungszellen

Probe- lauf	Termin	Herkunftsort
Ha 1	1.12.– 3.12.75	Hagen, ohne Stadtteil Haspe
Ha 2	4.12.– 6.12.75	Haspe
Ha 3	8.12.–10.12.75	Wuppertal-Talsole
Ha 4	11.12.–13.12.75	Wuppertal-Höhenlagen
Ha 5	19. 2.–21. 2.76	Haspe
Ha 6	23. 2.–25. 2.76	Wuppertal, Bez. 12-Wichling- hausen
Ha 7	3. 5.– 5. 5.76	Remscheid-Lennep
Ha 8	6. 5.– 8. 5.76	Remscheid-Lüttringhausen

Diese Phase der Untersuchung wird hier unter den Gesichtspunkten der Teilnehmerschaft, der Organisation sowie des Datenumlaufs beschrieben.

Bei den zahllosen Auffälligkeiten, die diese Phase von denen anderer bürgerschaftlicher Beteiligungsverfahren unterscheidet, wird hier nicht immer ausführlich genug auf die Eigenheiten des eingesetzten Modells eingegangen, die diesen Auffälligkeiten zugrunde liegen. Der diesem Bericht gesetzte Rahmen würde sonst überschritten. Statt dessen muß hier auf die Beschreibung des Modells¹⁴ bzw. auf die dort zitierten Veröffentlichungen verwiesen werden.

A. Die Teilnehmer

Die Teilnehmerschaft der Planungszelle ist ungewöhnlich zusammengesetzt und sie kommt auf andere Weise zustande als in jedem heute üblichen Planungsbeteiligungsverfahren. Für Leser, die an diesem Punkt besonders interessiert sind, wird über Einladung und Teilnehmerschaft im folgenden relativ eingehend berichtet.

1. Rahmenbedingungen der Einladung

Die Teilnehmer an der Planungszelle werden im Zufall eingeladen. Mit dieser Auswahl werden sozial-strukturelle Mechanismen asymmetrischer Selektion, wie sie z.B. bei Beiräten, politischen Parteien oder Bürgerforen wirksam werden,¹⁵ ausgeschaltet.

Mit der Planungszelle wird eine interessens- und motivationsbedingte Auswahl verhindert, die gerade bei der Mitwirkung an Planungsprozessen bestimmte Gruppen der Bevölkerung ausblendet und Beteiligung in der Regel auf unmittelbar Betroffene, auf Interessenvertreter und auf Sozialaktive beschränkt. Die Selektion per Zufall kann auf das Auswahlkriterium „Betroffenheit“ verzichten und vermag damit, den direkten Interessendurchgriff zu verhindern und allen die gleiche, zunächst formale Chance der Partizipation einzuräumen¹⁶. Die scheinbare Benachteiligung der Fraktion der Betroffenen wird zugunsten eines wie auch immer verstandenen Allgemeininteresses, nämlich zugunsten einer Repräsentativität der Teilnehmerauswahl, und d.h. gleichzeitig einer Repräsentativität der vertretenen Interessenpositionen, in Kauf genommen¹⁷.

Die Bearbeitung vorgegebener Probleme, bei den Hasper Probeläufen z.B. die Verkehrsplanung in der Innenstadt, erfordert bei der Komplexität der Informations-, Diskussions- und Bewertungsvorgänge den ganztägigen, kontinuierlichen Einsatz der Teilnehmer, wenn für die Planung brauchbare Ergebnisse erzielt werden sollen. Das Einlösen der Anforderungen macht die befristete Freistellung der Teilnehmer von ihren arbeitstäglichem Verpflichtungen notwendig¹⁸.

Zufallsauswahl und befristete Freistellung der Teilnehmer als konstitutive, unverzichtbare Merkmale des Verfahrens „Planungszelle“ setzen für die Praxis bestimmte Axiome. Sie bedingen bestimmte Probleme und machen bestimmte Zielsetzungen sowie auf das Verfahren abgestimmte Einladungstechniken erforderlich.

a) Ziele des Einladungsverfahrens

Oberstes Ziel des Einladungsverfahrens muß es sein, die als potentielle Teilnehmer ausgewählten Personen zu einer Teilnahme an der Planungszelle zu bewegen, ihre Teilnahme sicherzustellen und so die vorher festgelegte Soll-Zahl von Teilnehmern zu erreichen.

Das Merkmal „Teilnehmerzahl“ läßt sich zwar mit einigem Spielraum als Variable behandeln,¹⁹ dennoch sollte für die Arbeit mehrerer Planungszellen an einem Projekt die gleiche Soll-Zahl festgelegt werden. Für die Hasper Probeläufe wurde von 25 Teilnehmern pro Planungszelle ausgegangen.

¹⁴ s.o. Kapitel II; jetzt aber auch insbesondere: Dienel, Die Planungszelle, Opladen 1978.

¹⁵ Vgl. hierzu: Die sechs Schlagseiten des neuen Bundestages, in: Der Spiegel, 43/1976, S. 49 ff.

Ebert, Th., Lernprozesse mit Bürgerinitiativen: Mode oder Krisensignal, in: Aspekte, 1973/9, S. 37 – 39
Dienel, P., Das Problem (1974), S. 7 – 17

Schäfers, B., Sozialstruktur und Wandel der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1976, S. 112 f.

¹⁶ Vgl. Dienel, „Grenzen“ (1973) S. 120 – 125.

¹⁷ Die Betroffenen können bekanntlich ihre Interessen über Hearings, Interviews, Stellungnahmen etc. in den Informations- und Beratungsprozess der Planungszelle einbringen.

¹⁸ Zu den Problemen wie den Vorteilen der befristeten Teilnahme vgl. Dienel, Planungszelle (1978), S. 83 – 86.

¹⁹ Vgl. Dienel, P., Entwicklung (1976), S. 20.

Nebenziele des Einladungsverfahrens ergeben sich aus Bedingungen wie der politischen Kultur der BRD, die eine asymmetrische Selektion – trotz der Zufallswahl – auch für die Planungszelle möglich erscheinen lassen. Solange nicht von einer verbreiteten moralischen, durch die sozio-politischen Werte einer Gesellschaft unterstützten Verpflichtung zur Wahrnehmung von Beteiligungschancen ausgegangen werden kann, ist die Annahme gerechtfertigt, in der Planungszelle vermehrt die Sozialaktiven oder die „Leicht Abkömmlichen“, z.B. Rentner oder Hausfrauen vorzufinden. Dies würde zwar nicht das Prinzip der Zufallsauswahl ad absurdum führen, aber zumindest bezüglich der Repräsentativität der vertretenen Interessen einige Zweifel aufkommen lassen. Hier stellen sich den Organisatoren vielfältige Aufgaben, z.B. Schaffung extrinsischer und Freilegung intrinsischer Motivationen oder die Eruiierung von Freistellungsmöglichkeiten für positionsspezifische Verhinderungen.

Weitere Nebenziele resultieren aus den Informationsanforderungen. Die Teilnehmer mußten von Grund auf über die Ablaufbedingungen des Verfahrens sowie über seine Aufgabenstellung in Kenntnis gesetzt werden. Dabei ist jedoch zunächst zwischen den Informationen, die erst im Verlauf der Bearbeitung der Planungsprobleme notwendig werden, und jenen zu unterscheiden, die zur Teilnahme motivieren und die gedankliche Einstimmung auf die anstehenden Problemfelder erleichtern.

b) Vorhersehbare Probleme

Als ein Resultat der bisher realisierten Probeläufe des Beteiligungsverfahrens Planungszelle Schwelm I – Schwelm III konnten im voraus potentielle Verweigerungsgründe spezifiziert werden, die bei der Organisation von Einladungsverfahren berücksichtigt werden müssen²⁰.

Dem Vorhaben Planungszelle stehen Nachteile allgemeiner Natur entgegen; dazu zählen z.B. zeitlicher Aufwand oder die Konfrontation der eigenen Persönlichkeit mit unbekanntem Sachverhalten und unbekanntem Personen. Diese persönliche Präsentation in einer diffusen Situation, von der lediglich einige, allerdings gerade die verunsichernden und motivationshemmenden Faktoren (z.B. Gespräch mit Verwaltungsbeamten, Teilnehmer aller Schichten, Diskussion über Planungsthemen) bekannt sind, darf als Grund für Teilnahmeverweigerungen nicht unterschätzt werden. Dies gilt vor allem für die Bevölkerungskreise, die ohnehin in der Partizipation an politischen oder kulturellen Prozessen unterrepräsentiert sind²¹.

Personenspezifische Verweigerungsgründe lassen sich in folgende Kategorien einteilen:

- Termin
Die eingeladenen Personen haben für die Termine der Veranstaltung anderweitige, nicht zu revidierende Dispositionen getroffen.
- Familie
Unabkömmlichkeit aus familiären Gründen; z.B. Pflege oder aufsichtsbedürftige Familienangehörige.
- Beruf
Unabkömmlichkeit am Arbeitsplatz; finanzielle Einbußen – Hochverdiener, Selbstständiger; Berufliche Fortbildung außerhalb der Arbeitszeit.
- Passivität
Aus Zeitbudgetuntersuchungen weiß man, „daß in Industriegesellschaften etwa 10% einer Bevölkerung an ihrer Umwelt kaum teilnehmen, auch nicht am Leben ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, daß ihr Tageslauf nur wenige Aktivitäten aufweist, daß mithin diese Personen zwar anwesend sind, aber lediglich als passiver Teil des sozialen Systems bezeichnet werden können“²².

- Krankheit
Aus Krankheitsgründen wird die Einladung nicht angenommen.

- Politische Apathie
Desinteresse an politischen Prozessen; politisch Enttäuschte; Resignierte.

Die letztgenannten Kategorien werden, wie bekannt ist, auch oder gerade dann genannt, wenn mangelndes Selbstbewußtsein, eine negative Selbsteinschätzung des eigenen Sachverstandes oder des eigenen Artikulationsvermögens eher als reale Gründe angeführt werden müßten.

Der gesamte Komplex möglicher Verweigerungsgründe kann in seinen dysfunktionalen Wirkungen nicht allein durch eine schriftliche Einladung neutralisiert werden. Diese kann aber den Wunsch zur Teilnahme und damit die generelle Bereitschaft zur Anhörung eines informierenden Besuchers hervorrufen. Persönliche Schwierigkeiten lassen sich ohnehin nur im Gespräch mit dem potentiellen Teilnehmer ausräumen oder verringern; dies gilt in ähnlicher Weise für die Aktivierung Sozialpassiver.

²⁰ Vgl. hierzu Dienel, P., Ergebnisbericht (1975); Dienel und Mitarbeiter, Probeläufe von Planungszellen in Schwelm, unveröffentlichtes Arbeitspapier, Wuppertal, 1973.

²¹ Die Kumulation beider Faktoren ist in der amerikanischen Literatur zur „Political Participation“ nachgewiesen, z.B. bei Milbrath (1965); Scott (1956); siehe auch Zimmet (1970).

²² Scheuch (1974); vgl. Szalai, A. (Hg.), *The Use of Time*, Paris, 1972.

Damit gliedert sich die Gewinnung von Teilnehmern für das Verfahren „Planungszelle“ nach der Zufallsauswahl in zwei Abschnitte, nämlich Konzeption und Versand der schriftlichen Einladung, sowie Konzeption und Durchführung der Hausbesuche.

2. Auswahl der Teilnehmer

Die mit dem Modell „Planungszelle“ vorgeschriebene Zufallsauswahl der Teilnehmer kann prinzipiell durch beide Basisverfahren einer Zufallsauswahl erfüllt werden: die Lotteriewahl nach dem Urnenmodell und die systematische Zufallsauswahl. Beide gewährleisten eine unbeeinflusste, nur den Gesetzen der Wahrscheinlichkeitstheorie unterliegende Bestimmung der zu ziehenden Einheiten aus der Grundgesamtheit²³.

Die Lotteriewahl ist für die Zwecke der Planungszelle nur brauchbar, wenn die faktische Mischung der zur Verfügung stehenden Auswahlseinheiten, hier z.B. Einwohnermeldekartei, durch eine symbolische Mischung mit Hilfe der Zwischenschaltung von Tafeln mit Zufallszahlen (random numbers) ersetzt wird²⁴.

Die systematische Zufallsauswahl läßt sich durch unterschiedliche Techniken realisieren: Herausgreifen jedes n-ten Falles; Auswahl aller Personen, deren Namen mit einem bestimmten Buchstaben beginnen; Auswahl aller an einem bestimmten Tage Geborenen; Auswahl aller Fälle mit einer bestimmten Endziffer bei durchnummerierten Karteien. Trotz der grundsätzlichen Zulässigkeit dieser Techniken ergeben sich dann Verzerrungen der Auswahl „wenn die Systematik der Auswahl sich mit der Systematik der Abfolge von Einheiten in der Gesamtheit deckt“²⁵.

Die genannten Basisverfahren erfordern bei der Umsetzung in die Praxis den Rückgriff auf bestimmte vorfindbare Grundgesamtheiten als Ausgangsmaterial für das zu erstellende Sample. Hiernach unterscheidet man zwei Grundformen: die Karteiauswahl (Einwohnermeldekartei, Verzeichnis der Wahlberechtigten, Telefonbücher, Schülerkartei etc.) und die Gebietsauswahl (Geographische Definition der Auswahlseinheiten; z.B. als Vorstufe einer Karteiauswahl: Festlegung des Ortes bzw. der Fläche, in der dann die Karteiauswahl angewendet wird.)

Für die Hasper Probeläufe wurden die oben genannten Verfahren kombiniert. Zunächst fand eine Gebietsauswahl statt, d. h. es wurde festgelegt, daß die Teilnehmer aus bestimmten Städten oder Stadtregionen kommen sollten. Um vermeidbaren Aufwand zu sparen (Verkürzung der Wege bei Einladungsbesuchen, Verkürzung der Teilnehmer-Wege zur Bus-Abfahrtstelle) wurde von der Gruppe Ha 5 ab das Einzugsgebiet auf Stadtgebiete beschränkt (s. Tabelle 6). Danach wurden aus der Einwohnermeldekartei alle Personen bestimmter Geburtsjahrgänge, und zwar der Jahrgänge 1957 (Wahlberechtigung!) bis 1900, zunächst nach einer Buchstabenauswahl oder später (siehe Tabelle 6) durch ziehen jeder n-ten Karte, in das Sample der potentiellen Teilnehmer aufgenommen.

Tab. 6: Teilnehmerauswahl

Probelauf	Einzugsgebiet	Stufen der Selektion
Ha 1	Hagen, ohne den Stadtteil Haspe	1. Gebietsauswahl 2. Karteiauswahl 3. Altersbeschränkung
Ha 2	Haspe	
Ha 3	Wuppertal-Talsohle	
Ha 4	Wuppertal-Höhenlagen	4. Buchstabenvorgabe
Ha 5	Haspe	
Ha 6	Wuppertal, Bez. 12-Wichlinghausen	Stufe 1–3 (s. o.), 4. n-te Karte
Ha 7	Remscheid-Lennep	
Ha 8	Remscheid-Lüttringhausen	

Die Vorgabe des Anfangsbuchstabens der Personennamen hat sich als unzuverlässig erwiesen:

- 1) Die Tatsache, daß die Namen aller Teilnehmer mit demselben Buchstaben beginnen, erschwert unnötig das Einprägen der Namen sowie das Anreden und damit den Auftakt von Gesprächssituationen.
- 2) Die Gruppe wird – trotz aller positionsspezifischen Heterogenitäten – nicht als ein realer Ausschnitt von Gesellschaft empfunden („Maier/Meier-Gruppen“).
- 3) Die Festlegung eines Anfangsbuchstabens kann in bestimmten Gebieten der BRD zu überproportionalen Verzerrungen führen.²⁶ So lieferte die Auswahl nach dem Buchstaben „G“ für eine Remscheider Planungszelle ein durch die Häufigkeit des Namens „Garcia“ zugunsten der portugiesischen Ausländer verzerrtes Sample. Normalerweise gilt für Remscheid eine Ausländerquote von 10–12%, im Sample waren jedoch ca. 50% Ausländer vertreten. Ein derart mißlungenes Sample kann weder durch gezielte Einladungsschreiben noch durch spezielle Aktivierungsverfahren neutralisiert werden, zum anderen widerstrebt eine solche Auswahl den Intentionen des Verfahrens.

3. Einladung der Teilnehmer

Die ausgewählten Einwohner wurden mit einem Einladungsschreiben eingeladen, am Projekt „Stadtsanierung Haspe“ für 3 Tage als Berater und Gutachter mitzuwirken. Das Schreiben (Kopfbogen der VHS) war vom Leiter der Volkshochschule und vom Ordinarius für Soziologie/ Sozialpädagogik, Gesamthochschule Wuppertal, gemeinsam unterzeichnet.

²³ Vgl. Scheuch (1974), S. 27.

²⁴ Solche Tafeln finden sich in zahlreichen Statistik-Lehrbüchern, z.B. bei Blalock, H.M., Social Statistics, New York, 1960.

²⁵ Scheuch (1974), S. 28.

²⁶ Mayntz/Holm/Hübner (1972), S. 71.

Inhaltlich umfaßt ein solches Einladungsschreiben in der Regel folgende Abschnitte:

- Information

Dazu zählen Informationen über: Termin, Tagungsort und -dauer, Themen, die Höhe der Vergütung und das Verfahren bzw. die intendierte Arbeitsweise. Dabei gilt es zu beachten, daß die Informationen über die Thematik so gehalten sind, daß Diskussionen und Entscheidungen in der Planungszelle nicht durch präformierte Meinungen beeinträchtigt werden. Wichtig erscheint weiterhin eine angemessene, sprich: publikumswirksame und verständliche Darstellung der Informationen wie des geplanten Beteiligungsverfahrens.

- Motivation

Die Motivation kann durch das Aufgreifen von Reizworten wie „Bürgerbeteiligung“ oder „Gutachter- und Expertentätigkeit“ erhöht werden. Für bestimmte Einzugsgebiete bietet sich der Hinweis auf aktuelle, öffentlich ausgetragene Kontroversen, auf Pressemitteilungen etc. an.

Motivierend wirkt für Teile der Bevölkerung auch die Chance zur Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen oder banaler gesagt: die Chance, „denen von der Stadt“ einmal die Meinung sagen zu können.

Die skeptische, fast mißtrauische Haltung vieler Teile der Bevölkerung gegenüber öffentlichen Institutionen, insbesondere der Verwaltung,²⁷ kann die vermutete Motivationswirkung einer Einladung durch eine „VHS“ und eine „Universität“ aufheben, ja teilweise in ihr Gegenteil umschlagen lassen. Dies zeigt zumindest die Erfahrung einiger Hausbesuche. Im übrigen muß vermieden werden, die Einladung auf einem sprachlich zu hohem Niveau abzufassen.

- Rückantwort

Die Aufforderung zur Rückantwort wurde expressis verbis ausgesprochen, dokumentiert und gleichzeitig erleichtert wurde die Aufforderung durch eine beigelegte Rückantwortkarte. Auf ihr sind genannt: Planungsfall, Tagungstermine und Termin der Rückantwort. Abgefragt werden die gewünschten Termine für einen Hausbesuch, die generelle Teilnahmebereitschaft sowie der Beruf des Eingeladenen, um einen Überblick über die Berufsstruktur innerhalb der Planungszelle zu erhalten. Adressiert wurde die Antwortkarte, im Gegensatz zum Briefkopf der Einladung, an die GH Wuppertal (Zeit- und Kostenersparnis!).

Die Rücklaufquote dieser Karten unterlag den durch empirische Untersuchungen bekannten Bedingungen.²⁸

Für das Einladungsverfahren konnten insbesondere folgende Erkenntnisse herangezogen werden:

1. bezüglich der Rahmenbedingungen des Einladungsverfahrens
 - je höher die Schulbildung desto höher die Rücklaufquote
 - heterogene Gruppen ergeben eine „flache Rücklauf-Charakteristik“
 - Differenzierung von Hagenern, Wuppertalern und Remscheidern: die Zentralität der Thematik erhöht die Rücklaufquote
2. bezugl. der Steigerung der Rücklaufquote
 - graphische Qualität der Einladung
 - Kürze der Einladung
 - telefonische Nachfragen
 - frankierte Rückantwortkarte
 - Begründung für die Wahl dieser Person
 - Anonymität individueller Meinungen
 - offizieller Briefkopf, Originalunterschriften
 - Vermeidung des Eindrucks einer Massensendung

4. Aktivierung der Teilnehmer

Nach dem Versand der Einladungsschreiben und dem Rücklauf der Antwortkarten ergaben sich bezogen auf die Gesamtauswahl der potentiellen Teilnehmer folgende Gruppen:

- A – Zusagen
- B – Absagen
- C – keine Reaktion auf die Einladung
- D – Einladung nicht zustellbar (Karteifehler, für Hagen z. B. 10% der versandten Einladungen)
- E – Reservegruppe, noch nicht eingeladen.

Die Personen der Gruppen A – B sollten in ihrer Zusage bestärkt bzw. trotz Absage zur Teilnahme bewegt werden. Die angegebenen Verweigerungsgründe der Gruppe B sollten punktuell überprüft werden. Die Gruppe C erhielt nach einiger Zeit ein Anschreiben, in dem nochmals eine Antwort erbeten wurde. In einigen Fällen wurden die Gruppen C – E in die Hausbesuche (siehe unten) einbezogen, um die Zufallsauswahl wie die Sollgröße der Planungszelle sicherzustellen. Die zum Teil unverhältnismäßig hohe Anzahl der nicht zustellbaren Einladungen wurde durch den Rückgriff auf die Reserveliste des Samples (Gruppe E) ersetzt, indem sofort – in der numerischen Reihenfolge – weitere Personen eingeladen wurden. Als Ergebnis dieser Maßnahme kann festgehalten werden, daß sich ihre Effektivität proportional zum Ausmaß der eingetretenen Zeitverzögerung verringert.

Aufgrund seiner spezifischen, variablen Einsatzmöglichkeiten ist der „Hausbesuch“ ein zentraler Bestandteil des Einladungsverfahrens. Gemessen an seiner Bedeutung sind alle weiteren Versuche (Telefonanruf, Mahnbrief etc.) lediglich flankierende Maßnahmen. Er hat in der Sicherstellung der Teilnahme folgende Teilaufgaben zu erfüllen:

- Beseitigung individueller Teilnahmeverhinderungen, z. B. Vorbereitung von Freistellungsverhandlungen.
- konkrete Information über Termine, Arbeitsweisen, Vergütung etc..
- Vorinformation über die Themen.
- Steigerung der Motivation.

Der informierende Teil des Hausbesuchs wurde durch ein Informationsblatt vorstrukturiert, das den Teilnehmern nach Ablauf des Gesprächs überlassen wurde. Das Informationsblatt ist nach dem Frage-Antwort-Prinzip aufgebaut, um sowohl ein hohes Maß an Verständlichkeit zu erreichen als auch seiner Funktion als Gesprächsleitfaden gerecht zu werden. Im Informationsblatt wurde u.a. auf folgende Fragen eingegangen:

²⁷ Vgl. hierzu Kaufmann, F.X. (1969), S. 45 ff. u. S. 99 ff.; ders. (1970), S. 256 ff.; Grunow/Hegner (1972); Schäfers, B. (1976), S. 109;

²⁸ Vgl. hierzu Friedrichs, J. (1973), S. 237 – 242; Richter, H.J. (1971); Longworth, D.S., ASR, 13, S. 310 – 313.

Worüber arbeiten wir?

Informiert, diskutiert und bewertet werden drei Teilprobleme der Stadtsanierung Haspe:

- Verkehrsführung in der Stadtmitte, Fußgängerzonen und deren Verkehrsanbindung, Lage der Umgehungsstraße etc.
- Freizeit und Bildungseinrichtungen: Was fehlt? Was kann erstellt werden? Was ist dringend? Kindergarten, Spielplätze, Bürgerzentrum, Jugendzentrum, Förderung von Vereinen, Altentagesstätten, oder ...?
- Renovierung von Altbauwohnungen im Sanierungsgebiet Haspe: Ausbau der Wohnungen und Erhöhung der Mieten, keine Renovierung – alles bleibt wie es ist; Verzicht auf Billigwohnbereiche.

Wie wird gearbeitet?

Die gesamte Gruppe umfaßt 25 Personen. Diese kann bei bestimmten Arbeitsaufgaben aufgeteilt werden; jede kleinere Gruppe erhält eine Teilaufgabe, die sie zu Lösungsmöglichkeiten führen kann.

Jeden Tag soll von 8.30 – 12.00 Uhr und von 13.00 – 16.30 Uhr gearbeitet werden; am 3. Tag allerdings nur von 8.30 – 13.00 Uhr.

Was geschieht mit den Ergebnissen?

Die erarbeiteten Lösungsmöglichkeiten der Planungsgruppen werden den zuständigen kommunalen und politischen Gremien zugeleitet. Die Vorschläge der Bürger werden von diesen Gremien als wertvolle Beiträge zur Lösung des Sanierungsproblems Haspe betrachtet.

Der motivierende Teil des Gesprächs konnte nur in einigen, je nach Situation verwertbaren Punkten vorbereitet werden, z.B. Herausstreichen der Vergütung, Minderung zu hohen Verdienstaufschlags, Vorbereitung einer Bescheinigung zur Vorlage beim Arbeitgeber, Beseitigung individueller Hemmnisse aufgrund fehlenden Selbstbewußtseins oder einer falschen Einschätzung der erwarteten Fähigkeiten.

Neben den Hausbesuchen wurden folgende Maßnahmen erprobt:

- Mahnbriefe an nicht reagierende Teilnehmer.
- Telefonate als Erinnerungsmaßnahmen.
- die Verpflichtung der Teilnehmer per Unterschrift.

Die Probeläufe Ha 1 – 4 erbrachten eine Differenz von 30 – 60% zwischen Zusagen und tatsächlicher Teilnehmerzahl. Deshalb wurde beschlossen, eine im Bewußtsein des Einzelnen verpflichtende Teilnahmeerklärung unterzeichnen zu lassen. Der Erfolg war durchschlagend; in den folgenden 4 Probeläufen war lediglich eine Nichteinhaltung der gegebenen Zusage zu verzeichnen.

- die Einrichtung eines „Kindergartens“. Während für die Hagener und Hasper Planungszellen das Problem der Kinderbeaufsichtigung dezentral gelöst werden konnte, mußte für die Remscheider Gruppen eine zentrale Kinderbetreuung organisiert werden. Die dabei entstehenden Probleme der Personal- und Lokal-Beschaffung stellten sich im einzelnen Fall als lösbar heraus.

Bei der Aktivierung der ausgewählten Teilnehmer sind Erfahrungen angefallen. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Die Motivation der Zusagenden ist ungeheuer hoch; dies gilt ebenso für das Informationsbedürfnis (Thematik und Verfahren).
2. Die Vorstellung, man werde eingeladen, eine Ja-Sager-Funktion auszuüben, ist weit verbreitet. Dennoch will man die Chance zum Mitreden nutzen.
3. Das Verfahren der Zufallsauswahl (wie kommen sie gerade auf mich?) wird am häufigsten nachgefragt.
4. Wuppertaler und Remscheider, d.h. Auswärtige, hinterfragen grundsätzlich ihre Funktion im Hasper Planungsprozeß; selbst die Einladung als „Kontrollgruppe“ erscheint ihnen zunächst ungewöhnlich.
5. Der überproportional große, durch Haus-Besuche nicht aufzuhebende Ausfall von Selbständigen bei Ha 1 – 4 ist ausschließlich durch die Termine dieser Planungszellen bedingt. In der 1. Hälfte des Dezember (Saison im Weihnachtsgeschäft) jemanden für eine 3tägige Teilnahme an der Planungszelle zu gewinnen, ist nahezu unmöglich; selbst bei vorhandener Motivation, das eigene Interesse zwingt diesen Personenkreis zu einer Absage.
6. Non-Reaktionen werden bei Haus-Besuchen fast ausnahmslos zu Teilnahme-Verweigerungen; dies gilt ebenso für die Anmahnung per Brief oder Telefon.
7. Schriftlich absagende Personen können eher zu einer Teilnahme bewegt werden als nicht-reagierende. Dies gilt vor allem dann, wenn persönliche Gründe zu einer Absage geführt haben (fehlendes Selbstbewußtsein, finanzielle Einbußen, Kinderbetreuung etc.).
8. Besuche von noch nicht schriftlich eingeladenen Teilnehmern (auch kurz vor Beginn der Tagung!) sind durchaus chancenreich. Die Verweigerungsgründe sind hier – verständlicherweise – Termenschwierigkeiten, kurzfristige berufliche Freistellung oder Kinderbetreuung. Personen, die über ihre Zeit relativ frei verfügen können (Hausfrauen, Rentner, Arbeitslose etc.), ergreifen die Chance zur Teilnahme.
9. Der schwierigste Punkt im Einladungsgespräch scheint zu sein, den Personen, die dem Vorhaben ablehnend gegenüberstehen, klarzumachen, wie wichtig gerade ihre persönliche Teilnahme ist. Vorzugsweise Hausfrauen oder einfache Arbeiter sind der Meinung, bei solchen Problemen nicht mitreden zu können. Hier gilt es, Unsicherheit zu nehmen und das Selbstwertgefühl zu steigern. Man muß als Besucher z.B. immer wieder darauf hinweisen,

daß die Planungszelle eine per Zufallsauswahl zusammengestellte Laienplanergruppe sei. Gerade der „normale Bürger“, der Laie und nicht der Planungsexperte der Stadt soll seine Meinung äußern. Alle Teilnehmer der Planungszelle sind vor dem Start gleich uninformatiert, es werden keine Kenntnisse vorausgesetzt. Die Arbeit am Planungsproblem beginnt für alle bei „0“.

10. Die Hausbesuche haben sich insgesamt als wesentlicher Bestandteil des Einladungsverfahrens erwiesen. Die Neutralisierung personengebundener Unsicherheiten scheint auf keine andere Weise lösbar; ebenso ist der motivierende Einfluß der Gespräche, z.T. der beginnenden Sach-Diskussion nicht zu unterschätzen. Der Effekt rechtfertigt diesen kostenaufwendigen Teil der Einladung.

5. Zusammensetzung der Teilnehmerschaft

Man könnte sich damit zufriedengeben, daß die Hasper Probeläufe überhaupt stattgefunden haben, was ja bei der freiwilligen Teilnahme von Bürgern gar nicht selbstverständlich ist. Es ist gelungen, eine bestimmte Anzahl von Bürgern zu mobilisieren und für 3 Tage in die Rolle des Planers bzw. Gutachters zu versetzen. Andererseits lassen sich weiterreichende Ansprüche formulieren. So kann z.B. gefragt werden:

1. Beeinträchtigen differierende Teilnehmerzahlen die Vergleichbarkeit der Ergebnisse von Ha 1 – 3?
2. Wurde das Prinzip der Zufallsauswahl trotz aller Schwierigkeiten gewahrt?
3. Genügt die faktische Teilnehmerschaft den Ansprüchen der Repräsentativität?
4. Ist die Annahme zu rechtfertigen oder zu widerlegen, mit dem Beteiligungsverfahren „Planungszelle“ vor allem ein Partizipationsfeld für „Leicht Abkömmliche“, z.B. Rentner oder Hausfrauen zu eröffnen?

ad 1:

Ein rein formales Kennzeichen der Hasper Probeläufe war die zwischen 10 und 20 Teilnehmern differierende Besetzung der acht Planungszellen (die Zahlen blieben während der 3 Arbeitstage jeweils konstant). Unterschiedliche Gruppengrößen bedingen sowohl im Plenum als auch durch die Zahl parallel laufender Gruppen bei Kleingruppengesprächen unterschiedliche Interaktionssituationen und damit möglicherweise Abweichungen im Informationsdurchfluß. Entscheidend für den Output des Verfahrens ist die Frage, ob differierende Teilnehmerzahlen sich in den Bewertungsvorgängen, also in den in die Planungsprozesse einfließenden Planungszellen-Entscheidungen widerspiegeln.

Es wäre unrealistisch zu erwarten, daß 3 Planungszellen aus drei Städten mit ihren Meinungen und in ihren Bewertungen in allen Details übereinstimmen. Aber in ihren entscheidenden Voten (etwa bei der Abstimmung über die Förderungswürdigkeit der drei Bereiche Verkehr, Freizeit und Wohnen oder bei der Suche nach der besten Verkehrslösung) liegen alle 3 Planungszellen auffallend dicht zusammen (vgl. z.B. Abbildung 39). Stets wird eine übereinstimmende Prioritätenentscheidung gefällt²⁹. Der Faktor „Teilnehmerzahl“ bleibt hier ohne erkennbaren Einfluß auf die Ergebnisse der Planungszelle.

ad 2:

Rein formal hatte jeder in die Selektion aufgenommene Bürger die gleiche Chance zur Teilnahme. Daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt saisonale und sozio-kulturelle Bedingungen es erschweren, diese Auswahl in faktische Teilnahme zu übersetzen, spricht nicht grundsätzlich gegen das Modell.

Bereits mit den gewonnenen Erfahrungen kann den hier drohenden Gefährdungen wirksam begegnet werden. – Die hier vorgetragenen analytischen Erkenntnisse können in prophylaktische Maßnahmen, z.B. in Einladungsprogramme für Problemgruppen wie Mütter mit Kindern, Hochverdiener oder Selbständige, umgesetzt werden. Weiterführende Aussagen dazu sind oben bereits getroffen worden.

ad 3:

Jede Zufallsauswahl, die aus einer umfassenden Grundgesamtheit wie die der Städte Hagen, Wuppertal oder Remscheid ein Sample von 100 oder auch 200 Personen ziehen soll, wird sich mit dem Kriterium der Repräsentativität schwer tun, dennoch sollen einige Vergleiche gewagt werden.

Der Totalvergleich zwischen dem Bevölkerungsquerschnitt der Städte Hagen, Wuppertal, Remscheid und den Planungszellen ergibt für die Merkmale Alter, Geschlecht und Einkommen eine zufriedenstellende, über die Erwartungen hinausgehende Repräsentativität (vgl. Tab. 7 u. 8)³⁰.

²⁹ Ob und welche nivellierenden Einflüsse hier wirksam werden, muß weiteren Untersuchungen überlassen bleiben. – Zum Sachverhalt als solchem vgl. Diemel und Mitarbeiter: Bericht über die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens „Planungszelle“ vor dem Sanierungsausschuss Hagen-Haspe, S. 12 – 14.

³⁰ Dieser und den folgenden Aussagen liegen Daten zugrunde, die in einer von Detlef Garbe geleiteten Befragung gewonnen und in einer Untersuchung von R. Veiten (Die soziale Zusammensetzung von Laienplanergruppen – ein Vergleich mit der Bevölkerung) verarbeitet worden sind. Die Angaben für die Tabellen 7 und 8 sind dieser Arbeit entnommen.

Tab. 7: TEILNEHMERSCHAFT DER PLANUNGSZELLE NACH GESCHLECHT,
ALTER UND FAMILIENSTAND

Vergleich zwischen Bevölkerung und Planungszelle

	Bevölkerung		Planungszelle	
	absolut	v.H.	absolut	v.H.
von Wuppertal/Hagen/ Remscheid (Stand 31.12.75)				
<u>Wohnbevölkerung, insg.</u>	773.977	100		
- davon männlich	362.423	47		
- davon weiblich	411.554	53		
- davon unter 18 Jahren	173.300	23		
- von 18 bis unter 69	512.313	66		
- 69 Jahre und älter	88.364	11		
<u>Vergleich nach dem Geschlecht</u>				
Wohnbevölkerung bzw. Teilnehmer von 18 Jahren bis unter 69 Jahre				
- davon männlich	244.585	48	60	52
- davon weiblich	268.525	52	56	48
		100	116	100
<u>Vergleich nach dem Alter</u>				
- 18 bis 30 Jahre	121.285	23	26	22
- 31 bis 40 Jahre	116.688	23	26	22
- 41 bis 50 Jahre	102.184	20	30	26
- 51 bis 60 Jahre	86.230	17	17	15
- 61 bis 69 Jahre	85.926	17	17	15
	512.313	100	116	100
<u>Vergleich nach dem Familienstand</u>				
(Wohnbevölkerung bzw. Teilnehmer über 18 Jahre)				
- ledig	98.599	17	22	19
- verheiratet	404.178	67	91	78
- verwitwet/geschieden	97.900	16	3	3
	600.677	100	116	100

Tab. 8: TEILNEHMERSCHAFT DER PLANUNGSZELLE NACH ERWERBS-
TÄTIGKEIT, SCHULABSCHLUSS UND EINKOMMEN

Vergleich zwischen Planungszelle und Bevölkerung,

	Bevölkerung		Planungszelle	
	von Wuppertal/Hagen/ Remscheid (Stand: 31.12.75)			
	absolut	v.H.	absolut	v.H.
<u>Vergleich nach der Erwerbs-</u> <u>tätigkeit/überwiegender</u> <u>Lebensunterhalt</u>				
- Selbstständige	24.793	5	2	2
- mithelfende Familienangehörige	6.323	1	1	1
- Beamte/Angestellte	121.615	24	34	29
- Arbeiter	142.403	29	26	22
- Rente/Pension Arbeitslos usw.	51.914	10	12	10
- Angehörige	155.303	31	41	36
	502.851	100	116	100
<u>Vergleich nach dem Schul-</u> <u>abschluß</u>				
- Volksschule	464.687	73	71	61
- Mittl. Reife/Abitur	62.319	11	35	30
- Fach-/Ingenieurschulen	53.398	9	4	4
- Hochschulen	13.027	2	6	5
	593.431	100	116	100
<u>Vergleich Privathaushalte -</u> <u>Teilnehmer nach mtl. Brutto-</u> <u>einkommen</u>				
- davon unter 1.200,--	5.372	26	14	12
- 1.200 bis 2.400,--	9.370	42	60	52
- über 2.400	7.126	32	42	36
	22.368	100	116	100

Allerdings muß auch betont werden, daß einzelne Planungszellen Verzerrungen bezüglich einer Merkmalskombination (z.B. Alter, Rentner, mittlere Bildungsabschlüsse) aufweisen. Diese resultieren u.a. aus der Wahl eines bestimmten Einzugsgebietes. So liefert Haspe mehr Arbeiter als Remscheid-Lüttringhausen mit einer durch Einfamilienhäuser gekennzeichneten Siedlungsstruktur. D.h. auch, daß einzelne Planungszellen nicht mit dem Bevölkerungsquerschnitt der Gesamt-Stadt verglichen werden können, sondern nur mit dem Einzugsbereich, in dem die Auswahl getroffen wurde. Berücksichtigt man diesen Sachverhalt, so kann den einzelnen Planungszellen annähernde Repräsentativität für ihre Einzugsbereiche konstatiert werden.

(Mit dieser Feststellung deutet sich der Bedarf nach einer kontrollierten Festlegung der Einzugsbereiche von Planungszellen an³¹.)

ad 4:

Die hier erhobene Frage nach dem Grad der Abkömmlichkeit der Planungszellen-Teilnehmer kann umfassend nur durch die Untersuchung der übergreifenden Fragestellung „Freistellung der Laienplaner aus person- und positionsspezifischen Bindungen“ beantwortet werden.

Ihr Ergebnis zeigt, daß in der Planungszelle 53 nicht im Arbeitsprozeß stehende Personen (also Rentner, Hausfrauen, Schüler, Studenten) vertreten waren. Dies sind 45,7% aller Teilnehmer, in der Gesamtbevölkerung ergibt sich für diese Gruppen ein Wert von 41,2% (vgl. Tabelle 8). Weiterhin haben drei derzeit Arbeitslose teilgenommen; der damit erreichte Prozentsatz von 2,4% liegt unter dem Bundesdurchschnitt. Somit kann die obige Annahme zumindest für die Hasper Planungszellen als widerlegt gelten. „Leicht Abkömmliche“ Personen sind zwar zahlreich, aber nicht überrepräsentativ in den Planungszellen vertreten.

Darüberhinaus zeigt die Überprüfung des Kriteriums „Freistellung“, daß zahlreiche Teilnehmer für ihre Teilnahme persönliche Einbußen dadurch in Kauf genommen haben, daß sie bezahlten oder unbezahlten Urlaub (25 bzw. 15 Pers.) genommen haben. Andere, immerhin 16 Personen, konnten auf Sonder- oder Bildungsurlaub zurückgreifen; dabei ist interessant, daß der Rückgriff auf dieses „Privileg“ ebenso den Arbeitern wie Angestellten und Beamten möglich war (vgl. zu den obigen Aussagen Tab. 9).

Abschließend kann festgestellt werden, daß das benutzte Einladungsverfahren es – schon beim jetzigen Kenntnisstand der „Planungszellen-Forschung“ – erlaubt, unabhängig von Ort und Thematik ausreichende Teilnehmerzahlen für Abläufe des Verfahrens zustande zu bringen.

B. Die Organisation

1. Äußere Organisation

a) Trägerschaft

Obgleich das Ordinariat für Soziologie, Gesamthochschule Wuppertal, die Hauptlast der Arbeiten trug und auch die Einladungsschreiben an die ausgewählten Teilnehmer mit unterzeichnet hatte, traten weder diese Einrichtung noch das Amt für Stadt-sanierung der Stadt Hagen, das mit seinen Planern jeden Arbeitstag jeder Planungszelle begleitete und für das die Ergebnisse der Laienplanertätigkeit letztlich bestimmt waren, als Träger der durchgeführten Planungszellen auf. Diese stellten sich dem Teilnehmer gegenüber vielmehr als Maßnahmen von Volkshochschulen, nämlich der VHS Wuppertal oder Hagen oder Remscheid dar. Auf ihren Briefköpfen wurde der Bürger schriftlich angesprochen, und ihre Vertreter traten bei der Begrüßung, bzw. Verabschiedung der Teilnehmer jeweils mit in Erscheinung. Folgende Probeläufe wurden von folgenden Volkshochschulen mitgetragen:

Tab. 10: Kooperation mit Volkshochschulen

Probelauf	Ablaufmonat	Kooperierende VHS
Ha 1	Dez. '75	Hagen
Ha 2		Hagen
Ha 3		Wuppertal
Ha 4		Wuppertal
Ha 5	Feb. '76	Hagen
Ha 6		Wuppertal
Ha 7	Mai '76	Remscheid
Ha 8		Remscheid

Diese Kooperation mit den Volkshochschulen war gewählt worden, weil sie unter mehreren denkbaren den für die spezielle Testsituation unaufwendigsten Weg darstellte.

b) Vergütung

Mit unterschiedlichen Vergütungsmodi war bereits bei früheren Probeläufen der Planungszelle experimentiert worden. Bei den 8 Hasper Probeläufen wurde durch bzw. über die Volkshochschulen an jeden Teilnehmer, vom Studenten bis zum selbständigen Unternehmer, trotz der unterschiedlichen Lohnausfallssummen der gleiche Betrag als Vergütung ausgezahlt.

c) Versicherung

Die Unfallversicherung der Teilnehmer konnte im Zusammenhang mit der Vergütung durch die Volkshochschule geregelt werden.

³¹ Zu entsprechenden Regelungsvorschlägen vgl. Dienel, Planungszelle (1978).

Tab. 9: FREISTELLUNG VON LAIENPLANERN

Von 124 Laienplanern nehmen teil als:

1)	Beschäftigte auf eigene Kosten		
	durch bezahlten Urlaub:		
	- Arbeiter	13	
	- Angestellte	12	
	durch unbezahlten Urlaub:		
	- Arbeiter	12	
	- Angestellte	3	
	durch abgefeierte Über-		
	stunden:		
	- Beamte	2	
			<u>Gesamt:</u> 42
2)	Beschäftigte auf Kosten des Arbeitgebers		
	durch Sonder-/Bildungsurlaub		
	- Arbeiter	6	
	- Angestellte	4	
	- Beamte	5	
	- Soldaten	1	
	durch Krankfeiern		
	Angestellte	1	
			<u>Gesamt:</u> 17
3)	Beschäftigte durch Dispositionsmög- lichkeiten über eigene Arbeitszeit		
	- Selbstständige	5	
	- Teilzeitbeschäftigte	2	
	- mith. Familienangehörige	2	
	- Beamte	2	
	- Angestellte	1	
			<u>Gesamt:</u> 12
4)	Laienplaner ohne Beschäftigungsverhältnis		
	- Arbeitslose	3	
	- Hausfrauen	30	
	- Rentner	3	
	- Studenten	3	
	- Schüler	4	
			<u>Gesamt:</u> 53

Für die in Bedarfsfällen mitlaufende Kinderbeaufsichtigung mußten eigene Haftpflichtversicherungen abgeschlossen werden.

d) Transport

Den Hagener Teilnehmern wurde die An- und Abfahrt zur Planungszellenarbeit – mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder gegebenenfalls mit Taxe – erstattet.

Die Teilnehmer der fünf Planungszellen, die von anderen Orten als Hagen stammten, wurden täglich gemeinsam per Bus an- bzw. abgefahren. Beim morgendlichen Buseinstieg an ihrem Heimatort wurden diese Teilnehmer durch den Einladungsleiter, einen Tagungsassistenten oder den Tagungsleiter empfangen. In der Regel begleitete dieser Mitarbeiter den Bus auch wieder spätnachmittags bei der Rückfahrt.

Busse der gleichen Firmen wurden auch für die jeweils am ersten Arbeitstag stattfindende Ortsrundfahrt und Besichtigung des Sanierungsgebietes benutzt.

e) Mahlzeiten

Die drei Mittagmahlzeiten pro Planungszelle wurden jeweils gemeinsam in vorbestellten Gaststätten eingenommen. Diese waren am ersten Arbeitstag per Bus, an den anderen beiden Tagen zu Fuß erreichbar.

Die Vergütung der Teilnehmer war so bemessen, daß diese die Kosten für die Mahlzeiten wie auch für die täglich in den beiden Arbeitspausen gereichten Erfrischungsgetränke bzw. das Gebäck selber übernehmen konnten.

f) Kennzeichnung

Zur besonderen Kenntlichmachung des gesamten die Planungszellen Haspe betreffenden Schriftverkehrs, wie auch sämtlicher in Haspe benutzter Hilfsmittel und Teilnehmermaterialien wurde ein speziell hierfür entworfenes Emblem benutzt: (s. Abb. 11).

2. Ablauf

Alle 8 Planungszellen fanden nacheinander in den gleichen Räumen statt; die Teilnehmer der Planungszellen **hatten es mit den gleichen Mitarbeiterrollen, dem gleichen Zeitablauf und mit den gleichen Arbeitsformen zu tun.**

a) Tagungsräume

Die Planungszellen tagten in dem von der Stadt Hagen in Haspe eingerichteten „Informations- und Sanierungsbüro“ (s. Abb. 12). Dort waren vier durch einen Flur verbundene Räume vorhanden. Der größte, cirka 50 Quadratmeter, diente als Tagungsraum.

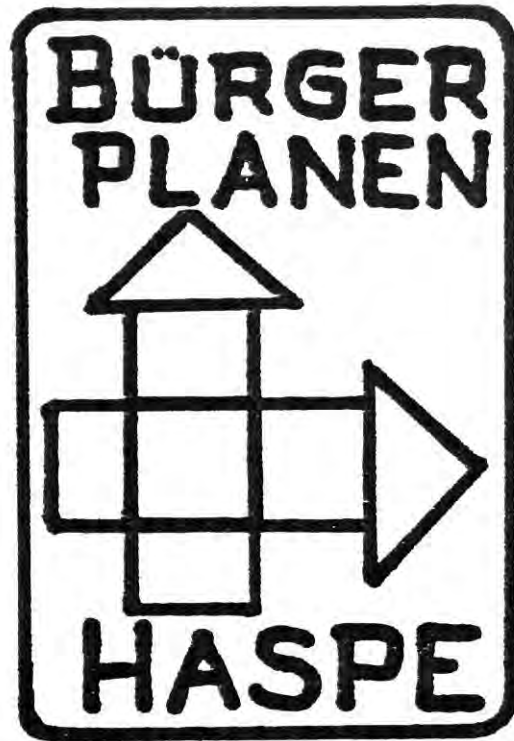


Abb. 11

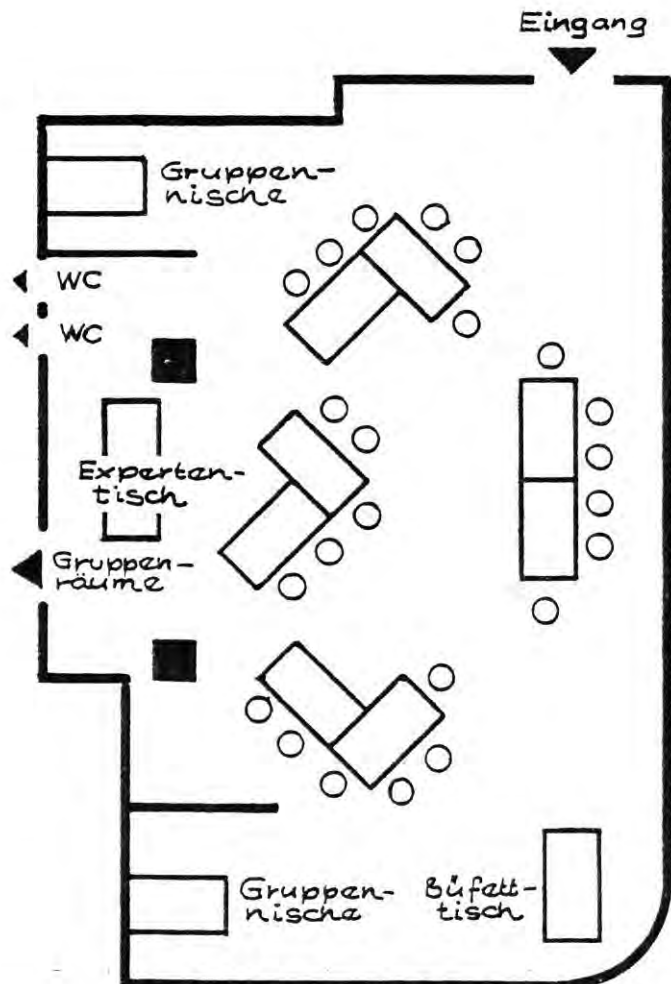


Abb. 13 Tagungsraum: Tischanordnung

Im Tagungsraum standen außer Tischen und Stühlen auch verstellbare Trennwände zur Verfügung, um zum einen visuelle Hilfsmittel (Plakate, Grafiken usw.) anbringen zu können und zum anderen um voneinander getrennte Gruppensitzungen zu ermöglichen.

Die Stellanordnung der Tische im Tagungsraum war so gewählt, daß möglichst jeder Planungszellen-Teilnehmer relativ bequem zu jedem anderen Teilnehmer in Kommunikation bzw. in Blickkontakt treten konnte (s. Abb. 13). Gleichzeitig sollte durch die Stellanordnung der Tische der Eindruck von „Schule“ vermieden werden. Im Tagungsraum befand sich außerdem ein Buffet-Tisch, auf dem zu den Pausen Kaffee und Erfrischungsgetränke bereitgehalten wurden.

Für die Lagerung und Vorbereitung des umfangreichen Informationsmaterials und der Bewertungsbogen wurde ein Büroraum benutzt, der auch über einen Telefonanschluß verfügt.

Für Funktionen wie Kaffeekochen, Lebensmittelbevorratung oder zum Geschirrabwaschen stand ein Küchenraum zur Verfügung.

b) Personeneinsatz

Bestimmte Mitarbeiterrollen, die den eigentlichen PZ-Ablauf in Haspe begleiteten, waren vollzeitlich zu besetzen (vgl. Tabelle 11).

Tab. 11: Personeneinsatz

Position:	gestellt von:
Tagungsleiter	GHS Wuppertal
Untersuchungsleiter	GHS Wuppertal
2 Planer	Stadtverwaltung Hagen
2 Tagungsassistenten	GHS Wuppertal

Diese Mitarbeiter nahmen folgende Funktionen wahr:

Der Tagungsleiter war verantwortlich für das Gelingen des Ablaufs der jeweiligen Planungszelle. Er war die vom Teilnehmer ansprechbare Instanz für alle Fragen, die den Ablauf betrafen. Er hatte auf die Zeitverteilung zu achten und den Ablauf gegebenenfalls zu regulieren.

Der Untersuchungsleiter gab die notwendigen Erläuterungen zu den jeweiligen Bewertungsvorgängen. Er achtete auf deren genaue Durchführung.

Die Aufgabe der zwei Tagungsassistenten war einerseits das rechtzeitige Bereitstellen des Informationsmaterials bzw. des Materials für die Bewertungsvorgänge sowie das Einsammeln und Ablegen der ausgefüllten Bewertungsbögen, andererseits die Sorge für das allgemeine Wohlbefinden (z.B. Kaffeekochen, Getränkeausschenken, Lüftung, Abwasch, Organisation der Mahlzeiten).

Die zwei Planer leisteten zum einen bestimmte Informationseingaben, vermittelte derer die Planungszellen-Teilnehmer erstens entscheidungsfähig gemacht wurden; zum anderen standen sie ständig ansprechbar für Rückfragen zur Verfügung („Expertentisch“).

Neben diesen vollzeitigen Mitarbeiter-Rollen gab es in jeder Hasper Planungszelle aber auch teilzeitige, wie

- Interessenvertreter Einzelhandel
- Interessenvertreter Sport

Abb. 12

Tagungsstätte der Planungszellen „Sanierungsbüro Haspe“: Laienplaner auf dem Weg zum Mittagessen.

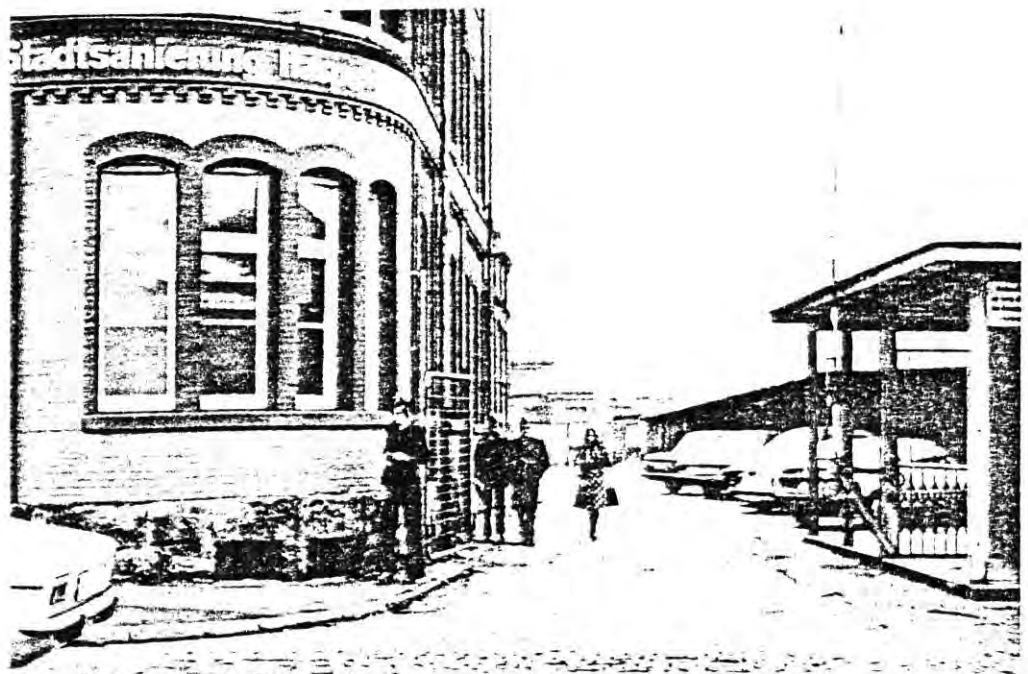




Abb. 14

Blick in den Tagungsraum: Die Gruppe bei der Arbeit.

- Sozialinteressen-Vertreter (Bürgerinitiative)
- Freizeitmöglichkeiten-Anbieter (VHS)

Diese teilzeitigen Mitarbeiter-Rollen hatten jeweils Referenten-Funktion und dienten insofern der - mitunter gegenläufigen - Informierung der Planungszellen-Teilnehmer bezüglich der Hasper Situation.

c) Der zeitliche Ablauf

Der Programmablauf der Planungszelle war durch den Versuch diktiert, vier Themenbereiche - nämlich: Verkehr, Freizeit, Wohnen, Gesamtbewertung - mit Nicht-Fachleuten in den zur Verfügung stehenden Tagen planerisch befriedigend zu bewältigen.

Die dem Ablauf zugrunde liegenden 2 1/2 Arbeitstage waren zu diesem Zweck in fünf Halbtage aufgeteilt, die je einer der folgenden Aufgaben gewidmet waren:

- Gesamtaufgabe/Arbeitstechnik,
- Verkehr,
- Freizeit,
- Wohnen,
- Gesamtbewertung/Verfahrensbewertung.

Um diesen anspruchsvollen Ablauf aufzulockern und für den Teilnehmer erträglich zu gestalten, war neben dem gemeinsamen Mittagessen (1 Stunde) jeder Vor- bzw. Nachmittag durch eine Erfrischungspause (je 1/2 Stunde) unterbrochen. Auf diese Weise ergaben sich innerhalb der Planungszelle 10 Arbeitsblöcke von je 1 1/2 Stunden Länge. Es hat sich gezeigt, daß ein solches Por-

tionieren der Aufgabenlast dem Teilnehmer die Orientierung im Ablauf erleichtert und gleichzeitig die Spannkraft ermöglicht, die - ihm oft ungewohnte - geistige Arbeit mitvollziehen zu können.

ABLAUF SKIZZE		BÜRGER PLANEN HASPE
1. TAG	08:30	Begrüßung Darstellung des Ablaufes Vorstellung des Sanierungsgebietes
	10:30	Eingrenzung der Aufgabenstellung Entwicklungsmöglichkeiten von Haspe Wo lohnt sich die Diskussion?
	13:00	Thema: "VERKEHR" Einführung in die Hasper Verkehrsproblematik Busfahrt / Besichtigung
	14:30	
	15:00	Gruppensitzung: Alternativen zur Führung der B7 Planungsdiskussion Teilnehmer arbeiten eine eigene Lösung
2. TAG	08:30	Begrüßung - Ansagen zum Tagesablauf Thema: "FREIZEIT" Präsentation/Ankörung: Bedarf nach Freizeiteinrichtungen
	10:00	
	10:30	Problemsuchgruppen Gruppenberichte Eigene Vorschläge
	12:00	
	13:00	Thema: "WOHNEN" Presseberichte / Tonband-Statements: Modernisierung d. Wohnungen? Gruppensitzung
14:30		
15:00	Gruppensitzung Präsentation: Allokation von Billigwohnbereichen Gruppenberichte	
16:30		
3. TAG	08:30	Begrüßung / Ansagen zum Tagesablauf VERGLEICH DER 3 THEMENBEREICHE Statements: Einzelhandels-Rathaus - Bewohner Lösungsvorschläge der Teilnehmer
	10:00	
	10:30	BEWERTUNG DES VERFAHRENS Gruppensitzung Schlussplanum Dank: soz. Planungsamt / VHS / GHW
12:00		

Abb. 15

Der Ablauf der Planungszelle begann (siehe Abb. 15) mit der persönlichen Begrüßung jedes eintreffenden Teilnehmers durch den Tagungsleiter. Der Teilnehmer hatte sich dann aus den bereitliegenden Zahlen-Plaketten eine Nummer als seine Arbeitsnummer zu ziehen, mit der er später jeden von ihm ausgefüllten Bewertungsbogen zu kennzeichnen hatte. Auf seinem Tisch fand er dann Schreibmaterial, seine Arbeitsmappe und eine Karte von Haspe vor. Dieser informellen Eingangsphase folgte die offizielle Eröffnung und die Begrüßung im Plenum durch die Vertreter der GHS Wuppertal, der Stadtverwaltung Hagen und der jeweils kooperierenden Volkshochschule. Im übrigen diente dieser erste Arbeitsblock vor allem der Darstellung des Ablaufs und der Vorstellung des Sanierungsgebietes durch einen Vertreter der Stadt, der zweite Arbeitsblock im wesentlichen der Eingrenzung der Aufgabenstellung und dem Aufzeigen der Entwicklungsmöglichkeiten von Haspe.

Die zwei Arbeitsblöcke der zweiten Hälfte dieses ersten Tages waren (siehe Ablaufskizze) der Darstellung und der Bewertung einzelner Aspekte des Teilproblems „Verkehr“ gewidmet.

Der zweite Planungstag behandelte mit seinen vier Zeitblöcken die beiden Problemschwerpunkte „Freizeit“ und „Wohnen“.

Der letzte Tag bestand aus nur zwei Arbeitsblöcken. Von ihnen diente der erste der kritischen Gewichtung und dem Vergleich der drei bearbeiteten Sanierungs-Teilprobleme Verkehr, Freizeit, und Wohnen. Der zweite Block bot den Teilnehmern die Gelegenheit, kritisch auf die gemeinsame Arbeit zurückzublicken und das miterlebte Bürger-Beteiligungsverfahren „Planungszelle“ zu problematisieren.

Am Ende der Zusammenarbeit wurde der Dank der Mitarbeiter der GHS Wuppertal, der Stadtverwaltung und der Volkshochschule zum Ausdruck gebracht. Vor Beginn der Rückfahrt fand dann noch ein gemeinsames Mittagessen statt.

d) Arbeitsweisen

Im Laufe einer Planungszelle wurden unterschiedliche Arbeitsformen verwendet. Es gab z.B. Plenumsdiskussionen, Arbeitsgruppensitzungen, Informationsreferate, Hearings, Ortsbegehungen oder Bewertungsvorgänge. Durch die unterschiedliche Abfolge solcher Formen war jeder der zehn Zeitblöcke anders strukturiert.

Zu einigen dieser, an sich bekannten, Arbeitsformen sind im folgenden ein paar Sätze der Beschreibung oder Anmerkung erforderlich:

Plenum

Die Plenumsitzungen dienten sowohl der Entgegennahme bestimmter Informationen, die von

außen in die Gruppe eingegeben wurden, wie auch der Diskussion und dem Meinungsaustausch unter den Teilnehmern selber. Die Außeninformationen kamen von den städtischen Planern, von Referenten wie – in den Anhörungen – auch von eingeladenen Interessenvertretern.

Mit fortschreitender Dauer eines Planungszellen-Laufes wuchs in sämtlichen Gruppen sowohl die Diskussionsbereitschaft wie auch die Diskussionsfähigkeit. So war zu beobachten, daß einzelne Teilnehmer sich relativ schnell der Fachsprache der Städteplanung bedienten. Außerdem diskutierten die Teilnehmer mit fortschreitender Tagungsdauer zunehmend kritischer bestimmte Lösungsmöglichkeiten wie auch die Informationsdefizite, die von ihnen empfunden wurden.

Arbeitsgruppen

In den Ablauf des Vor- wie auch des Nachmittags eines jeden Arbeitstages war eine Periode für Arbeitsgruppensitzungen eingeplant. **Insgesamt sind in den Hasper Durchläufen so 130 Arbeitsgruppen durchgeführt und auf ihre Ergebnisse hin beobachtet worden.**

Diese Gruppen setzten sich aus 5 Laienplanern zusammen. In einigen Fällen mußten auch Restgruppen aus 4 Personen gebildet werden. Jede Arbeitsgruppe arbeitete räumlich getrennt von den anderen. Charakteristisch für diese Arbeitsgruppen war unter anderem, daß sie ohne einen vorbestimmten Diskussionsleiter, allein auf einen mündlich erteilten, zumeist aber auf einen schriftlich der Gruppe vorliegenden Arbeitsauftrag hin, gewissermaßen aus sich selbst heraus arbeiten sollten. Dies ist in allen Gruppen erreicht worden, d.h. es ist keiner Gruppe nicht gelungen, gemeinsam einen entsprechenden Lösungsvorschlag zu erstellen.

Die Mitarbeit in den Gruppen war in aller Regel auffallend engagiert und aufgabenorientiert. Die vorgegebenen Zeiten wurden von den Gruppen mehrfach in die Erfrischungspausen hinein überschritten.

Um bestimmte untersuchbare Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen, waren die fünf in jedem Ablauf vorgesehenen Sitzungen unterschiedlich lang gehalten, nämlich

30 Minuten

35 Minuten

45 Minuten

50 Minuten

80 Minuten

Die Resultate der Gruppensitzungen wurden schriftlich vorgelegt oder vor dem Plenum mündlich von Gruppenvertretern referiert. Das Material, das auf diese Weise erarbeitet worden ist, hatte

erheblichen Umfang. Seine Auswertung ist nur durch klare Vorab-Strukturierung zu leisten, Diese war in der Regel gegeben.

Hearings

Anhörungen fanden in Haspe stets im Plenum statt und dienten dazu, den Teilnehmern entweder bestimmte Sachinformationen zu vermitteln oder bestimmte Interessenstandpunkte aus der Hasper Bevölkerung zur Kenntnis zu bringen. Allerdings gab es kaum bloße Anhörungen in der begrifflichen Reinheit des Wortes, da sich seitens der Teilnehmer immer sehr schnell Rückfragen ergaben, die dann auch häufig weiterführende Diskussionen nach sich zogen.

Interessentenbeiträge waren, was ihre zeitliche Länge angeht, schwerer kontrollierbar als andere Formen der Informationsdarbietung. Sie wurden aber von den Teilnehmern, und zwar besonders den auswärtigen, als wichtig empfunden.

Ortsbegehung

Innerhalb jedes Planungszellen-Laufes gab es eine Besichtigungsfahrt mit einem Bus in und um Haspe mit einer Begehung des als Verkehrs-Engpaß bekannten Hasper Ortskerns, der Kölner Straße, dem „Hasper-Kreisel“ und der Corbacher Straße.

Bei dieser Ortskern-Begehung ergaben sich regelmäßig für die Teilnehmer Diskussionsmöglichkeiten mit Hasper Bürgern, die von der Sanierung unmittelbar betroffen waren. Diese Möglichkeiten wurden von den Teilnehmern rege genutzt.

e) Pausen

Über die drei Tage jedes Hasper Planungszellen-Laufes verteilt, gab es insgesamt fünf halbstündige Kaffeepausen und drei einstündige Mittagspausen. Für die Teilnehmer, die – alte wie junge – ihre Arbeit offenbar sehr ernst nahmen, hatten diese Zeiten eine ausgleichende und regenerierende Wirkung.

Auffallend war, daß die Pausen, wenn auch in anderer Weise als die Arbeitssitzungen, zur weiteren Sachdiskussion unter den Teilnehmern genutzt wurden. Das gilt sowohl für die Pausen nach Plenarsitzungen (s. Abb. 2 u. 18) wie auch für Pausen im Anschluß an oder zwischen zwei Arbeitsgruppensitzungen.

Bei den Mittagmahlzeiten, die in wechselnden Gaststätten eingenommen wurden, ergaben sich jeweils unterschiedliche Sitzordnungen. Es ließ sich beobachten, daß es auch hier kaum zur Cliquenbildung und damit innerhalb einer Gruppe zu „Meinungsparteien“ kam.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß sich die Pausen für den Ablauf in mehrfacher Hinsicht

funktional ausgewirkt haben. Sie haben demgegenüber den Ablauf oder den Ertrag der Planungszelle in keiner erkennbaren Weise behindert.

C. Der Daten-Umlauf

Die Zusammenarbeit im Zufall ausgewählter Bürger in so eingehend vororganisierten Gruppenabläufen diente im wesentlichen dem Zweck, Daten zu produzieren, die für eine Lösung der konkret anstehenden Planungsprobleme im Ortsteil Hagen-Haspe von Nutzen sind.

Diese Daten wurden zumeist in sogenannten Bewertungsprozessen gewonnen.

Sollen die Ergebnisse derartiger Prozesse für die örtliche Planung brauchbar sein, so setzt das voraus, daß die Laienplaner hinreichende Kenntnisse über die zu beurteilenden Sachverhalte besitzen. Diese Voraussetzung läßt sich dadurch sicherstellen, daß dem aufnahmefähigen Teilnehmer entsprechende Informationen angeboten werden. Die Informationseingaben gehen demnach den Bewertungsprozessen zeitlich voraus.

1. Info-Eingaben

Unter dieser Überschrift ist darzustellen, welche Arten der Informationseingabe in Haspe verwendet wurden und ob und welche Erfolge damit erzielt worden sind.

Bei der Konzeption des Datenumlaufs war davon ausgegangen worden, daß allen Teilnehmern ein Informationsangebot gemacht werden mußte, welches

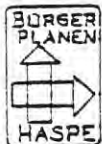
- groß genug war, um eine ausreichende Arbeitsbasis zu gewährleisten,
- den Teilnehmer hinsichtlich seiner Informationsaufnahme- und Informationsverarbeitungsfähigkeit nicht überforderte und das
- Grundsätze von Gesprächstechniken vermittelte.

Diesen Gesichtspunkten entsprechende Informationseinheiten waren bereits in der Vorbereitungsphase erstellt bzw. verbindlich abgesprochen worden³². Dabei wurden unterschieden:

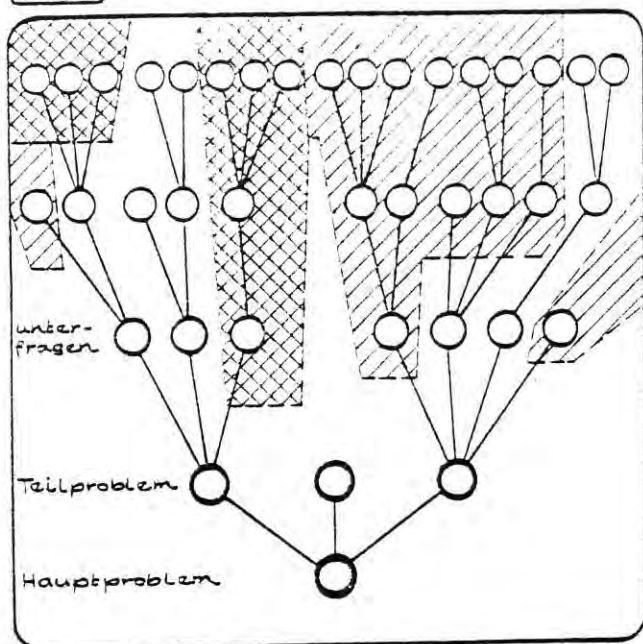
1. Ablauforientierte Informationen,
2. Themenorientierte Informationen.

Während des Ablaufs der Gruppen nahmen die Informationen zum Punkt eins den weitaus geringeren Teil des Informationsangebotes ein. Im wesentlichen wurden hier Vorgehensweisen für die gemeinsame Arbeit vermittelt. Dies geschah

³² Vgl. Kapitel IV, Redaktion des Materials.



Wo lohnt die Diskussion?



unsicher, ob ein Ergebnis zu erwarten ist
 kein Ergebnis zu erwarten

Abb. 16

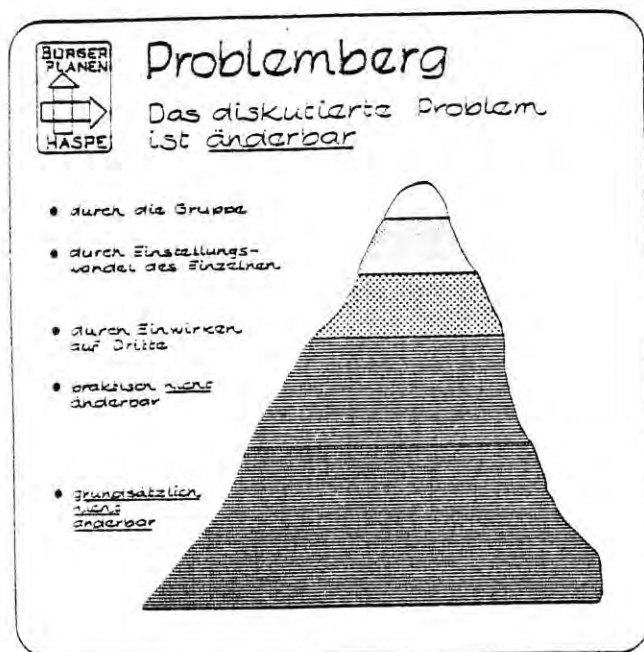


Abb. 17

zum Beispiel mit Hilfe von „Postern“, die an den Wandtafeln befestigt wurden. So wurden etwa die anzuwendenden Diskussionstechniken erläutert. Ein Poster (s. Abb. 16) stellte einen „Diskussionsbaum“ dar: ausgehend von einem Problem in der Diskussion wird man feststellen, daß sich eine Fülle von weiteren Teilproblemen mit Unterfragen ergibt. Einige lassen ein Ergebnis

erwarten, bei anderen ist Unsicher, ob ein Ergebnis erreichbar ist. Der Laienplanergruppe mußte die Entscheidung erleichtert werden, diejenigen Fragen weiter zu diskutieren, bei denen ein Ergebnis erreichbar ist. Ein anderer Poster (s. Abb. 17) stellt den sogenannten „Problemberg“ dar: in der Fülle der möglicherweise auftretenden Probleme sind viele überhaupt nicht änderbar, eine hohe Zahl von ihnen ist nur bedingt änderbar, und bei nur wenigen können Änderungen bewirkt werden. Die Diskussion in der Planungszelle sollte gegebenenfalls auf die Probleme zurückgeführt werden, bei denen sich tatsächlich etwas ändern läßt.

Die Informationen zum Punkt zwei nahmen den weitaus größten Teil der Informationseingabe ein. Sie bezogen sich im wesentlichen auf die drei Teilbereiche „Verkehr“, „Freizeit“ und „Wohnen“. Hier wurden verschiedene Informations-Eingabemöglichkeiten praktiziert. Die nachstehende Übersicht stellt die Informationsmedien zusammen und beschreibt zugleich deren Aufgabe.

Stadtpläne:

Auf einem großen Stadtplan an der Wand konnten sich die Teilnehmer einen Überblick über

die Lage des Sanierungsgebietes und über seine Einbettung in die Gesamtstadt verschaffen. Dies erwies sich als sehr hilfreich, insbesondere für die ortsfremden Teilnehmer. Außerdem wurde jedem Teilnehmer in seiner Arbeitsmappe ein Plan des Sanierungsgebietes überreicht, den er später behalten durfte. Dieser Plan wurde erläutert; der eigene Standort und bestimmte Straßennamen wurden gemeinsam eingetragen. Auf diese Weise lernten die Teilnehmer die für die Verkehrsplanung notwendigen Trassen kennen.

Stadtrundfahrt:

Sie verschaffte dem Teilnehmer einen Überblick über die Topographie des Geländes, seine Bebauungsstruktur und die Verkehrsbedingungen. Durch das Abfahren der eventuell in Frage kommenden Trassenführungen gewannen die Teilnehmer hilfreiche Informationen über bereits vorhandene Verkehrswege.

Ortsbegehung:

Im Verlauf der Rundfahrt legten die Teilnehmer einen Teil des Weges zu Fuß zurück. Hier wurde vor allem der sogenannte „Hasper Kreis“ besichtigt. Den Teilnehmern wurde durch eigene Erfahrung nachhaltig bewußt, welchen Gefahren, welchen Abgasen und welchem Lärm die Benutzer der Hasper Ortsmitte ständig ausge-

setzt sind. Sehr beeindruckend war die hier regelmäßig während eines Bewertungsvorganges gemachte Erfahrung, daß eine Verständigung in der Gruppe wegen des Lärms fast unmöglich war. Um so beeindruckender wirkte die Stille der seitlich abführenden Corbacher Straße, die eben-

falls durchlaufen wurde. Hier ereignete sich ein Zwischenfall, der sich ebenfalls bei allen Probeläufen wiederholte: die Besitzer eines kleinen metallverarbeitenden Familienbetriebes kamen auf die Straße und schilderten den Teilnehmern beredt die Lage, der sie ausgesetzt wären, wenn die Straße durch Abriß verbreitert werden würde.

Referate:

Mitarbeiter der Stadtverwaltung lieferten zu den einzelnen Problemen, die bearbeitet wurden, die entsprechenden Daten (z. B. Bewohnerzahl, Quadratmeterpreis, Bevölkerungsstruktur, Arbeitsmarktsituation, Buslinien), und erläuterten die gesetzlichen Vorgaben (z. B. bestimmte Passagen des Bundesbaugesetzes (BBauG) oder des Städtebauförderungsgesetzes (StBauFG).

Hearing:

Interessenvertreter, – z.B. von Sportverbänden, Einzelhandel, VHS, Bürgerinitiative – informierten aus ihrer Sicht die Teilnehmer in Kurzreferaten. Sie führten aus, in welchen Bereichen ihrer Meinung nach welche Verbesserungen und Ergänzungen notwendig seien.

Simultane Visualisierung:

Alle Informationen der Referenten wurden auf großen Papierbogen schriftlich festgehalten und an der Wand aufgehängt. Die erwähnten Daten waren damit ständig optisch präsent für die Vorträge, Diskussionen, Arbeitsgruppen und Pausengespräche.

Poster:

Bestimmte Informationen wurden über vorbereitete Plakate eingegeben. Diese wurden zu vorgegebenen Zeiten aufgestellt. So wurden zum Beispiel Problemstrukturierungen visualisiert (z.B. mit Abbildungen über „Formen der Freizeitverbringung“ oder über „Zielgruppen für Freizeitangebote“), unterschiedliche Standpunkte verdeutlicht (z.B. „wir wollen schöner wohnen“ oder „die Miete muß niedrig bleiben“) oder zur Konzentration des Gespräches bestimmte Begriffe vorgegeben („Arbeit“/„Wohnen“).

Andere Poster informierten über örtliche Gegebenheiten, so z.B. über den vorhandenen Bestand an Freizeiteinrichtungen (siehe Abb. 19). Wieder andere Poster erläuterten, wie bereits erwähnt, Gesprächstechniken und mögliche Vorgehensweisen der Gruppe.

Tonband:

Bestimmte als originale Gesprächssituationen so nicht mehrfach wiederholbare Informationspräsentationen wurden auf Tonband festgehalten und konnten so, wie die Plakate, in jeder der

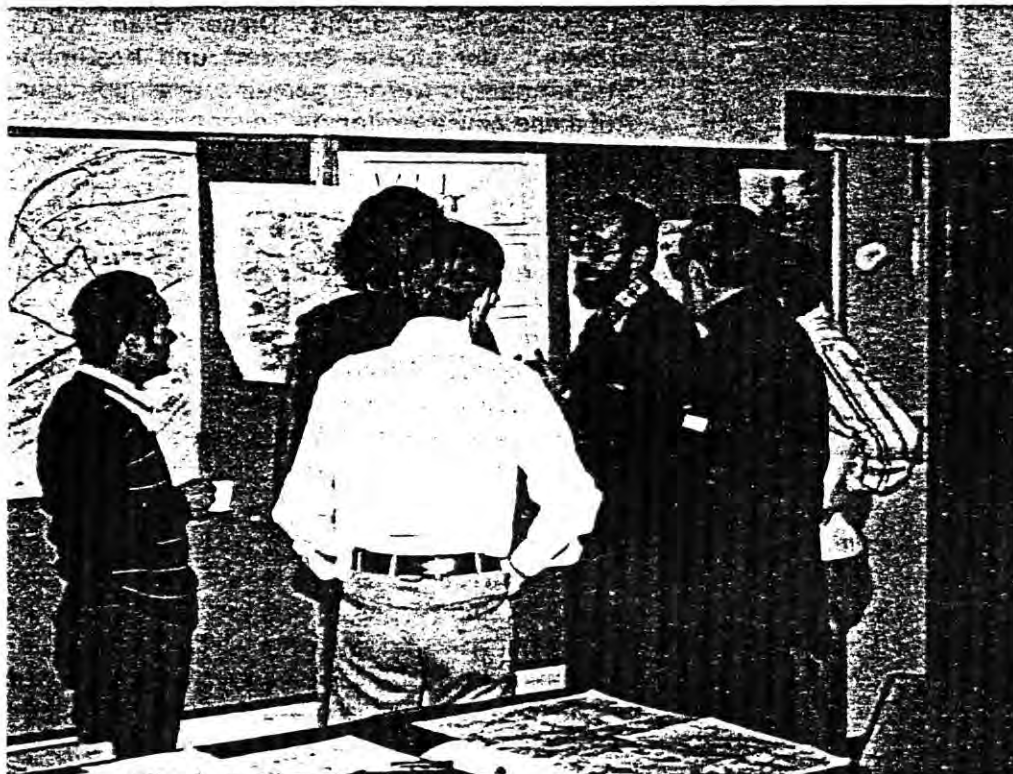


Abb. 18
Pausengespräch



Abb. 19

Blick auf eine Stellwand mit Informationspostern (Freizeiteinrichtungen in Haspe)

Gruppen wieder eingegeben werden. So wurden mit Hilfe einiger im Sanierungsgebiet erstellter Interviews den Teilnehmern die Meinungen der betroffenen Bewohner zur Sanierung und zum Zustand der Wohnungen und die Wünsche der Bewohner nahegebracht.

Zeitungsausschnitte:

Jeder Teilnehmer bekam Ablichtungen bestimmter Zeitungsausschnitte in die Hand. Gemeinsam wurden so die unterschiedlichen Meinungen der Betroffenen zur Sanierung erarbeitet und die betreffenden Formulierungen im Text unterstrichen. Zeitungsausschnitte und Tonband wurden beim Teilproblem „Wohnen“ benutzt, weil es hier wichtig erschien, die gegensätzlichen Meinungen durch exemplarisch ausgewählte Aussagen hervorzuheben. Auch diese Aussagen waren in jeder der Planungszellen in der gleichen Weise wiederholbar.

Gruppengespräch:

Eine Arbeitsgruppe von fünf Personen, die zu einer bestimmten Thematik unterschiedliche Erfahrungen mitbringen, läßt sich als eine weitere Form der Informationseingabe verstehen: Jeweils vier Personen werden gesprächsweise über die Erfahrungen, Fragen und Wünsche einer Person informiert. – An einigen Bewertungsergebnissen läßt sich ablesen, daß die Gruppengespräche tatsächlich als Informationseingabe gewirkt haben.

Mit Hilfe dieser verschiedenen Medien war es möglich, die erforderliche Informiertheit der Teilnehmer zu sichern. Ihr Einsatz hat gleichzei-

tig Einsichten darüber erbracht, wie die Informationseingabe verbessert werden kann. Folgende Erfahrungen lassen sich formulieren:

- Die Masse der eingegebenen Informationen war so aufbereitet, daß diese von allen Teilnehmern zügig aufgenommen wurden.
- Die Teilnehmer verlangten mehrfach nach mehr und weitergehenden Informationen.
- In einigen Fällen hatte dieser Wunsch deutlich Alibifunktionen. Er wurde im „Entscheidungsdruck“ des Bewertungsvorgangs ausgesprochen. Für den Lainteilnehmer in der Planerrolle ist die Versuchung, in der Nichtentscheidung zu verharren, offenbar sehr groß.
- In einigen anderen Fällen wäre es sinnvoll gewesen, den Teilnehmern mehr Randdaten zur Orientierung zu geben. (Beispiel: Trassen überregionaler Verkehrswege wie Autobahnen). Zwei Gefährdungen müssen allerdings ständig mitbedacht werden: Der Teilnehmer kann mit Daten überlastet werden; zusätzliche Infoeingaben werfen Zeitprobleme für das Programm auf.
- Die Rundfahrt mit anschließender Ortsbegehung erwies sich als sehr informativ und einprägsam. Viele Teilnehmer wurden sich der tatsächlichen Größenordnungen, der Topographie und der Verkehrsprobleme in Haspe erst hier richtig bewußt. Eigene Erfahrungen, etwa die Schwierigkeiten beim Überqueren der Straße, spielten hier eine entscheidende Rolle. Es zeigte sich, daß es sinnvoll ist, möglichst viele Informationsaufnahmekanäle des Teilnehmers anzusprechen.

- Im Sinne einer noch besseren Einprägbarkeit der Informationen wäre es vermutlich vorteilhaft, bestimmte Informationen noch stärker durch Lichtbilder oder Filme zu unterstützen.
- Die drei Teilbereiche, „Verkehr“, „Wohnen“ und „Freizeit“, erwiesen sich als unterschiedlich informationsbedürftig. Die als Freizeit- oder als Wohnproblematik angesprochenen Aspekte waren den Teilnehmern aus eigenen Erfahrungen offenbar eher vertraut und leichter zugänglich. Die im Teilbereich Verkehr angeschnittenen Fragen erwiesen sich als sehr komplex und damit informationsbedürftig.
- In einigen Fällen hatten die Informationseingaben eine auffallend geringe Bedeutung. Die von den einzelnen Teilnehmern mitgebrachten Meinungen wurden trotz zusätzlich eingegebener Informationen über mehrere Bewertungsvorgänge hinweg durchgehalten. Gewisse Einstellungen des Einzelnen lassen sich durch „Informationen“ offenbar nur bedingt ändern.

Insgesamt haben die mit den Informationseingaben gewonnenen Erfahrungen gezeigt, daß für die Laienplanergruppen eine gemeinsame Gesprächs- und Arbeitsbasis durch gezielte Informationseingaben geschaffen werden kann, und daß diese informierte Arbeitsbasis auch zu verwertbaren Ergebnissen führt.

2. Bewertungsvorgänge

a) Aufgaben der Bewertungsvorgänge

Laienplanergruppen haben die Aufgabe, planungsrelevante Ergebnisse zu erbringen. Diese Ergebnisse sollten aber nicht, oder jedenfalls nicht vorwiegend, in mehr oder weniger allgemeinen verbalen Äußerungen bestehen. Vielmehr sollten nachweislich informierte Kenntnisse, Einstellungen und **Urteile des Bürgers zu präzise benennbaren Sachverhalten in quantifizierbarer Form so erfaßt werden, daß sie für die Planung aufbereitet und verarbeitet werden können.** Das Fixieren und Einsammeln derartiger Daten ist Gegenstand sogenannter „Bewertungsvorgänge“.

Die Bewertungsvorgänge nehmen im Ablauf der Tagung, verglichen mit den relativ umfangreichen Informations- und Diskussionsphasen, nur kurze Zeiträume in Anspruch. Dennoch haben diese Phasen im Beteiligungsverfahren Planungszelle lediglich vorbereitende Funktionen. Die Bewertungsvorgänge haben demgegenüber eine herausgehobene Bedeutung:

- Hier üben die beteiligten Bürger – auch ihrem Selbstverständnis nach – ausdrücklich ihre Gutachter- oder Beraterrolle aus. Das nicht zurücknehmbare Dokumentieren seiner Entscheidung im Bewertungsvorgang wird vom Einzelnen deutlich anders erlebt als die Teilnahme an einem Plan-„spiel“ oder an einer Diskussion.
- Hier werden (oder werden nicht!) die Daten hergestellt, die in der Planung Verwendung finden. Der weitere Einsatz von Planungszellen wird entscheidend davon abhängen, ob diese Daten nach Vielfalt, Gewicht und Verwertbarkeit das halten, was das Modell an Möglichkeiten versprochen hat.

b) Art des Bewertungsvorgangs

Bewertungsvorgänge können auf unterschiedliche Weise durchgeführt werden. Sie lassen sich z.B. unterscheiden nach der bewertenden Instanz:

- Die Arbeitsgruppen einer Planungszelle erarbeiten einzeln ihre Ergebnisse. Diese werden schriftförmig in Kurzprotokollen, in Auflistungen, z.B. von Bedarfen, Einrichtungen oder Argumenten, oder auch in Ranglisten (vgl. Abb. 20: Einordnung von Wünschen nach Priorität) festgehalten.



Arbeits-Nr.:

Wunschliste

Maßnahme bzw. Einrichtung	Funktion <small>(was soll die Einrichtung leisten?)</small>	Zielgruppe <small>(Für wen?)</small>	Priorität
Mehrzweckhalle für 7-3000 Zuschauer, die je nach Veranstaltung vergrößert oder verkleinert werden kann	Sport (Eisbahn, Rollschuhbahn), kulturelle Veranstaltungen (wie Konzert, Theater usw.)	Für Vereine und Gesamtbevölkerung	1
Parkanlagen und Spielplätze, Verkaufsstellen für Kinder	Möglichkeiten für Spaziergänge und gleichzeitigen für Kinder und Jugendl. Spiel- und Sportmöglichkeiten (Prinzip-Dick)	Für alle Altersklassen	4
Begegnungstätten	Bildungsmöglichkeiten, Lesehallen, Musikzimmer, Bastelstuben	Für alle Altersklassen	3
Ein vollwertiges Bezirksamt	Alle für den Sozialbereich notwendigen Einrichtungen wie Standesamt	Für die Gesamtbevölkerung	2

Abb. 20

Anmerkung zu Abb.20:

Die vom Teilnehmer mit Bleistift eingetragenen Antworten sind aus drucktechnischen Gründen und um der Lesbarkeit willen neu geschrieben worden.

Derartige Ergebnisse können auch vom einzelnen Teilnehmer auf den Bewertungsbogen, von denen gleich noch zu sprechen sein wird, festgehalten werden, wenn diese Bogen im Laufe einer Arbeitsgruppensitzung ausgefüllt werden.

Gruppenergebnisse können außerdem auch mündlich, z.B. durch einen Sprecher vor dem Plenum vorgetragen werden.

- Der einzelne Laiengutachter dokumentiert seine Meinung auf einem sogenannten Bewertungsbogen. In jeder der dreitägigen Planungszellen wurde diese Art des Bewertungsvorgangs jeweils 18 mal ausgeübt. Sie war damit der Regelfall des Bewertungsvorgangs.
- Die Planungszelle nimmt im Plenum als ganze zu einer planungsrelevanten Frage Stellung. Dieser Fall war im Ablauf der Planungszelle nur als zusätzliche Möglichkeit vorgesehen. Von ihr ist, als schriftliche Abstimmung, lediglich zweimal Gebrauch gemacht worden.
- Die Daten können auch in einem Mischverfahren zustande kommen: So wurden in den Arbeitsgruppen erarbeitete Vorschläge für zu schaffende Freizeiteinrichtungen im Anschluß an die Gruppenberichte vor dem Plenum zur Bewertung durch alle Teilnehmer ausgehängt. Jeder Teilnehmer konnte eine Stimme (durch Eintragung seiner Arbeitsnummer) für den Vorschlag seiner Wahl abgeben.

c) Bewertungsbogen

Die Mehrzahl der Bewertungsvorgänge war im Hinblick auf bestimmte Randbedingungen durch sog. Bewertungsbogen programmiert. Sie ermöglichten in der Regel eine schriftliche Bewertung. In einigen Fällen sind auch nonverbale Bewertungsmöglichkeiten, und zwar mit Erfolg, erprobt worden.

Die Bewertungsbogen ließen eine unterschiedliche Anzahl oder auch eine unterschiedliche Qualität von Meinungsabgaben zu:

BÜRGER PLANEN HASPE Arbeits-Nr.:

Eine gedeihliche Entwicklung für Haspe ist eher gesichert, wenn an

die Wohnmöglichkeiten

oder an

die Arbeitsplätze

gedacht wird

Hg 15313 v
201

Abb. 21

BÜRGER PLANEN HASPE Arbeits-Nr.:

Bewertung
Für jeden Lösungsvorschlag kann die Note 1-3 vergeben werden

D
Dreusser Str.
Königer Str. Seifener Str.

M
Königer Str. Seifener Str.
Richtung
Südwest =
Zentraler Str.

F
Königer Str. Seifener Str.
Centraler Str.
Alte Str.

Hg 15313 v
201

Abb. 22

BÜRGER PLANEN HASPE Arbeits-Nr.:

Ich finde die Ortskernsituation, vor der ich stehe,

aus der Sicht das:

sehr befriedigend gut

Anwohner

Einkaufenden

Durchfahrenden

Hg 15313 v
3

Abb. 23

- Manche Bogen verlangten eine Ja/Nein-Entscheidung. Zur Erfassung der Bürgermeinungen über die Entwicklungsalternativen für den Ortsteil Haspe war beispielsweise eine solche Vorgabe gewählt worden (siehe Abb. 21: Wohnmöglichkeiten/Arbeitsplätze).
- Manche Bogen verlangten eine „Benotung“ der zu bewertenden Sachverhalte. Bestimmte der in Haspe eingesetzten Bogen boten z.B. je Sachverhalt 6 Benotungsstufen (vergleiche Abb. 22: Bewertung von Alternativen der Verkehrsführung der Bundesstraße 7) oder auch je Sachverhalt nur 3 Benotungsstufen (vergl. Abb. 23: Bewertung der Ortskernsituation).
- Manche Bogen veranlaßten den bewertenden Bürger, eine Rangfolge unter mehreren Sach-






verhalten herzustellen (Prioritätenvergabe). Ein solcher Bogen wurde z.B. eingesetzt, um die unterschiedliche Dringlichkeit zu messen, die bei der Förderung von Freizeitverbringungsmöglichkeiten empfunden werden kann (siehe Abb. 24: Maßnahmen für den Freizeitbereich).

ARBEITS-NR.:

BÜRGER PLANEN
HASPE

Welche Massnahmen für den Freizeitbereich sind Ihrer Meinung nach in Haspe am dringendsten nötig?

Kennzeichnen Sie Ihren ersten, zweiten und dritten Vorschlag: ① ② ③

 Ausbau von Erholungswald <input type="radio"/>	 Erweiterung der Staatsbücherei <input type="radio"/>
 Kinderspielplätze für 6-9-Jährige <input type="radio"/>	 Bürgerzentrum <input type="radio"/>
 Kinderspielplätze für 10-17-Jährige <input type="radio"/>	 Jugendzentrum <input type="radio"/>
 Förderung von Vereinen <input type="radio"/>	

Ha 58/8V
4

Abb. 24

– Manche Bogen gestatteten die Abgabe von differenzierten Bewertungen in vergleichsweise komplexen Situationen. So wurden Entscheidungen über die Dringlichkeit des Mitteleinsatzes der öffentlichen Hand in den drei von der Planungszelle bearbeiteten Teilbereichen „Verkehrsführung“, „Freizeiteinrichtungen“ und „Wohnungsverbesserung“ in der Form von nonverbalen „Haushaltsentscheidungen“ gefällt: Der begrenzte für jeden Einzelnen zur Verfügung stehende Betrag wurde durch eine bestimmte

Arbeits-Nr.

BÜRGER PLANEN
HASPE

Was ist wichtiger?
Wohin sollen die Mittel zuerst fließen?

Verkehrsführung	Freizeiteinrichtungen	Wohnungsverbesserung
-----------------	-----------------------	----------------------

Ha 58/8V
7

Abb. 26

Menge roter Klebe-Punkte dargestellt. Jeder Teilnehmer erhielt ein „Portemonnaie“ mit 10 solcher Punkte. Diese waren auf dem Bewertungsbogen (siehe Abb. 26) auf die genannten Teilbereiche zu verteilen.

Bewertungsverfahren dieser Art waren bereits seit Jahren auf Testläufen des Modells Planungszelle verwendet worden. Sie sind auch diesmal wieder mit hoher Motivation und sachgerecht von den Laienplanern absolviert worden (vergl. Abb. 25). Diesen war es so möglich, den komplizierten Vergleich zwischen sehr unterschiedlichen Sachverhalten angesichts relativ offener Randbedingungen dennoch erfolgreich zu bewältigen.

d) Mehrfachbewertung

Bei vielen planungsrelevanten Sachverhalten ist es vollauf ausreichend, wenn diese einmalig durch die Laiengutachter beurteilt werden. Bei anderen Sachverhalten ist es wünschenswert, daß sie von unterschiedlichen Zuständen der Informiertheit oder von unterschiedlichen Zuständen des Interesseneinsatzes her, also z.B. vom gleichen Laiengutachter mehrfach beurteilt werden. Um die entsprechende Beurteilungssituation im Rahmen des Möglichen zu standardisieren, liegt es nahe, dabei den gleichen Bewertungsbogen zu verwenden.

Die Ergebnisse derartiger Mehrfachbewertungen erlauben Aussagen insbesondere auch zu Fragen wie der, welcher Informationsstand, und das heißt hier: welcher Informationsaufwand, oder welcher Einsatz von Eigeninteressen zur Abgabe einer hinreichend verlässlichen Bewertung gegebenenfalls ausreichend ist. Aussagen dieser Art sind für die Weiterentwicklung der Bewertungsverfahren brauchbar, und damit für die Weiterentwicklung des Modells Planungszelle.

Um die Bewertungen, die im Rahmen des Untersuchungsvorhabens für die Sanierungsplanung erarbeitet wurden, gleichzeitig für die Beantwortung solcher Fragen nutzen zu können, sind in den Hasper Probeläufen die meisten der Bewertungen als Mehrfachbewertungen durchgeführt worden. Die dabei gewonnenen Einsichten rechtfertigen diesen zusätzlichen Untersuchungsaufwand.

Am Ende des Datenumlaufs war damit sichergestellt, daß einerseits in erheblichem Umfang verwertbare Daten für die auftraggebende Stadt Hagen bereit standen und daß andererseits auch für die im Zufall ausgewählten Laienplaner aggregierte Daten vorlagen, die diese nach Abschluß ihrer Veranstaltung mit neuen Einsichten in ihren Alltag entließen.

a) Aufbereitung der Bewertungsergebnisse

Erste Auszählungen von Hand der von den einzelnen Gutachtern abgegebenen Bewertungen wurden vielfach bereits im Verlauf der Planungszelle vorgenommen.

Es erwies sich als sinnvoll, am jeweils letzten Arbeitstag eines Durchlaufes eine studentische Hilfskraft speziell mit dieser Aufgabe zu betrauen. Auf diese Weise war es möglich, den Gruppen schon in der Schlußaussprache ihrer eigenen Tagung erste Einblicke in die von ihnen erarbeiteten Ergebnisse zu geben.

Kapitel VI Nacharbeit

Die offizielle Verabschiedung der Teilnehmer an den Hasper Planungszellen ist zum einen der Schlußpunkt der Laienplanertätigkeit, zum anderen Auftakt für die umfangreiche Phase der Nacharbeit im Gesamtablauf des Beteiligungs- und Planungsverfahrens „Planungszelle“. Hierzu zählt z. B. die Auswertung, die Veröffentlichung und die Einbringung der von den Laienplanern erarbeiteten Ergebnisse in den Planungsprozeß; von diesen Aufgaben wird weiter unten (Kap. VII) berichtet. Darüberhinaus stehen gerade bei der ersten umfassenden Erprobung eines Verfahrens zur geordneten Bürgerbeteiligung weitere Formen der Nacharbeit zur Bewältigung an, z. B.

- „follow up“ für Teilnehmer
- Auswertung der Pressereaktionen

- Auswertung der Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen
- Auswertung der Teilnehmerreaktionen

1. Das „follow up“ für die Teilnehmer

Für die Teilnehmer an den Hasper Planungszellen fanden einige Monate später Teilnehmertreffen statt. Die Einladungen hierzu wurden von den Trägern der jeweiligen Planungszelle ausgesprochen, also von den Volkshochschulen Hagen, Wuppertal und Remscheid; diesen oblag auch die organisatorische Betreuung des Treffens.

Mit dem Einladungsschreiben wurden die Teilnehmer über einige Ergebnisse ihrer Arbeit informiert. Gleichzeitig wurde auf das Teilnehmermeeting selbst verwiesen, bei dem weitere Ergebnisse insbesondere auch der Ergebnisvergleich zwischen den einzelnen Planungsgruppen zum Vortrag kommen sollte und bei dem i. d. R. in offener Diskussion noch einmal kritisch auf das miterlebte Verfahren eingegangen werden sollte.

Inzwischen sind alle angekündigten Teilnehmertreffen, als letztes das der Wuppertaler, durchgeführt worden. Wie zu erwarten, waren einige Teilnehmer am Erscheinen verhindert, bei anderen war das Interesse an der nochmaligen Diskussion von Hasper Problemen nicht stark genug, um andere Verpflichtungen zurückstellen zu können. Dennoch waren bei den 3 bisherigen Treffen (auf eigene Kosten) jeweils etwa 12 Teilnehmer, einige davon mit Angehörigen, erschienen.



Abb. 25
Laienplaner bei der
Bewertung von Alternativen

Es ist sachlich gerechtfertigt, neben der Darstellung des Ablaufs einige sich abzeichnende Tendenzen vorzustellen.

Für die inhaltliche Vorbereitung der Teilnehmertreffen boten sich drei Themenbereiche an: Aufführung eines Films über die Tätigkeit der Planungszellen, Vorstellung der Ergebnisse und Frage- bzw. Diskussionsrunde.

a) Präsentation mitgefilmter Teile des PZ-Ablaufes

Während der Planungszellen-Arbeit waren einige Hobbyfilmaufnahmen gemacht worden. In dem kurzen Streifen, der daraus entstand, waren einige Szenen zusammengefaßt, die die Tätigkeit der Laienplaner wie die Aufgabenstellung der acht Planungszellen illustrieren sollten:

- Situation Haspe, Ortsbegehung der Teilnehmer
- PZ-Aufgabenstellungen
- PZ-Bewertungsvorgänge
- Plenar- und Gruppendiskussion
- informelle Gesprächssituation

Die Gruppen, die den Film bisher sehen konnten, haben ihn als „Mitspieler“ begeistert aufgenommen, aber – Indiz für die durchgängige Arbeitshaltung und -motivation – in der anschließenden Diskussion wurden spontan Ergänzungsmöglichkeiten genannt und gefordert, um einige Aspekte der Planungszellentätigkeit noch deutlicher hervorzuheben.

b) Vorstellung von Ergebnissen

Die Vorstellung der Ergebnisse konzentrierte sich stets auf die Ergebnisse der beim Treffen jeweils anwesenden Laienplanergruppen und auf den Ergebnisvergleich. Grundlage war hier der umfassende Vortrag der Ergebnisse vor dem Sanierungsbeirat Haspe (vgl. Kap. VII und Protokoll der Sitzung des Sanierungsbeirates).

c) Die Frage nach dem „Verbleib“ der Ergebnisse

Ein zentraler Punkt aller Diskussionen war die Frage nach dem Verbleib der Ergebnisse. Was geschieht mit „unseren“ Ergebnissen und Vorschlägen? Wer hat davon Kenntnis erhalten? Geht überhaupt ein Ergebnis in die Planung ein? Hier konnten – vor allem nach dem Vortrag vor dem Sanierungsbeirat – für die Teilnehmer zufriedenstellende Antworten gegeben werden, in dem z. B. auf den neu erstellten Flächennutzungsplan der Stadt Hagen für den Ortsteil Haspe verwiesen werden konnte.

Aufgrund der bisher erlebten Diskussionsabläufe während der Teilnehmertreffen lassen sich folgende Tendenzen als durchgängig kennzeichnen:

- Die bei der Wiederbegegnung anwesenden Teilnehmer hatten mit Spannung auf die Gelegenheit gewartet, ihre Ergebnisse im Zusammenhang zur Kenntnis nehmen und erörtern zu können.
- Die Lebhaftigkeit wie die Schärfe der Diskussion verrieten ein immer noch vorhandenes Interesse am „eigenen“ Planungsfall. Dies kann exemplarisch belegt werden durch das wiederholte Nachfragen von Detailergebnissen, den erneuten Einstieg in die Sachdiskussion oder durch die Genugtuung über die tendenzielle Gleichheit der Planungsergebnisse aller acht Planungszellen.
- Weiterhin fiel auf, wie stark sich die Teilnehmer an konkrete Einzelheiten (bis hin zu Zitaten) der Informations- und Diskussionsphasen in der Planungszelle erinnerten.
- Das aus der Rollenidentifikation („Gutachter“) erwachsende Engagement des einzelnen Teilnehmers äußerte sich in mehreren Fällen ausdrücklich als Enttäuschung über die „geringe Resonanz“ der Einladung. Offenbar war ein vollständige Teilnahme erwartet worden.

d) Begegnung mit dem Sanierungsbeirat

Die Vorstellung des Entwurfs des Flächennutzungsplanes vor dem Sanierungsbeirat Hagen-Haspe war kombiniert worden mit einer Präsentation von Planungszellenergebnissen und einem Treffen von Hasper Planungszellenteilnehmern. In dieser Veranstaltung wurden nicht nur zwei Beteiligungsmodelle, Beirat und Planungszelle, von ihren Möglichkeiten her, sondern auch personell miteinander konfrontiert. Die dortige Situation gibt am ehesten ein Auszug aus dem Auswertungsprotokoll dieser Sitzung wieder:

„Die Art der Vorstellung der Planungszellenergebnisse wird hier unter dem Aspekt ihrer Wirkung auf die Beiratsmitglieder bewertet. Danach muß die Art der Vorstellung als sehr detailliert und anschaulich, aber eben gerade darum in ihrer Wirkung auch als ausgesprochen perfektionistisch beschrieben werden. Durch diesen perfektionistischen Charakter der Darstellung wurde die ohnehin nicht allzu hohe Frage- und Diskussionsbereitschaft der Beiratsmitglieder bis auf lediglich zwei oder drei Einzelfragen hin abgebaut. Die Beiratsmitglieder fühlten sich offenkundig sowohl durch die Fülle wie auch durch die gedankliche Reichweite der Planungszellenergebnisse im Vergleich zu den ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten überboten. Dies hatte sowohl bei den Beiratsmitgliedern wie auch bei den Planungszellenteilnehmern den Eindruck einer gewissen Konkurrenz zur Folge, der sich auch nicht-artikuliert dem Beobachter dennoch deutlich mitteilte. Als indirekter Beleg für dieses Konkurrenzempfinden kann die Bemerkung eines Planungszellenteilneh-

mers an ein Beiratsmitglied gehen, in der die bei weitem gesteigerte Diskussionsbereitschaft in der Planungszelle gegenüber der extrem geringen Diskussionsneigung unter den Beiratsmitgliedern zum Ausdruck kommt³³. Es kann daher unterstellt werden, daß bei den Planungszellenteilnehmern subjektiv das Empfinden vorherrschte, daß über das Instrument „Planungszelle“ ein höheres Maß an Einwirkung auf die Sanierung möglich sei als über den Beirat³⁴.

2. Reaktionen im Spiegel der Presse

Im folgenden soll auf die schriftlich fixierten Reaktionen auf die Hasper Planungszellen eingegangen werden. Solche Stellungnahmen finden sich z.B. in der örtlichen und überregionalen Presse und in kommunalpolitischen oder fachwissenschaftlichen Zeitschriften. Dem Charakter des vorliegenden Berichts entsprechend kommt dabei der örtlichen Presse besondere Bedeutung zu.

Dieses subjektive Empfinden fand eine erste objektive Stütze in der Gestaltung des Flächen-nutzungsplanes, der auf der gleichen Zusammenkunft im Entwurf vorgestellt wurde. Er beinhaltete nämlich hinsichtlich der Verkehrsführung bereits Planungszellenergebnisse.

a) Lokalpresse

Die Hasper Sanierung mit der größten zusammenhängenden Sanierungsfläche in Nordrhein-Westfalen bietet für die Hagener Presse selbstverständlich immer wieder Anlässe, über die Probleme wie die Maßnahmen der Sanierung zu berichten. So wurden von den beiden Hagener Zeitungen im Berichtszeitraum (1976) circa 60 Anlässe aufgegriffen und zu circa 100 Mitteilungen verarbeitet. Über die während dieser Zeit laufenden Hasper Planungszellen wurde – in Übereinkunft mit der Presse – erst nach Ablauf der Planungszellen Ha 1 – 4 berichtet, um die ersten planungsrelevanten Versuche des Verfahrens nicht der Gefahr von Einflußnahmen auszusetzen.

Umfassend und in steter Folge wurde über die Planungszellen mit der Vorlage der Ergebnisse vor dem Sanierungsbeirat berichtet. Bemerkenswert ist hierbei die knappe, aber doch nahezu komplette Darstellung der Ergebnisse durch die Presse (siehe Abb. 27, 28). Insgesamt erschienen in der Hagener Presse von Januar bis Oktober 1976 sieben Berichte über das Projekt, der Schwerpunkt lag hierbei im Monat April mit fünf aufeinanderfolgenden Berichten. Somit wurden neben der Information über den Umfang der Bemühungen, den Bürger an den Planungsentscheidungen teilhaben zu lassen, vor allem die Ergebnisse der acht Hasper Planungszellen weiten Teilen der Bevölkerung zugänglich gemacht.

b) Überregionale Presse

Hier sollen zwei Beispiele punktueller Bericht-erstattung und damit auch u.U. zufallsabhängiger Diffusion des Verfahrens angeführt werden:

1. Im „Landboten“, Tageszeitung der Region Winterthur, findet sich eine ausführliche Darstellung des Verfahrens. Das Resümee des Schweizer Autors lautet: Der erforderliche geistige, organisatorische und finanzielle Aufwand könnte sich lohnen, wenn es der Planungszelle gelingt, durch sinnvollen Einbau in das bestehende System der Planung und durch umfassende und verständliche Information der Teilnehmer repräsentative Lösungen zu entwickeln. Die staatliche Planung würde so besser auf die Bedürfnisse und Wünsche der gesamten Bevölkerung ausgerichtet³⁵.

Auf einen ähnlichen Bericht des gleichen Autors in einer anderen Schweizer Zeitung folgt eine Diskussion mit Leserbriefen und Replik.

2. In einem Bericht des „Kölner Stadtanzeigers“ vom 27. 11. 1976 wird eine Initiative der FDP-Ratsfraktion erläutert, die das Modell „Planungszelle“, auch auf Grund der in Hagen-Haspe gewonnenen Erfahrungen, bei der Neugestaltung des Ortskerns Köln-Müngersdorf als Planungs- und Beteiligungsverfahren einsetzen möchte.

c) Fach-Veröffentlichungen

Das Verfahren „Planungszelle“ ist noch nicht Gegenstand einer monographischen Darstellung gewesen. Dennoch erscheinen – und zwar trotz der kaum auffindbaren Veröffentlichungen von Kurzbeschreibungen des Modells³⁶ – schon jetzt immer wieder Reaktionen der fachlichen Öffentlichkeit. Sie stellen die positiven Effekte dieses Verfahrens z.T. sehr deutlich heraus³⁷. Im folgenden interessieren allerdings nur die Stellungnahmen, die im Zusammenhang mit den Hasper Testläufen erschienen sind.

³³ lt. Protokoll: „Wißt ihr, was ihr seid? Ihr seid ein Misthaufen! Ihr macht noch nicht mal den Mund auf ...!“

³⁴ Garbe/Wybornsky, Auswertungsprotokoll über die Vorstellung von PZ-Ergebnissen auf der Sitzung des Sanierungsbeirates vom 28. 4. 1976, S. 2.

³⁵ vgl. Baur, P. (1976a)

³⁶ Bedauern darüber bringt M. Buse zum Ausdruck, vgl. v. Alemann (1975), S. 291.

³⁷ vgl. z.B. Gronemeyer, R. (1972), S. 58 f.; Vilmar, F. (1973), I/275, 410, 379 oder II/235 ff.; Jungk, R. (1973), S. 262 f. u. 402 f.; Neuffer (1973), S. 187 – 189; Lange (1975), S. 135; Bank (1976), S. 327 f.



Die Planung ist auch Bürgersache: Meist entscheiden aber Technokraten

Bei der Stadtsanierung kam jetzt das Volk zu Wort – Arbeitsplätze haben absoluten Vorrang

(Rein) Professor Dr. Peter C. Dienel, Direktor des Seminars für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Rheinland in Wuppertal, hat ein echtes Dilemma erforscht und herausgefunden, daß immer mehr Entscheidungen von immer weniger einzelnen Personen getroffen werden, daß andererseits mehr Planung mehr Technokratie zur Folge hat. An den Planungsprozessen ist der nicht oder nur unwesentlich beteiligt, für den geplant wird: der Bürger. Derart Entwicklung hält Dr. Dienel politisch für bedenklich: „Wenn die Bürgerrolle nur als Wehr-, Wahl- und Steuerpflicht vollzogen werden kann, muß das demokratische Staatswesen verkümmern“, schreibt der Professor in einer Studie zur Weiterentwicklung von Partizipationsverfahren.

Theorie hat Dr. Dienel jetzt auch in der Praxis erprobt. Vom Hagener Amt für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung angeheuert, hat der Wuppertaler Professor Bürgermeinung studiert. Thema der Klausur: Die Stadtsanierung in Haspe. Das Ergebnis der insgesamt acht Gruppen (zwei Hasper, eine Hagener, drei Wuppertaler und zwei Remscheid) verkündete Dr. Dienel am

Mittwochabend vor dem Sanierungsbeirat in Haspe. Die Bürger, hat der Professor festgestellt, waren mit „außergewöhnlichem Interesse“ bei der Sache und arbeiteten „erstaunlich kundig“ mit.

Drei Problembereiche waren zu erkunden: Die Prioritätenfindung für den Verkehr, Einrichtungen und Freizeit sowie Wohnqualität und Modernisierung. Nur selten gingen die

Bewertungen heimischer und ortsfremder Gruppen auseinander, etwa bei der Einkaufsqualität im Westen, die 70 Prozent der Hasper positiv, die Auswärtigen hingegen mehr negativ beurteilten. Die gesamtörtliche Situation wurde einheitlich als miserabel erachtet.

Weitgehende Übereinstimmung erzielten die verschiedenen Gruppen auch in ihren

Aussagen über mögliche Lösungen des innerstädtischen Verkehrsdilemmas: Die Bürger gaben dem Ausbau der Talstraße den Vorzug vor einer Verkehrsführung durch die Preußerstraße. Sympathien bekundeten die nicht autorisierten Planer noch für einen Verlauf über die Südseite der Kölner Straße in Richtung Eugen-Richter-Straße.

Hasper für gemeinschaftsvermittelnde Einrichtungen

Bei der Bedarfsermittlung außerhalb Freizeiteinrichtungen offenbarten die Hasper Gruppen eine auffallende Tendenz zur umfassenderen Lösung. Der Bau eines Bürger- oder Jugendzentrums waren gleich favorisiert, 55 bis 100 Prozent der Testpersonen setzten ein solches Zentrum, das große Integrationsmöglichkeiten für weitere gruppenpolitische Einrichtungen bietet, an die Spitze ihrer Wunschliste. Hinter der gemeinschaftsvermittelnden Einrichtung rangierten weitere Spielplätze, die ein Drittel der Hasper für erforder-

lich halten und der Ausbau des Erholungswaldes (20 Prozent).

Differenzen zwischen den Gruppen gab es beim Urteil über die künftige Wohnqualität: Während auswärtige Mitarbeiter bei der Wahl zwischen Verfall und Blütezeit zwischen der Erhaltung des derzeitigen Zustands und der Einstellung von Investitionen zur Verbesserung der baulichen Substanz tendierten, herrschte auf Hasper Seite ein eindeutiger Trend: Modernisierung und mithin positive Weiterentwicklung, hieß die Antwort. Um nicht tief in den Billig-Wohn-

bereich und damit in ein soziales Spannungsfeld abzudriften, wären die Befragten sogar bereit, Mieterhöhungen hinzunehmen. Die Hasper Einstellung wertet Professor Dienel als Indiz für große Identifikation mit dem Heimatort.

Wo nun insgesamt die Prioritäten der Sanierung liegen müssen, wenn die Meinungen der zufällig ausgewählten Bürger einigermaßen repräsentativ für die Gesamtbevölkerung sind, zeigt die Studie deutlich: Eindeutigen Vorrang hat der Verkehr. 45 Prozent der gesamten Finanzen investierten

die Bürger in diesen Problembereich, nur 34 Prozent für bessere Wohnqualität und 21 Prozent für Initiativen im Zusammenhang mit Freizeit.

Ein klarer Trend schlug auch bei einer anderen Entweder-Oder-Frage durch. Was für die künftige Entwicklung des Westens den Vorrang haben müsse, die Schaffung von Wohnungen oder Arbeitsplätzen, war zu beantworten. Hasper wie Nichthasper entschieden sich für neue Arbeitsplätze, die Hasper noch konsequenter als die Auswärtigen. Der Faktor Arbeit dominierte mit 82 Prozent.

Abb. 27

Eine nicht allzu große, aber speziell interessierte Leserschaft dürfte die Ausführungen von W. Bückmann in den Zeitschriften „Die demokratische Gemeinde“ und „Städte und Gemeinderat“ gefunden haben. Hier wird relativ konkret über Organisation, Inhalte und Ergebnisse der Hasper Planungszellen berichtet.

Darüberhinaus liefert Bückmann in den Artikeln von neutraler Warte das Resümee eines Wuppertaler Expertengesprächs (vgl. Abb. 28a) zum Thema „Planungszellen“.

Prof. Dienel mit Hasper Modell vor Bezirk West

Verkehrsbedeutung wurde am höchsten eingeschätzt

Haspe. Mit dem Kennwort „Bürger planen in Haspe“ hat Prof. Dienel von der Gesamthochschule Wuppertal der Bezirksvertretung West ausführlich über sein Modell „Planungszelle bei der innenstadtsanierung Haspe“ berichtet. Er konnte sich dabei auf Presseäußerungen stützen, die in der ganzen Welt vom Hasper Modell Notiz genommen haben.

Dieter Emmerling von der Volkshochschule Hagen hat darüber ebenso umfassend berichtet wie etwa ein Schweizer Landbote oder die TH in Aachen. Jene Schweizer Zeitung schreibt: „Wie schneidet die Planungszelle, wie sie in Haspe eingesetzt wurde, im Vergleich mit den herkömmlichen Mitteln der Planung und Meinungsbildung ab? Sie vertritt keine Sonderinteressen und hat Zeit, sich in ihre Arbeit zu vertiefen. Es lohnt sich der erforderliche geistige, organisatorische und finanzielle Aufwand!“

Es ging, so hat Prof. Dienel selbst unterstrichen, um drei wichtige Teil-Probleme der Stadtsanierung von Haspe:

Verkehrsführung in der Stadtmittelpunkt, um das Freizeit-Angebot und die Renovierung von Altbauwohnungen im Sanierungsbereich.

Das Verblüffendste ist die tendenzielle Gleichheit der Bewertungsergebnisse unterschiedlicher Laienplanergruppen. Die Bedeutung des Verkehrs schätzten alle Gruppen mit 46,3 Prozent am höchsten ein. Die Hasper Gruppen lagen mit ihrem Urteil auch um diesen Wert. Den 2. Platz nahm das Wohnproblem ein, es wurde mit 32,9 Prozent gewertet. Auch hier lagen die drei Hasper Gruppen dem Durchschnittswert sehr nahe. Die Freizeiteinrichtungen wurden nur mit 20,8 Prozent bewertet, doch lagen zwei der Hasper Gruppen deutlich darüber.

Bei der Weiterentwicklung der Wohngebiete erklärten sich alle Gruppen zwischen 90,5 und 95,6 Prozent für den notwendigen Ausbau der Wohnungen und den damit verbundenen Mieterhöhungen. Nur knappe 4,4 bis 9,6 Prozent waren dagegen! Bei den Freizeiteinrichtungen waren von den Haspern 100 Prozent ebenso wie die Wuppertaler für ein Bürgerzentrum.

Schließlich waren die Hasper mit 81,7 Prozent und die Nicht-Hasper mit 71,1 Prozent für den Vorrang der Funktion „Arbeit als Entwicklungsziel der Zukunft“.

In dem Expertengespräch wurden eine Reihe von weitergreifenden Fragen erörtert. Ist die Planungszelle gegenüber der Bürgerinitiative das zweckmäßigere und effektivere Verfahren oder greift hier die Manipulation von Planungsbeteiligten Platz, die Ansätze zur Demokratisierung von Planungen vereitelt? Entsteht hier ein Ersatz oder eine Struktur der Partizipation?

Meinungen prallten insbesondere bei dem Problem zusammen, inwieweit hier Demokratieprobleme gelöst bzw. bewältigt werden. Auf der einen Seite stand die Auffassung der Initiatoren, daß die Anwendung des Verfahrens „Planungszelle“ zu mehr Demokratie, zu verbesserter Bürgerbeteiligung und zu verstärkter Interessenberücksichtigung führe, auf der anderen Seite wurde gesagt, daß hier Meinungen manipuliert werden könnten, daß letztlich die Ergebnisse der Planungszellen abhängig seien von der konkreten Informationseingabe.

Die Frage die bleibt: Handelt es sich bei der Planungszelle um mehr als um ein Planungsinstrument, ein neues Instrument der allgemeinen Partizipation, um ein gesellschaftliches Heilmittel, um ein neues demokratisches Verfahren, das zur Demokratisierung und gleichzeitig zur individuellen Selbstverwirklichung führt oder aber ist dies bloß ein technokratisches Instrument der Informationsgewinnung über individuelle Bedürfnisse³⁸?

Weitere Verbreitung wird einer Kolumne von Prof. Robert Jungk in der Zeitschrift „Bild der Wissenschaft“ zuteil. Unter dem Titel „Erfindungen für die Demokratie“ stellt er Modellversuche aus den USA und der BRD vor. Zur Planungszelle schreibt Jungk:

Eine gewiß noch verbesserungsbedürftige, aber heute bereits international beachtete „soziale Erfindung“ auf dem Gebiet der demokratischen Mitbestimmung hat der in Wuppertal lehrende Professor Peter C. Dienel mit seiner sogenannten „Planungszelle“ gemacht. Nach dem sozial weit gestreuten Zufallsverfahren der Geschworenen-Auslese lädt er die Bürger zur Mitarbeit ein. Auch hier machte man in den bisher leider finanziell nur ungenügend unterstützten und daher unvollständigen Versuchen die Erfahrung, daß die angeblich „apathischen Bürger“ höchst interessierte Mitarbeiter werden, wenn man sie ernstnimmt und wirklich anhört³⁹.

Typisch für die Art wie neuartige Planungs- und Beteiligungsverfahren Eingang in die Überlegungen von Verbänden – und damit von organisierten Interessen – finden, sind Notizen bzw. erste Kommentare in den verbandseigenen Mitteilungsblättern. Als Beleg mag hier ein Auszug aus den Mitteilungen der Heimstätten- und Landesentwicklungsgesellschaften dienen. (s. Abb. 29)



Abb. 28a

³⁸ Bückmann, W. Proberläufe in Hagen-Haspe, in: Die demokratische Gemeinde, Nr. 7, Juli 1976, Seite 612.

³⁹ Jungk, R. Erfindungen für die Demokratie, in: Bild der Wissenschaft, 9/1976, Seite 98.

Baubau- n Frankreich Besuch

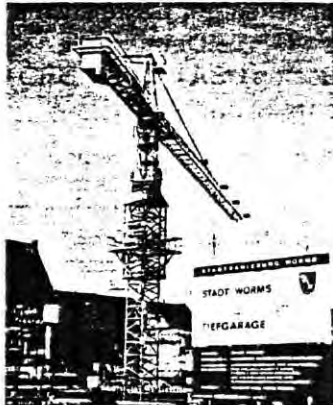
Leitung von Planungs- und
Experten hat sich
der französischen
Gesellschaft mit



überwiegender Staatsbeteiligung
– anlässlich eines Besuchs in
Bonn über die Fragen der
Modernisierung und Sanierung in
Innenstadtgebieten informiert.
Die Bundesvereinigung vermittelte
bei dieser Gelegenheit auch
Besprechungen mit den Fach-
referenten im Bundesbauminis-
terium und mit Vertretern des
Planungsamtes der Stadt Bonn.
Die Anstrengungen und die Ver-
fahren bei der Modernisierung
erhaltenswerter Gebäude beein-
druckten die französischen Gäste.
Das gilt auch für die Ergebnisse
der Modernisierung in der Innen-
stadt von Limburg. Hier ist die
Nassauische Heimstätte seit
einigen Jahren als Sanierungst-
reuhänder tätig. Die französi-
schen Gäste wurden dort nach
herzlicher Begrüßung durch den
Bürgermeister von der Stadt und
dem Heimstättenvertreter über die
bisher durchgeführten Moderni-
sierungen von erhaltenswerten
Gebäuden ausführlich informiert.

liche Tiefgarage für die Worms

er Stadtsanierung
die Heimstätte
in Zusammen-
ortsansässigen
inschaft und
üro den Bau
Tiefgarage mit
Garage, die
ch festge-
bietes liegt,
ichen
llplatz-
n Bau
und
decken,
ng der
uch
vert-
sub-
dstück
ach-
ein
äude
ant. Die
ung
erhält
eschoß,
ief-



Die Baumaßnahme, die voraus-
sichtlich Ende 1976 betriebsfertig
erstellt sein wird, wird durch Bund
und Land im Rahmen des Sonder-
programms „Stadtsanierung
1975“ (Konjunkturprogramm)
gefördert und kostet ohne Grund-
stück ca. 2,6 Mio. DM.

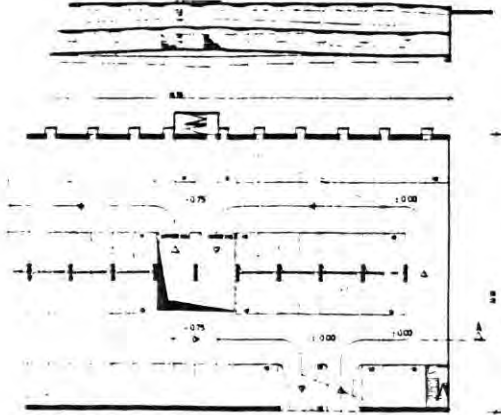


Abb. 29

Heimstätten fördern Bürgerbeteiligung an der Planung

Die kürzlich verabschiedete
Novelle zum Bundesbaugesetz
bringt für den Bürger erweiterte
Mitwirkungsrechte bei der Bau-
leitplanung der Gemeinden.

Auf Bundesebene hat sich die
Bundesvereinigung der Heim-
stätten und Landesentwicklung-
gesellschaften nicht nur in den
Beratungen der Bundesbaugesetz-



Novelle intensiver mit den
Möglichkeiten einer verbesserten
Bürgerbeteiligung auseinander-
gesetzt, sondern auch im
Zusammenwirken mit den Mit-
gliedsgesellschaften nach neuen
Verfahren und Methoden der
Bürgerbeteiligung Ausschau
gehalten; (vergl. dazu auch
Beitrag „Planen im Kolloquium“
in Heft 2/76). In diesem Zusam-
menhang mißt die Bundes-
vereinigung auch einem Vorschlag
von Prof. Dienel, Gesamthoch-
schule Wuppertal, große Bedeu-
tung zu, dessen Modell unter dem
Stichwort „Planungszelle“ bereits
bundesweit Aufmerksamkeit
erregt hat.

Erfahrungen aus der Anwendung
dieses Modells in einer Sanie-
rungsmaßnahme sind jetzt in
einem kleinen Kreis von Fach-
leuten unter Beteiligung des
Zukunftsforschers Prof. Jungk in
Wuppertal diskutiert worden.

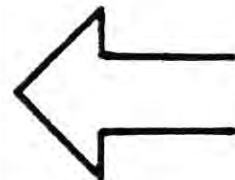
Anlaß war hier das Bedürfnis, die
Erfahrungen aus neuen Methoden
der Bürgerbeteiligung für Wissen-
schaft und Praxis gleichermaßen
fruchtbar zu machen. Es sollte
darüber hinaus aber auch der
Öffentlichkeit dokumentiert wer-
den, welche Möglichkeiten einer
verbesserten Bürgerbeteiligung
bereits heute bestehen. Insoweit
sehen die Heimstätten und
Landesentwicklungsgesellschaften
es als ihre besondere Aufgabe an,
aus ihren Erfahrungen als
Sanierungstreuhänder den
Gemeinden auch für die Bauleit-
planung nach Bundesbaugesetz
konkrete Hinweise und Hilfen bei
der vorgeschriebenen Bürger-
beteiligung anzubieten. Das
Wuppertaler Fachgespräch hat
dazu weitere Möglichkeiten
eröffnet.

Herausgegeben von der
Bundesvereinigung
Deutscher
Heimstätten e.V.

53 Bonn
Poppelsdorfer Allee 28
Telefon (0 22 21) 63 13 86
September 1976

Gezeichnete Beiträge
geben die Meinung
der Verfasser wieder.

Druck:
Bonner Universitäts-Buchdruckerei



3. Reaktionen im Bereich „VHS“

Aus dem Bereich der am Untersuchungsvorhaben beteiligten Volkshochschulen ist sowohl von offiziellen und publizierten als auch von Reaktionen mehr informeller Art zu berichten⁴⁰. Diese Reaktionen berücksichtigen vielfältige Aspekte, von der Einordnung der Laienplanertätigkeit in die Aufgabenbereiche der Volkshochschulen (vgl. 1. WbG, § 3) bis hin zu partizipationstheoretischen Argumentationen.

Die Entfaltung des erstgenannten Aspektes liefert gleichzeitig Aussagen über die Erwartungen der Volkshochschulen von der Beteiligung am Projekt „Planungszelle“. Die globale Einordnung Emmerlings (... . Weiterbildung am konkreten kommunalen Objekt“) differenziert Pelle auf drei Ebenen. Er wertet die Tätigkeit in Planungszellen ebenfalls als ein unmittelbares Beispiel intensiver politischer Bildung, die konkretisiert wird

- an Problemen über politische, finanzielle, soziale und kulturelle Verantwortung,
- durch Informationen und Denkprozesse über Interessengegensätze, wie sie überall erfahren wurden und erfahren werden,
- durch Lernprozesse über die Möglichkeiten und Probleme demokratischer Entscheidung⁴¹.

Die Bewertung des Planungs- und Beteiligungsverfahrens „Planungszelle“ primär unter Gesichtspunkten der Politischen Bildung wird zwar heute von Dienel nicht mehr so in den Vordergrund gestellt wie einst in der Anfangsphase der Verfahrensentwicklung⁴². Sie belegt aber hier – von VHS-Seite vorgetragen – doch die potentielle Breite der Gesamtkonzeption.

Mit der praktischen Erprobung des Verfahrens „Planungszelle“ haben nicht nur die Stadt Hagen, sondern eben auch die beteiligten Volkshochschulen Neuland beschritten. Neu an dieser Situation ist vor allem:

- „in der Planungszelle mit Menschen zusammenarbeiten, die nicht spontan auf einen Vortragstitel oder ein Seminarthema hin kamen“⁴³;
- die Umwandlung der „Schüler“-Rolle in eine Berater-/Gutachter-Rolle;
- die soziale Heterogenität der Teilnehmer-Gruppen wie sie in VHS-Kursen wohl nur ganz selten, wenn überhaupt, erreicht wird;
- der für VHS vergleichsweise hohe Finanzbedarf des Verfahrens.

Vom Problem des Finanzbedarfes, das für das Vorhaben selber nicht zur Diskussion stand, kann hier abgesehen werden. Um so gewichtiger wurden vorab die Probleme gewertet, die sich mit der neuartigen Teilnehmersituation ergeben.

Aller Erfahrung nach waren Schwierigkeiten hinsichtlich der Arbeitshaltung, der Motivation und der generellen Kommunikationsbereitschaft der Teilnehmer zu erwarten. Daß diese Störfaktoren im Rahmen der Planungstätigkeit verarbeitet/neutralisiert werden können, z.T. sogar als nicht existent bezeichnet werden müssen, hat wohl auch die Vertreter der Volkshochschulen überrascht. Das läßt sich an einigen Zitaten belegen:

„Mit das erstaunlichste Ergebnis war, daß all dies nicht eintrat, vielmehr in unvermuteter Schnelle der Weg zu gemeinsamer Gruppenarbeit gefunden wurde“⁴³.

„... die Motivation stieg im Verlauf der Zusammenarbeit sogar merklich an“⁴⁴.

„... keine Gruppenbildung nach persönlichen Präferenzen“⁴⁵.

Kritisch vermerkt wurde aus der Sicht der VHS lediglich zweierlei: die relative „Knappheit kreativer Freiräume“ im Programmablauf sowie die „Manipulationsmöglichkeiten“, die mit den vorbereiteten Informationseingaben verbunden sind.

Dazu muß hier ergänzend erwähnt werden, daß die hohe Programmdichte keine verfahrensspezifische Eigenheit ist. Sie war – um der optimalen Ausnutzung der mit dem Untersuchungsvorhaben finanzierten Hasper Testläufe willen – bewußt intendiert und in Kauf genommen. Der Manipulationsverdacht trifft vermutlich die Planungszelle in gleicher Weise wie auch andere VHS-Veranstaltungen, die mit Anschauungsmaterial und Referenten aus Planungsämtern versorgt werden. Die Hinterfragungsmöglichkeiten, die sich den Planungszellenteilnehmern im Verlauf von 3 Arbeitstagen bieten, dürften allerdings hier höher zu veranschlagen sein als bei vielen der sonst üblichen Verfahren.

4. Reaktionen von Teilnehmern

Die Mitarbeiter der Forschungsgruppe der GHS Wuppertal haben in den Pausen-Gesprächen der Planungszelle, auf den gemeinsamen

⁴⁰ Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf: Emmerling, D., Bürgerpartizipation als Modellversuch: Planungszellen in Hagen-Haspe. in: VHS im Westen, 4/1976, S. 174 – 176.

Pelle, A.F. (Leiter d. VHS Remscheid), Stellungnahme zum Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der Volkshochschule der Stadt Remscheid und der GHS Wuppertal. Forschungsvorhaben „Bürgerplanen Haspe“.

Laske, K. (Mitarbeiter in der VHS Wuppertal), Bericht über die Teilnahmenals Tagungsleiterin an der Planungszelle „Ha 6“.

⁴¹ vgl. Pelle, S. 1.

⁴² vgl. z.B. Dienel, „Resultat“ (1969) oder „Bildungsurlaub“ (1973).

⁴³ Emmerling, D., (1976), S. 175.

⁴⁴ Laske, a.a.O., S. 2.

⁴⁵ ebenda, S. 3.

An- und Abfahrten oder während der Mahlzeiten ausgiebig Gelegenheit gehabt, die Ansichten der im Zufall ausgewählten Laienplaner über die Planungszelle zur Kenntnis zu nehmen. Darüberhinaus wurden durch zwei Maßnahmen die Reaktionen der Teilnehmer systematisch festgehalten, nämlich während der umfangreichen Möglichkeit zur Kritik am Ende jeder Tagung (Gruppenarbeit mit Antwortbogen; Plenumsdiskussion) und durch eine gezielte Befragung aller Teilnehmer wenige Wochen nach der jeweiligen Mitarbeit.

In diesen Reaktionen spiegelt sich die Heterogenität der Teilnehmer wieder: 124 Meinungen differieren nun einmal und decken eine weite Bandbreite von Kritik und Bestätigung ab. Dennoch werden einige Schwerpunkte deutlich, die z.T. in ihrer Detailliertheit die Intensität der Eindrücke wiedergeben sowie die Identifikation des Teilnehmers mit der übernommenen Rolle.

– Informationen

Die Teilnehmer können mehr Informationen verarbeiten als zunächst vermutet wurde. Ein Ausdruck dieser Unterforderung ist das Verlangen der Teilnehmer nach mehr Informationen vor und während der Tagung. Insbesondere nachgefragt wurden die Kosten möglicher Planungen oder deren Auswirkungen auf andere Bereiche. Von manchen Teilnehmern wurde eine genauere Darstellung der Einordnung der Hasper Sanierungsmaßnahmen in ein städtisches bzw. sogar regionales Planungskonzept vermißt.

Kritisiert wurde von manchen die Darbietung einiger Interessenvertreter (zu einseitig!) und die zu geringe Möglichkeit, direkt mit Betroffenen Kontakt aufzunehmen. Der Ansatz einer Diskussion mit Bewohnern des Sanierungsgebietes während der Ortsbesichtigung verdeutlichte den Teilnehmern einige der Hasper Probleme, zeigte aber gleichzeitig die sehr effektive Informationsmöglichkeit, die in einer Begegnung zwischen Planungszellenteilnehmern und Direkt-Betroffenen (Hearing) liegt.

– Entscheidungs- und Bewertungsvorgänge

Die oft alternativ formulierten Bewertungsvorlagen konfrontierten zahlreiche Teilnehmer mit ungewohnten Entscheidungszwängen; hier wurden des öfteren Kompromißmöglichkeiten gewünscht.

– Gruppen-Situation

Von nahezu allen Teilnehmern wurde das Zusammengehörigkeitsgefühl und die ge-

meinsame, hoch motivierte Arbeitshaltung betont. Die Zeit der Zusammenarbeit wurde denn auch immer wieder als „zu kurz“ empfunden.

– Organisation

Insgesamt war man mit der Organisation zufrieden. Auf Rückfrage wurde allerdings auch Detailkritik geübt, so z.B. am starren Programm-Schema oder an der Darbietungsweise einiger Informationen (fehlende Filme, Dias, Modelle).

– Planungszelle: Spiel oder Ernstfall

Die Frage nach der Ernsthaftigkeit der Situation wurde in allen Planungsgruppen gestellt, indem sowohl der Verbleib der erarbeiteten Ergebnisse erfragt wurde oder indem z.B. die gesamte Situation als Planspiel bezeichnet wurde. Von der Beantwortung dieser Frage hängt für den einzelnen Teilnehmer nicht so sehr sein Teilnahmeentschluß, wohl aber der Entscheid über die von ihm einzusetzenden Erwartungsmuster ab.

Hier muß, aber das wird sich durch den vermehrten Einsatz von Planungszellen von selbst nahelegen, der Standort der jeweiligen Planungszelle im Planungsprozeß den Teilnehmern noch konkreter glaubhaft angegeben werden.

Wenn mehrfach zum Ausdruck gebracht wurde, daß 3 Arbeitstage zu kurz waren, um die Aufgaben, die sich mit der schwierigen Situation in Haspe stellen, wirklich mit gutem Gewissen „lösen“ zu können, so wird auch hinter solchen Reaktionen sichtbar, wie ernst der einzelne Teilnehmer die ihm zufällig zugefallene Aufgabe zu nehmen gewillt war.

– Demokratische Grundordnung

Mehrfach kam spontan zum Ausdruck, daß die Teilnahme an der Laienplanergruppe als „ein Stück lebendige Demokratie“ erlebt worden war.

Kapitel VII

Ergebnisse

Die 8 Testläufe des Modells Planungszelle haben sowohl Ergebnisse für das Sanierungsvorhaben Haspe und für die Verwaltungseinrichtungen der Stadt Hagen im allgemeinen erbracht wie auch Ergebnisse, die für die Weiterentwicklung des eingesetzten Verfahrens bedeutsam sind.

A. Ertrag für die Sanierungs- und Entwicklungsplanung Hagen-Haspe

Der Ertrag der Testläufe muß, wie bereits in der Aufgabenstellung⁴⁶ dargelegt, in beiden der dort genannten zwei Dimensionen aufgesucht werden, nämlich beim Erbringen von Daten wie auch bei der Herstellung und Vertiefung personeller und institutionaler Kontakte.

Kontaktertrag Bürger/Verwaltung

Es fällt nicht schwer, den Ertrag in der zweitgenannten Dimension aufzuweisen. Es handelt sich bei dem eingesetzten Verfahren um Gruppen, in denen **Bürger und Angehörige der Verwaltung tagelang zusammengearbeitet** haben. Der erstrebte personale Austausch ist sozusagen nur schwer vermeidbar. Er erweist sich, wenn man so will, als eine Materialkonstante des Verfahrens selber.

Natürlich gibt es wie immer auch kritische Äußerungen oder Klagen („Ein Grinsen von Stadtbeauftragten ist keine Information“⁴⁷). „Wir rügen die mangelhafte Information durch die Stadtplaner“⁴⁸. Die anschließende interne Analyse der betreffenden Situationen zeigte diese aber als zeitdruckbedingt und als abstellbar. Die ganz überwiegende Meinung der Bürger hat denn auch in der Schlußbewertung den Kontakt als „gut“, „sehr gut“ oder sogar als „nicht zu verbessern“ (GA 5, Ha 3) bezeichnet. Auch die mündlichen Äußerungen der Bürger in Gesprächen oder in der jeweiligen Schlußaussprache wie außerdem auch die Stellungnahme, die von Verwaltungsangehörigen in den Bewertungsbesprechungen nach Abschluß der einzelnen Planungszellen abgegeben worden sind, haben den positiven Effekt dieser Kontakte mehrfach ausdrücklich hervorgehoben.

Dieser positive persönliche Kontakt mit seinen vermutlich nachhaltigen Wirkungen ergibt sich nicht zufällig. Die Begegnungssituation ist von vornherein völlig anders strukturiert als etwa die

Begegnung auf Finanzämtern, wie sie in den letzten Jahren eingehend untersucht und dargestellt worden ist⁴⁹. Der positive Kontakteffekt kann als ein unmittelbares Resultat der Arbeitssituation „Planungszelle“ bezeichnet werden und ist als solches intendiert.

Eine genauere Erfassung und Bewertung der Effekte, die sich aus diesem Kontaktaufbau für das Verhältnis Bürger/Verwaltung langfristig ergeben werden, muß noch geleistet werden. Der grundsätzlich funktionale Ertrag dieses Kontaktes darf für die acht beobachteten Gruppen aber schon jetzt als erweisbar gelten.

Ertrag an Planungsdaten

Zunächst muß geklärt werden, was unter „Datenerbringung“ verstanden werden soll.

Von einem Datenertrag soll erst dann gesprochen werden, wenn angebbare Bestätigungen oder Änderungen der Hasper Sanierungsplanung (Sichtbarmachung von Unklarheiten, Übernahme von Differenzierungen, Verbesserung weniger guter Ansätze) oder wenn hier vermehrte Durchsetzbarkeit sinnvoller Maßnahmen sich mehr oder weniger sicher auf die Mitarbeit der Planungszellen zurückführen lassen. Die Bezeichnung als „Ertrag“ setzt demnach zweierlei voraus: Es muß sichtbar gemacht werden,

– daß und welche Sachergebnisse sich bei der Arbeit der Laienplanergruppen ergeben haben und

– daß und wie diese Ergebnisse in den laufenden Planungsprozeß vermittelt worden sind.

Beide Bemühungen erfordern jeweils einige Vorüberlegungen sowie eine kurze Darstellung der als erheblich ausgegrenzten Fakten. Dabei ist zu bedenken, daß die darzustellenden Prozesse noch nicht voll abgeschlossen sind. Das gilt naturgemäß insbesondere für die „Vermittlung“ der Ergebnisse.

1. Sachergebnisse

„Sachergebnisse“ der Planungszelle sind gezielt erarbeitete, als Nebenergebnis angefallene oder sich in interpretierbaren Phänomenen andeutende Aussagen, die für das betreffende Planungsvorhaben relevant sind. Diese Sachergebnisse können sehr unterschiedlicher Art sein. Hier sollen vor allem solche Meinungen, Einstellungen oder Kenntnisse darunter verstanden werden, die die Bürger in den Planungszellen

⁴⁶ Vgl. Kapitel I, S. 2.

⁴⁷ Schriftlicher Verbesserungsvorschlag nach Gruppengespräch am 10. Dez. 1975 (GM 4, Ha 3)

⁴⁸ dito, 3. Dez. 1975 (GA 5, Ha 1)

⁴⁹ Grunow/Hegner (1972)

über Gegenstände, über konkrete Handlungsmöglichkeiten oder über langfristige Ziele geäußert haben und die – wenn möglich quantifiziert – erfaßt worden sind.

Wir können und sollten uns in diesem Rahmen nicht vornehmen, alle erfaßten oder gar alle denkbaren Sachergebnisse der Hasper Planungsstellen hier aufzählen zu wollen. Dem Charakter des Berichtes entsprechend geht es vielmehr darum, nur eine begrenzte Anzahl derartiger Aussagen exemplarisch aufzuführen. Diese Aussagen sind in folgenden Bereichen gewonnen worden:

- Entwicklungsalternativen
- Ortsbindung der Bevölkerung
- Verkehrsführung B 7
- Verkehrsführung Ortskernzugang
- Situation Hasper Kreisel
- Freizeit-Infrastruktur, allgemein
- Freizeit-Infrastruktur, Bürgerzentrum
- Wohnungsmodernisierung
- Zeitliche Prioritäten

2. Vermittlung

Planungsrelevante Ergebnisse, die zwar „gewonnen“, aber nicht in den Planungsprozeß vermittelt worden sind, haben ihren eigentlichen Zweck verfehlt. Es war daher sowohl im Sinne der Entwicklung eines effektiven Beteiligungsverfahrens wie auch im Hinblick auf den bearbeiteten Stadtsanierungsfall wichtig, daß das Untersuchungsvorhaben nicht nur theoretische „Ergebnisse“ produzierte, sondern gleichzeitig deren Eingang oder Nicht-Eingang in den Planungsprozeß registrierte, bzw. sogar von sich aus stimulierte. Im Förderungsbescheid des Ministers war denn auch zu Recht die ausdrückliche Auflage⁵⁰ enthalten, den Verbleib der Ergebnisse der Planungsstellenarbeit zu verfolgen.

Eine Beobachtung des Verbleibs der erarbeiteten Sachaussagen kann einmal den Weg einzelner solcher Aussagen, die für bestimmte Sachbereiche bedeutsam sind, verfolgen; zum anderen kann die Beobachtung ihre Aufmerksamkeit auf bestimmte Adressaten richten, für deren Handeln die erarbeiteten Aussagen relevant sein könnten.

Im folgenden werden beide Wege beschritten, und zwar nacheinander.

- a) Der Verbleib von Aussagen, die in bestimmten Sachbereichen des Sanierungsvorhabens von Bedeutung sind, läßt sich hier am einfachsten im Zusammenhang mit der eigentlichen Darstellung solcher Aussagen selber verfolgen. Für diese Kombination gibt es Gründe. Es ist die Frage, ob man bei einem Beteiligungsverfahren von „Ergebnis“ auch dann

sprechen muß, wenn die erarbeiteten Aussagen in dem betreffenden Planungsprozeß überhaupt keine Verwendung gefunden haben. Ein Ergebnis erweist sich nämlich als solches nicht zuletzt auch in seiner Aussagekraft. Es gibt bei den planenden Fachleuten in der Regel ein Einverständnis darüber, welche Art von Daten in einem Planungsvorhaben benötigt werden. Die „Verwertbarkeit“ von Aussagen hängt davon ab, daß die erarbeiteten Daten im Rahmen dieses Einverständnis liegen. Bei anderen Personengruppen gibt es andere Einverständnisse über die Bedeutsamkeit von Aussagen. In jedem Fall kommt etwas über die Qualität der Aussagen auch darin zum Ausdruck, daß auf sie innerhalb des Sanierungsvorhabens mit „Verwertung“ reagiert wird. **So bedeutsam ein Sachergebnis an sich auch sein mag, seine Verwertung, also etwa seine Annahme durch die Verwaltung, bietet einen nicht unwichtigen Indikator für seine Qualität.** Im folgenden werden, um diese Verflochtenheit bewußt zu halten, die Darstellung von Ergebnissen und die Darstellung ihres Verbleibs synoptisch nebeneinandergestellt.

- b) Der Verbleib der erarbeiteten Aussagen bei bestimmten Personengruppen und Instanzen läßt sich am einfachsten darstellen, wenn einige dieser Adressatengruppen einzeln abgehandelt werden. Eben das soll im Anschluß an die Synopse geschehen.

Es muß dabei bedacht werden, daß etwaige Meinungsänderungen der Verwaltung sich in ihren offiziellen Äußerungen immer nur sehr verhalten andeuten. Hier mag – ob berechtigt oder nicht – die Sorge des Fachmannes eine Rolle spielen, „sein Gesicht zu verlieren“. Rückwirkungen aus abweichenden Meinungen, die in Anwesenheit Dritter zur Kenntnis genommen worden sind, registriert man bei sich selber oder anderen gegenüber nur zögernd. Umso bemerkenswerter ist es, daß sich in mündlichen oder schriftlichen Reaktionen Verwaltungsangehöriger durch Planungsstellen-Meinungen ausgelöste Wirkungen, ja sogar Meinungsänderungen dennoch belegen ließen.

In den Erfahrungsberichten der Praktiker und Wissenschaftler wird häufig darauf hingewiesen, in wie hohem Maße bürgerschaftliche Beteiligung darauf angewiesen ist, daß sie in einer dafür geeigneten Planungsphase erfolgt. Oft werden zusätzliche Daten gebraucht, aber es stehen keine Verfahren zur Verfügung, sie zu produzieren und sie in die Planung einzubeziehen; oder es werden bestimmte Daten angeboten, aber der

⁵⁰ VC3 – 72.03–44 vom 14. Nov. 1975.

Fixierungsprozeß der ineinandergreifenden Planungs- und Durchführungsmaßnahmen ist schon zu weit fortgeschritten, als daß die entsprechenden Änderungen noch verantwortet werden könnten.

Im Rückblick auf die Arbeit der Planungszellen wie auch auf den Vermittlungsprozeß ihrer Ergebnisse kann festgestellt werden, daß die Laienplanergruppen ihre Aufgaben gerade „zum richtigen Zeitpunkt“⁵¹ bearbeitet haben.

„Die Planung war noch nicht festgeschrieben, die Verwaltung war für Vorschläge und Anregungen noch offen“⁵².

Dieser Zeitpunkt ergab sich – vom getesteten Verfahren her gesehen – nicht zufällig: Die Planungszelle ist geeignet an der Bearbeitung von Problemen gerade dann zu beteiligen, wenn deren Lösungen benötigt werden.

⁵¹ Vgl. Anlage 1, S. 1.

⁵² Schulte/Bertels, Auswirkungen (1976), S. 3.

3. Synopse von Sachergebnis und Vermittlung

Sachbereich	Aussage	Weitere Verwendung								
Entwicklungsalternativen	<p>Die im GEWOS-Gutachten herausgestellten Entwicklungsalternativen „Wohnen“ und „Arbeiten“ werden von den Laienplanern für Haspe eindeutig zugunsten der Alternative „Arbeit“ entschieden (s. Abb. 30). Diese Option erweist sich auch bei Mehrfachbewertung als stabil, ja nimmt sogar noch zu (vgl. Abb. 31). Abschließend stellen lediglich 17% der Teilnehmer die Wohnfunktion in den Vordergrund.</p> <p>Die Hasper Bürger nehmen hier keine Sonderstellung ein. Sie antworten seltener ausweichend und votieren sogar noch gesteigert gegen den Vorrang der Wohnfunktion (s. Abb. 30).</p>	<p>Das Amt für Wirtschaftsförderung hält aus übergeordneten Gesichtspunkten an dem GEWOS-Vorschlag fest, die Entwicklungsalternativen gleichgewichtig zu bewerten (s. Schulte/Bertels (1976), S. 5 und 6).</p>								
Ortsbindung der Bevölkerung	<p>Die Teilnehmer der beiden Hasper Gruppen identifizieren sich an entscheidenden Stellen mit dem Schicksal und der Zukunft ihres Ortsteils.</p> <p>Das zeigt sich z.B. in der deutlichen Option für die Ansiedlung von Arbeitsplätzen in der alten Tallage Haspe.</p> <p>Das zeigt sich des weiteren in der gesteigerten Bereitschaft, höhere Mieten zu übernehmen. Dieses Meinungsbild stammt nicht von Eigentümern, sondern aus Gruppen, die sich überwiegend aus Mietern zusammensetzen.</p>	<p>Bestärkung des politischen Willens zur Unterstützung der Arbeitsrichtung der Verwaltung.</p>								
Verkehrsführung B 7	<p>Die Teilnehmer haben hier deutliche Prioritäten gesetzt.</p> <p>Unter den vorgegebenen sechs Alternativen sind folgende Lösungen favorisiert worden:</p> <table border="0"> <tr> <td>Alternative:</td> <td>Durchschnittsnote:</td> </tr> <tr> <td>C</td> <td>2,0</td> </tr> <tr> <td>D</td> <td>2,7</td> </tr> <tr> <td>E</td> <td>2,8</td> </tr> </table> <p>Die Favorisierung ist bei Haspern und Nicht-Haspern tendenziell gleichlaufend.</p> <p>Am Ende von Mehrfachbewertungen ist die einzige Lösung, die von den Teilnehmern besser benotet wird, die Lösung C: Sie verbessert sich</p>	Alternative:	Durchschnittsnote:	C	2,0	D	2,7	E	2,8	<p>Die Verwaltung nimmt dieses Ergebnis als grundlegend in ihren Änderungsvorschlag des Flächennut-</p>
Alternative:	Durchschnittsnote:									
C	2,0									
D	2,7									
E	2,8									

Sachbereich	Aussage	Weitere Verwendung
	<p>von der Erstbewertung bis zur Letztbewertung auf die Note 1,6 (vgl. Abb. 32). Alle anderen Alternativen sinken bei vermehrter Informationseingabe und unter der Einwirkung von Gruppenprozessen in der Bedeutung ab (vgl. ebenfalls Abb. 32).</p> <p>Im Gruppengespräch (ohne die Verpflichtung zwischen vorgegebenen Alternativen zu wählen) zeichnet sich folgende Kombinationslösung ab:</p> <p>Entlastung des Kreisels durch kombinierte nördliche und südliche Umgehung. Von dort aus Stichstraßen als Anfahrt in den Stadtkern.</p>	<p>zungsplanes auf (vgl. Schulte/Bertels (1976), S. 6).</p> <p>Sowohl der Sanierungsbeirat wie auch die zuständige Bezirksvertretung schließen sich später nach Anhörung und Diskussion der entsprechenden PZ-Ergebnisse dieser Empfehlung an.</p>
Verkehrsführung Ortskernzugang	<p>Das mit dem B 7-Problem auf gleicher Ebene präsentierte Problem der Ortskernzufahrt (Corbacher Str.) wird von den Teilnehmern in auffälliger Weise als relativ weniger wichtig klassifiziert.</p> <p>Begehung und Plenumsdiskussionen zeigen, daß die hier erforderlichen Hausabriss bei den Teilnehmern auf Widerstand stoßen.</p> <p>Eine Analyse der Arbeitsgruppen-Diskussion ergibt, „daß die Mehrheit der Gruppen eine andere Lösung als den Ausbau der Corbacher Straße suchen⁵³“.</p>	<p>Die von der Verwaltung zunächst fest verfolgte Planung (Verbreiterung Corbacher Straße) ist mit Planungszellenteilnehmern immer wieder erörtert worden. Nunmehr steht diese Planung auch innerhalb der beteiligten Fachämter erneut zur Diskussion (vgl. Schulte/Bertels (1976), S. 6). Man sucht nach einer anderen Lösung (vgl. Kap. VII/A/5).</p>
Beurteilung der Situation am Hasper Kreisel	<p>Die Ortskernsituation von Haspe („Hasper Kreisel“) wird durchgehend überwiegend als schlecht beurteilt.</p> <p>Diese Bewertung gilt vor allem für Beurteilungen aus der Sicht des Durchfahrenden und aus der Sicht des Anwohners (vgl. Abb. 33).</p> <p>Hasper Bürger sowie Gruppen aus vergleichbaren Wohnlagen halten die Einkaufssituation unter diesen Bedingungen dennoch mit der Hälfte ihrer Teilnehmer für „gut“ (vgl. Abb. 24).</p>	<p>Die nachhaltig schlechte Beurteilung der Situation, insbesondere wegen der Verkehrsfolgelastigkeiten, bestärkt die beteiligten Ämter der Verwaltung im Betonen der Vordringlichkeit einer Lösung des B7-Problems (s. Schulte/Bertels (1976) S. 6).</p>
Freizeit-Infrastruktur, allgemein	<p>Für Haspe werden weitere Freizeitverbringungsmöglichkeiten nachgefragt.</p> <p>Die Vorgabe von sieben Alternativmöglichkeiten (s. Abb. 35) ergibt ein buntes Bedarfsbild:</p> <p>Kinderspielplätze für unterschiedliche Altersgruppen und Jugendzentrum genießen eine gewisse Priorität.</p> <p>Herausragend ist unter diesen Bedingungen der Bedarf nach einem Bürgerzentrum.</p> <p>Die Arbeitsgruppen erarbeiten umfangreiche Listen von Vorschlägen für Freizeitangebote. Überörtliche Sport-Großanlage wird, trotz guten Vortrags in Hearings, als unrealistisch abgelehnt.</p>	<p>Ideenskizzen und überzeugend dargestellte Spezialmöglichkeiten erweisen sich als Anregung für Verwaltungsvertreter.</p>

Sachbereich	Aussage	Weitere Verwendung
Freizeit-Infrastruktur, Bürgerzentrum	<p>Die Gruppengespräche ohne vorgegebene Alternativen favorisieren eindeutig die Einrichtung „Bürgerzentrum“ (s. Abb. 36). Erarbeitung von Funktionsbestimmungen: Im Bürgerzentrum erhalten unterschiedliche Alters- und Bedarfsgruppen je eigene Beteiligungsmöglichkeiten. Getrennte Zugänge. Dennoch sollte Sicht- und Kontaktverbindung zwischen den unterschiedlichen Besuchergruppen möglich bleiben.</p>	<p>Derartige Wünsche, von Bürgerinitiativen und im Sanierungsbeirat (Klausur) vorgetragen, hatten die Gegenposition der Verwaltung bereits relativ deutlich werden lassen: In der Planungszelle gewann das Projekt gegen ausdrückliche Widerstände der Amtsvertreter Eingang in deren Denken (vgl. Beobachtungsprotokolle). Fazit der Verwaltung: Weitere Überprüfung des Vorhabens wird erforderlich (s. Schulte/ Bertels (1976), S. 7).</p>
Wohnungsmodernisierung	<p>Die Teilnehmer haben deutliche Prioritäten gesetzt. Sie halten eine Modernisierung des Wohnbestandes und eine entsprechende Anhebung der Mieten für notwendig. Diese Meinung gilt eindeutig für alle acht Laienplanergruppen (s. Abb. 37). Diese Ansicht der Laiengutachter war weder durch weitere Kleingruppendiskussionen noch durch die Eingabe gezielt gegenläufiger Informationen änderbar (vgl. Abb. 38).</p>	<p>Deutliche Verstärkung zunächst noch offener Optionsmöglichkeiten der Verwaltung. Fazit: Modernisierungsbeginn an ausgesuchten Objekten (s. Schulte/ Bertels (1976), S. 7). Bereitstellung von Mitteln (s. ebenda). Der planenden Verwaltung sind hier auch über die spezielle Situation hinaus verwendbare Ergebnisse angeeignet worden. Die weitere Verwendung von Ergebnissen dieser Art dürfte sich der Kontrolle durch den Untersuchungsträger weitgehend entziehen.</p>
Zeitliche Prioritäten	<p>Wenn Bürger die Anforderungen und Möglichkeiten in den von ihnen drei Tage lang erarbeiteten Problembereichen „Wohnen“, „Verkehr“ und „Freizeiteinrichtungen“ auf ihre Dringlichkeit hin vergleichen, so steht der Verkehrsbereich eindeutig im Vordergrund. Es optieren für ihn zwischen 40% und 60% der Teilnehmer jeder Gruppe (vgl. Abb. 39). Die Verbesserung der Wohnsituation steht an zweiter Stelle. Der Verbesserung der Freizeiteinrichtungen werden in diesem Vergleich die geringsten Dringlichkeiten zuerkannt. Häufiger Bürger machen beim Setzen dieser Prioritäten keine Ausnahme.</p>	<p>Die durchgängige Option der Gruppen wird in Verwaltung, Sanierungsbeirat und Bezirksvertretung als klärend empfunden. Fazit: Vereindeutigung der Arbeitsrichtung der betreffenden Ämter.</p>
Fazit der Synopse	<p>Mit diesen Beispielen darf als belegt gelten, daß – soweit sich das jetzt bereits überblicken läßt – eine Reihe von Arbeitsergebnissen der Planungszelle als Datenertrag im Sinne unserer Definition angesprochen werden können.</p>	

⁵³ aus: Ilse Burgass, Bericht über Gruppenaufgabe Nr. 2, vom 29. 3. 1976, S. 3.

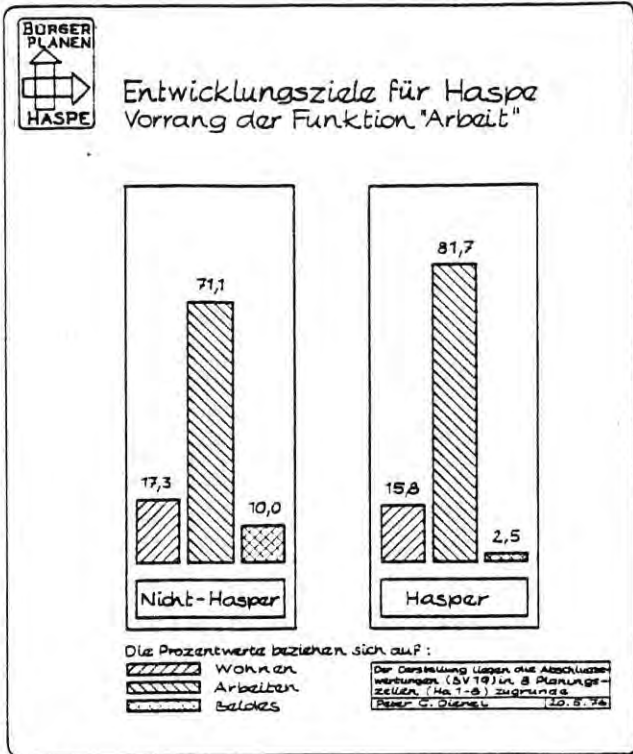


Abb. 30

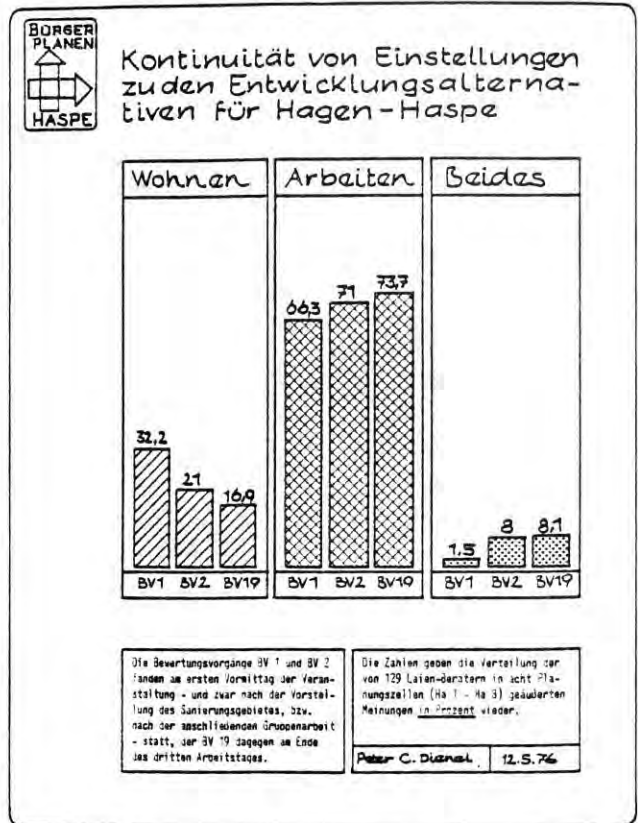


Abb. 31

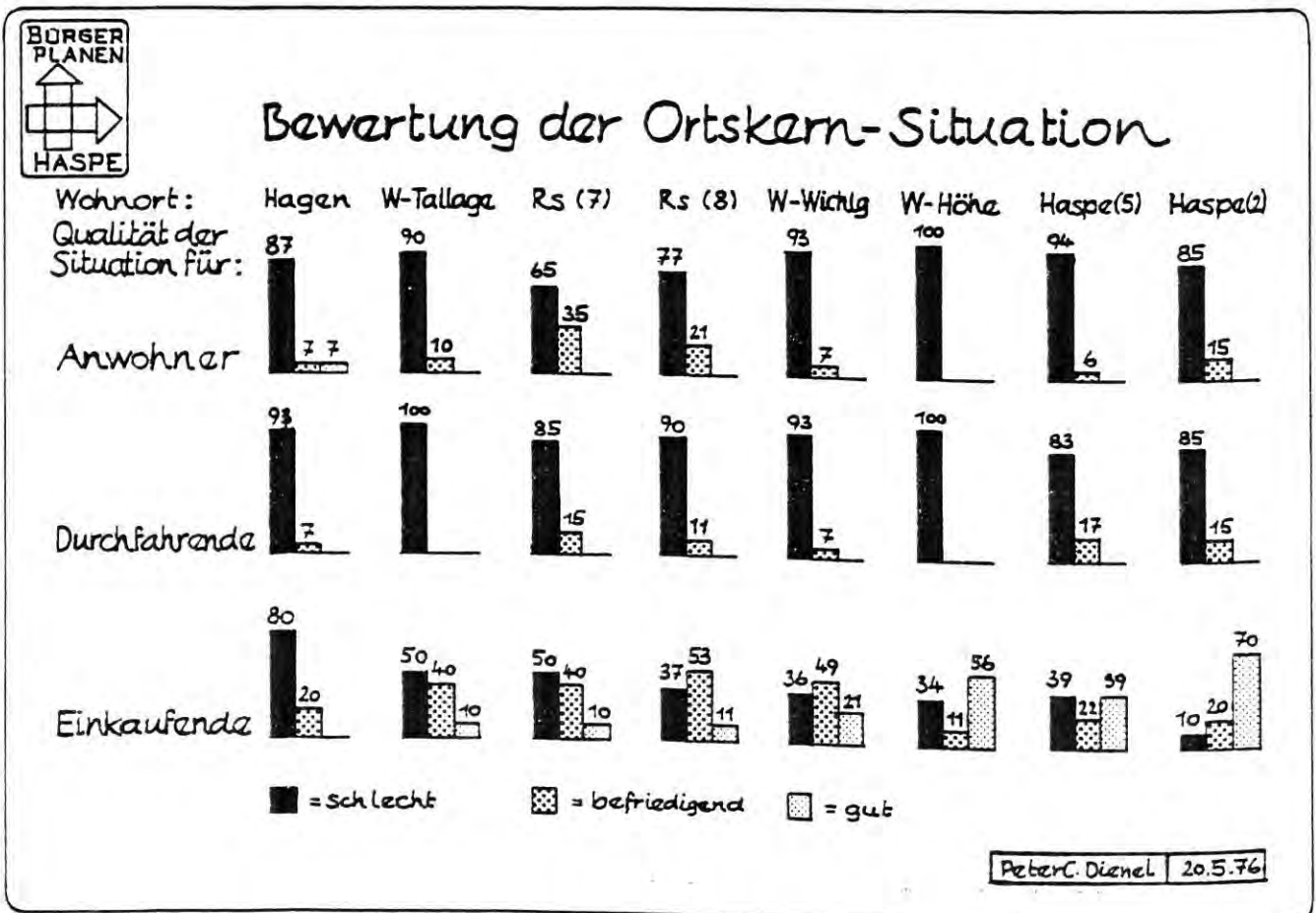


Abb. 33

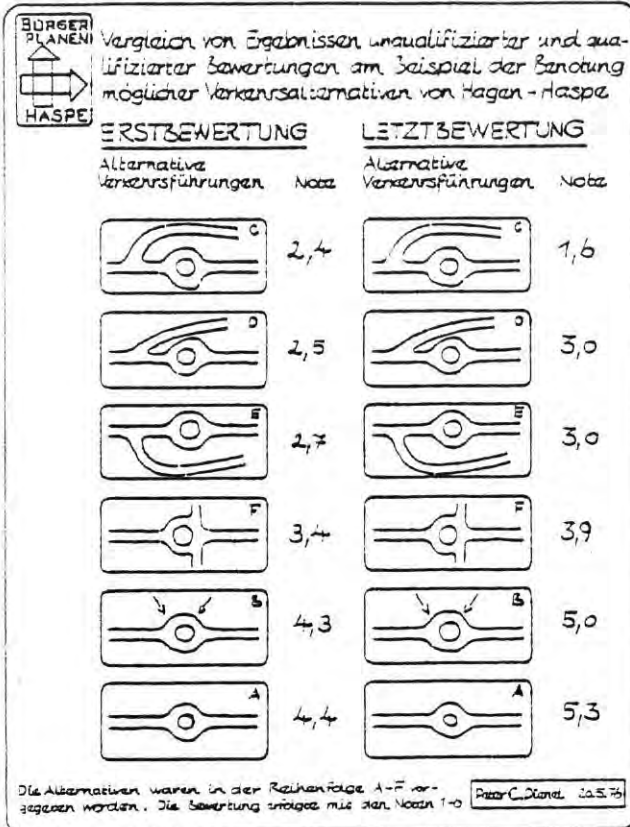


Abb. 32

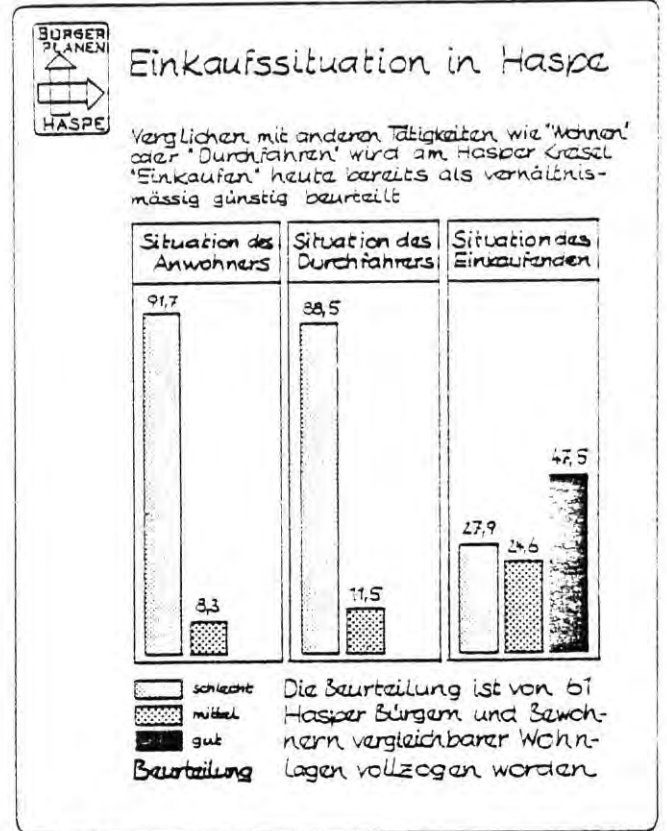
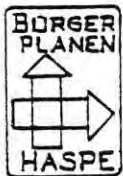


Abb. 34



Freizeiteinrichtungen

Verteilung der ersten Priorität bei 7 vorgegebenen Möglichkeiten

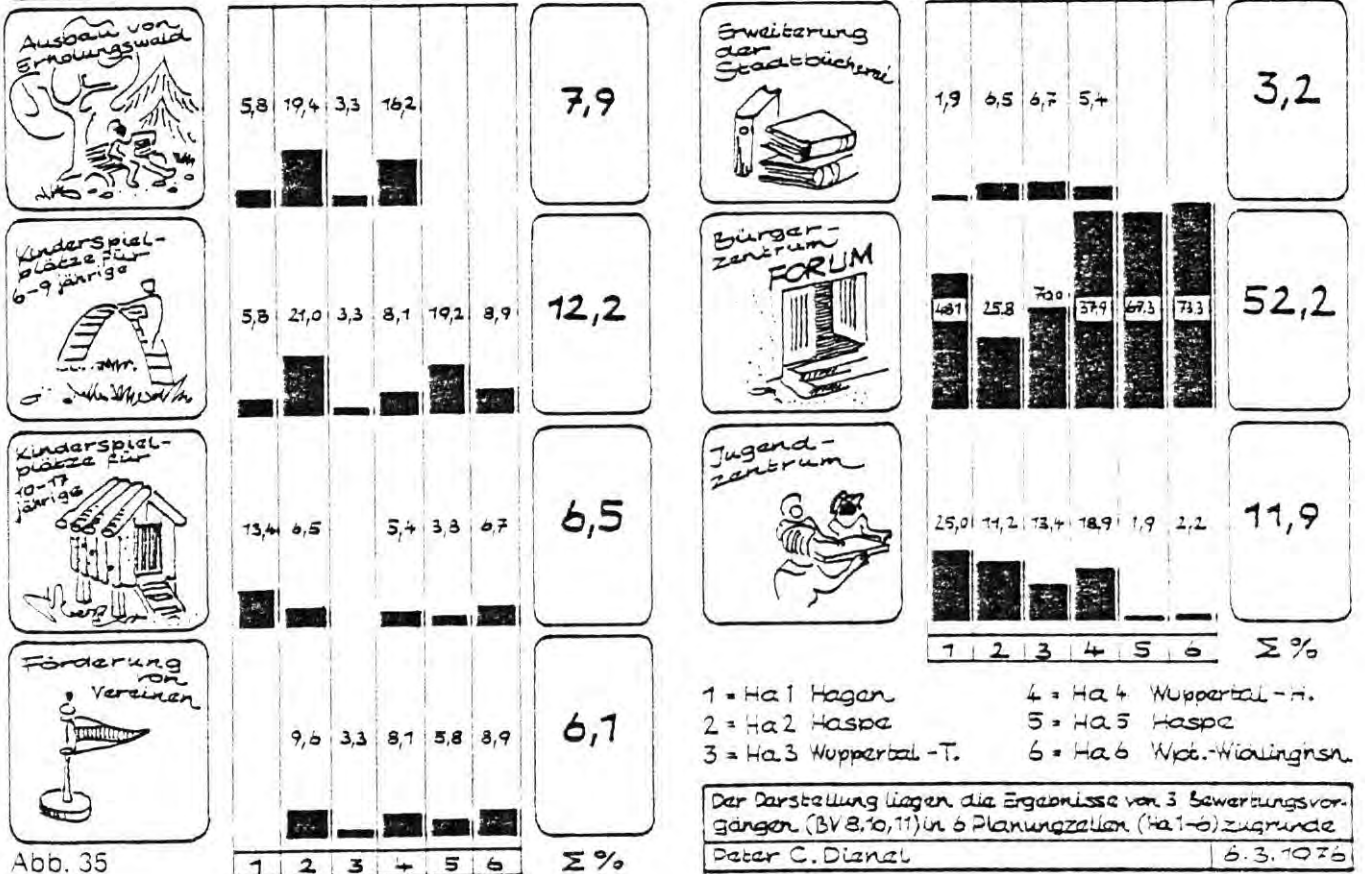


Abb. 35



Freizeiteinrichtungen

Abstimmungsergebnisse über die von den Teilnehmern vorgeschlagenen Freizeiteinrichtungen

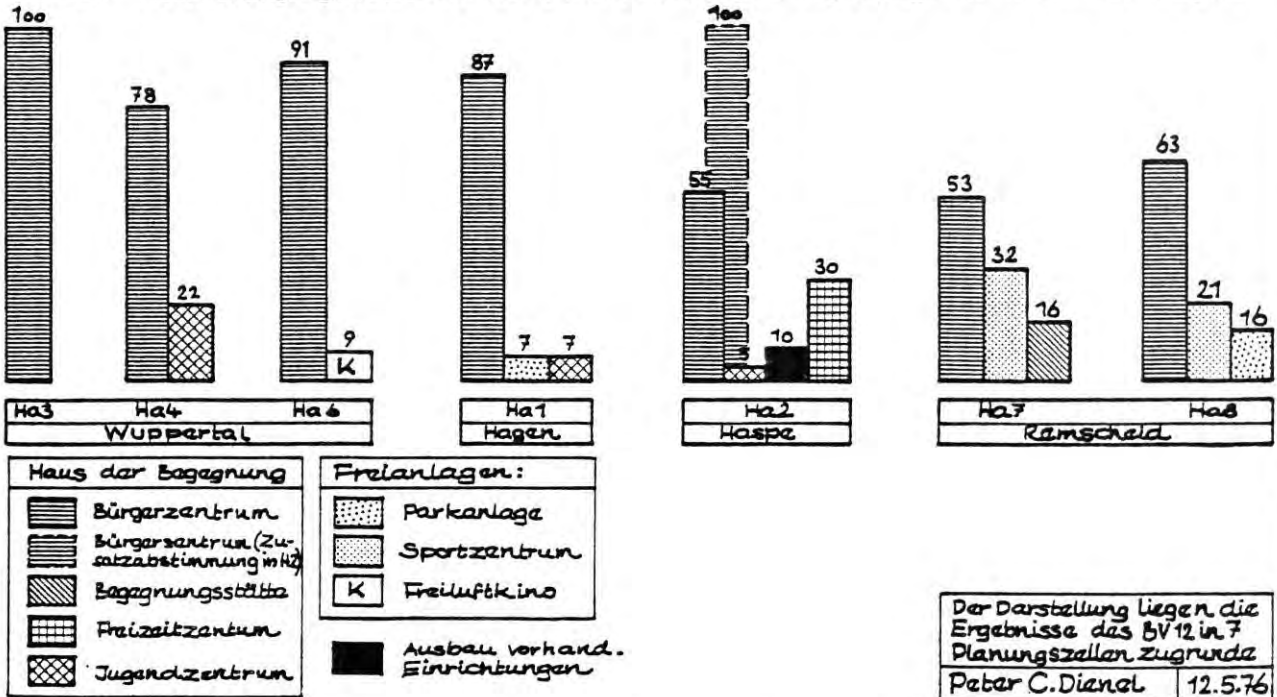


Abb. 36



Weiterentwicklung der Wohngebiete

Sind Sie für Modernisierung der Wohnungen und Erhöhung der Mieten?

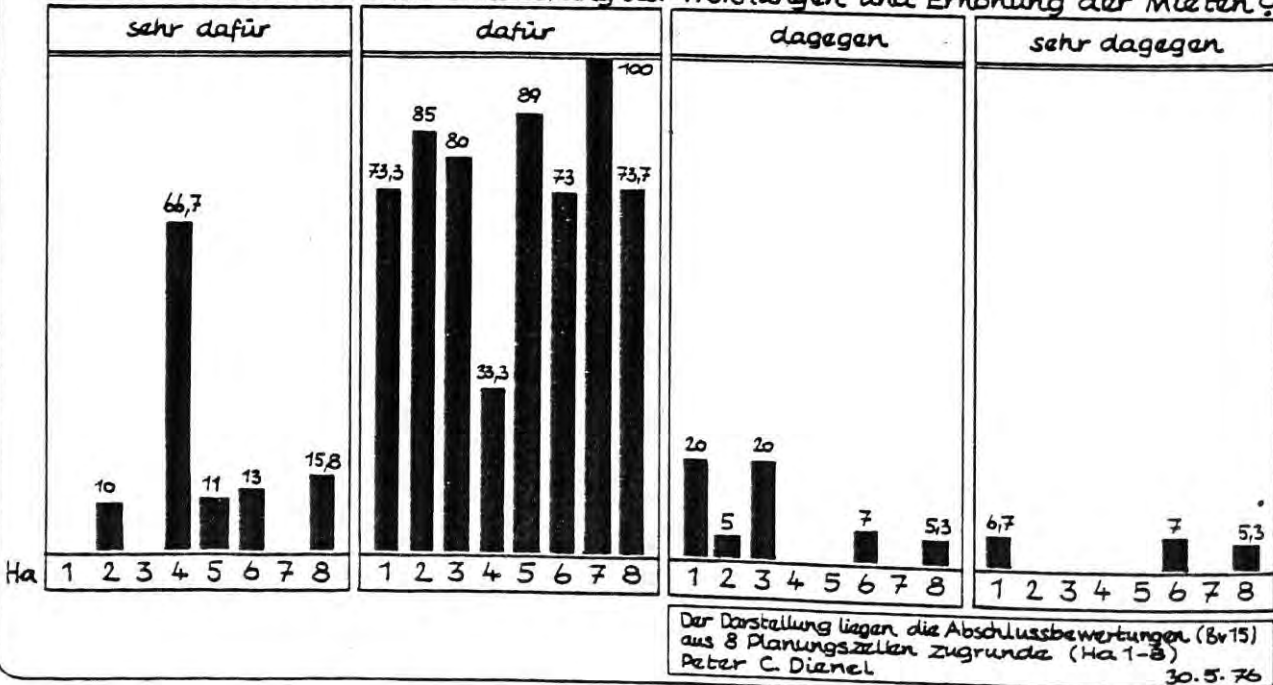
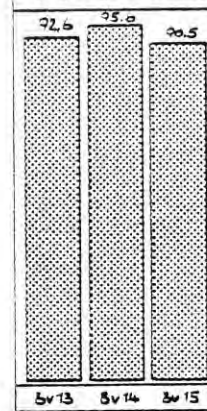


Abb. 37



Weiterentwicklung der Wohngebiete
Einwirkungen von Informationseingaben und
Gruppenergebnissen auf Bewertungsergebnisse

Erhöhung der Mietzahl



Keine Erhöhung der Mietzahl



Der Bewertungsvorstand BV 17 hat nach einer Erschließung der BV 14 nach einer Diskussion in Kleingruppen und der BV 15 nach Darlegung der Alternationsmöglichkeit beschlossen.

Der Darstellung liegen die Ergebnisse (in %) von drei Bewertungsvorgängen (BV 13 - 15) mit Planungszellen (n = 11) zugrunde.

Peter C. Dienel | 30.6.76

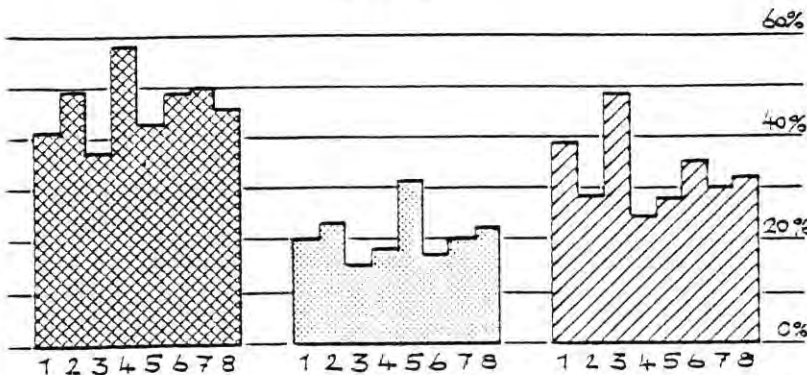
Abb. 38



Tendenzielle Gleichheit der Bewertungsergebnisse unterschiedlicher Laienplanergruppen

Die Ergebnisse der Bewertung auch komplexer Sachverhalte (hier: des Finanzbedarfs in den drei bearbeiteten Teilbereichen) liegen in allen 8 Hasper Planungszellen auf etwa gleichem Niveau

Verkehr Freizeiteinrichtungen Wohnen



Die Stablänge bringt die von folgenden Gruppen platzierten Finanzmittel in % zum Ausdruck:

- 1 = Hagen
- 2 = Haspe
- 3 = Wpt - Tallage
- 4 = Wpt - Höhe
- 5 = Haspe
- 6 = Wpt - Wichlinghausen
- 7 = RS - Lohrup
- 8 = RS - Lütringhausen

Der Darstellung liegen die Ergebnisse des Bewertungsvorganges 17 zugrunde

Peter C. Dienel 12.5.76

Abb. 39

4. Adressaten

Die neu gewonnenen Daten können auf unterschiedlichen Ebenen planungsrelevant werden. Auf diesen Ebenen lassen sich einzelne Adressatengruppen ausmachen. Diese sind zum Weitervermitteln der erarbeiteten Ergebnisse in unterschiedlichem Umfang angesprochen worden.

Einzelne Betroffene:

Sie sind sowohl innerhalb von Gutachtergruppen wie auch außerhalb der Gruppen angesprochen und mit Ergebnissen vertraut gemacht worden, und zwar

- als Teilnehmer
- als Nachbarn und Familienangehörige von Teilnehmern
- durch Gespräche bei Ortsbegehungen
- als Gäste in den Sitzungen des Sanierungsbeirates und der Bezirksvertretung.

Sanierungsbeirat Hagen-Haspe

Die Ergebnisse der ersten sechs Gutachtergruppen sind dem Sanierungsbeirat Haspe auf seiner Sitzung am 7. April 1976 von mehreren Mitarbeitern des Wuppertaler Teams (Dr. Bongardt, Professor Diemel, Wiss. Assistent Garbe, Dr. Wyborski) eingehend vorgetragen und anhand von Schaubildern erläutert worden. Die Ergebnisse wurden danach in einer Diskussion und in anschließenden Einzelgesprächen erörtert.

Der Vorsitzende Lange stellte fest, daß hier eine „enorme Fleißarbeit“ geleistet worden sei und daß die „Denkanstöße den Sanierungsbeirat auch in den nächsten Sitzungen noch sehr beschäftigen“ würden.

Anwesend waren außer den Vertretern der Stadtverwaltung ca. 25 Mitglieder des Beirates, ca. 15 ehemalige Planungszellenteilnehmer sowie weitere 15 Hasper Bürger und 2 Vertreter der Presse.

Die eingehende Darlegung von Planungszellen-Ergebnissen hat die Diskussion und Annahme des auf der gleichen Sitzung von der Verwaltung vorgestellten Planentwurfes (Flächennutzungsplan) entscheidend mitgeprägt.

Amt für Wirtschaftsförderung und Stadtsanierung

Jeweils 2 – 3 Angehörige dieses Amtes haben in allen 8 Laiengutachtergruppen Tag für Tag an deren Arbeit teilgenommen. Sie sind dabei als Informationseingabe (Referent) oder als Ansprechperson am Expertentisch tätig gewesen. Sie haben in Einzel- und Gruppengesprächen

konkreten Anfragen standhalten müssen und zahllose Sachstandpunkte mitangehört. Ein nur allgemeiner und nur „weltanschaulicher“ Meinungsaustausch war dabei so gut wie überhaupt nicht zu beobachten. Die Identifikation der Teilnehmer mit ihrer Sachgutachterrolle hat vermutlich eine derartige Diskussion nicht aufkommen lassen.

Die Verwaltungsangehörigen, die unter diesen Bedingungen mit den Gruppen im Austausch standen, haben in angebbaren Sachverhalten von ihnen mitgebrachte planungsrelevante Ansichten weiterentwickelt oder sogar deutlich korrigiert.

Die Erfahrungen mit den Planungszellen waren für die Herren aus dem Amt offenbar so überzeugend, daß bestimmte Elemente des Modells (vorbereiteter Ablauf, Gruppengröße, programmierte Informationseingaben, Bewertungsbogen, neutrale Moderation, versuchsweise sogar: Teilnehmervergütung) für die Durchführung der Betroffenen-Anhörung direkt übernommen wurden (vgl. Schulte/ Bertels (1976), S. 8).

Arbeitsgruppe Wirtschaftsförderung und Stadtsanierung

Die an der Sanierungsmaßnahme Hagen-Haspe beteiligten Dienststellen der Stadt Hagen sind in einer speziellen Arbeitsgruppe zusammengefaßt. Am 21. Mai 1976 fand im Rathaus der Stadt, Sitzungsraum I, eine Arbeitssitzung dieser Gruppe zur Entgegennahme der Ergebnisse der Planungszellen statt. An der Sitzung nahmen folgende Ämter teil:

- Straßen- und Brückenbauamt,
- Amt für Wohnungswesen,
- Vermessungs- und Katasteramt,
- Stadtplanungsamt,
- Bauverwaltungsamt,
- Liegenschaftsamt,
- Stadtsteueramt,
- Stadtkämmerei,
- Bezirksverwaltungsstelle Haspe,
- Amt für Statistik und Stadtforschung,
- Amt für Wirtschaftsförderung und Stadtsanierung.

Nach dem Referieren der relevanten Ergebnisse wurde in der Diskussion insbesondere auf die Interpretation und die Bedeutung der erarbeiteten Aussagen eingegangen.

Die Aussprache wurde nach Schluß der Sitzung im mehreren informellen Gesprächen fortgesetzt.

Bezirksvertretung Hagen-West

Die am 5. Oktober 1976 tagende 7. Sitzung der Bezirksvertretung West der Stadt Hagen hatte

einen Vortrag von Prof. Dienel über „Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens Planungszelle bei der Innenstadtsanierung Hagen-Haspe“ als Punkt 4 auf ihre Tagesordnung gesetzt. Die anderen beiden wesentlichen Punkte, nämlich „Einleitung eines Verfahrens im Bebauungsplangebiet Nr. 9/75“ und „Erlaß einer Veränderungssperre im Bebauungsplangebiet Nr. 9/75“, standen in unmittelbarem Zusammenhang mit den von den Planungszellen bearbeiteten Problemen und den dabei erzielten Ergebnissen.

Die eingehende Aussprache vertiefte die Ergebnisse und die offen gebliebenen Fragen. Nach Abschluß der Tagesordnung wurden die anwesenden Bürger in die Diskussion einbezogen.

Rat und Verwaltung

Ein schriftlicher Bericht über den Verlauf des Untersuchungsvorhabens, der die bisher ausgewerteten Ergebnisse der Planungszellenarbeit sowie des Vermittlungsprozesses enthalten soll, wird den Ratsmitgliedern und der Verwaltung übergeben werden.

Presse

Um die Arbeitsbedingungen, die für eine Pilot-Untersuchung gelten, voll zu wahren, ist von einer Einschaltung dieser Adressatengruppe insbesondere in die Durchführung der Probeläufe, aber auch in die Vermittlung der betreffenden Ergebnisse so weit wie möglich abgesehen worden.

Nicht vermeiden ließ sich eine Berichterstattung über die öffentlichen Sitzungen (Sanierungsbeirat, Bezirksvertretung), auf denen Ergebnisse der Planungszellen referiert wurden (vgl. auch Kapitel VI/2).

5. Rückblick nach 20 Monaten

Kurz vor Weihnachten 1977 fand mit Vertretern des Innenministeriums NW, der beteiligten Stadt Hagen sowie mit fachlich interessierten Vertretern anderer Institutionen ein Auswertungsgespräch über die Planungszellen-Ergebnisse in der Gesamthochschule Wuppertal statt.

Die Sachberichte, die von seiten der Stadt Hagen dabei vorgetragen wurden, machen es möglich, einige der hier angedeuteten Teilergebnisse weiter auszuführen: Die Planungszellen haben hervorhebungswürdige Auswirkungen in zwei Hinsichten gehabt, nämlich für den Ablauf wie für den Inhalt der Planung.

Auswirkung für den Planungsablauf

Die acht Laienplanergruppen haben insgesamt für das Zustandekommen allseitig akzeptierter und damit durchsetzbarer Lösungsvorschläge in der schwierigen Stadtentwicklungssituation von Hagen-Haspe eine fühlbare Beschleunigung und Erleichterung bewirkt. Das für die Sanierung notwendige Strukturkonzept ging „erstaunlich schnell und glatt durch alle Ratsgremien“.^{53a}

Auswirkung auf den Planungsinhalt

Leichter nachprüfbar als derartige Beurteilungen der Effekte von Planungszellen für das Gelingen des Stadtentwicklungsprojektes sind die Auswirkungen, die sie für die inhaltliche Gestaltung einiger der Planungen gehabt haben. Hier liegt nämlich inzwischen der Entwurf eines Strukturplanes vor (siehe den nachfolgenden Plan). Er belegt, wenn man ihn mit früheren Plänen vergleicht, einige der Meinungsänderungen und Gedankenfortschritte, die sich bei den Verantwortlichen seitdem ergeben haben.

- Der Durchgangsverkehr der B 7 wird der nördlichen Umgehung folgen, für die sich die Laienplaner ausgesprochen hatten.
- Die Aufteilung der Nutzungen der freien Hüttenwerksflächen (Gewerbe/Wohnen/Freizeiteinrichtungen), die jetzt erstmalig vorgelegt wird, hält sich eng an die Grundvorstellungen und Ausführungsvorschläge, die in den Gruppen erarbeitet worden sind.
- Vor allem aber bleibt die Corbacher Straße erhalten. Von der vorgesehenen Verbreiterung und dem damit notwendigen Häuserabriß hat man Abstand genommen.

Man wird nicht immer genau verfolgen können, in welcher Form und auf welchen Kanälen Bewertungen aus Bürgergruppen auf die förmliche Meinungsbildung einwirken. Vielleicht entziehen sich manche (möglicherweise nicht unwichtigen) Einwirkungsweisen weitgehend überhaupt der schlichten empirischen Überprüfung. Daß hier Zusammenhänge bestehen, ist aber deutlich. Präferenzen, wie sie die Laienplaner 2 Jahre zuvor – mitunter im Gegensatz zur herrschenden Meinung – zum Ausdruck gebracht haben, finden sich jetzt in der offiziellen Planung wieder.

^{53a} Vgl. Meldung des doa-Landesdienstes NW vom 29.12.77

B. Ertrag für die Weiterentwicklung des Modells Planungszelle

Neben den umfangreichen und sehr gezielten Leistungen, die die Planungszellen zum Fortgang des örtlichen Sanierungs- und Stadtentwicklungsvorhabens Hagen-Haspe beigetragen haben, steht der Ertrag zur Begutachtung an, den die Probeläufe für die Weiterentwicklung des hier eingesetzten Modells erbracht haben. Dieser Ertrag ist noch eindrucksvoller. Er ist sowohl aufweisbar in der positiven Bestätigung von Annahmen, die vorab über den Verlauf und über die Wirkungen dieses Beteiligungsverfahrens gemacht worden sind, wie auch in Verbesserungsmöglichkeiten, die sich für bestimmte Details des verwendeten Modells jetzt bereits aufzeigen lassen.

Diese generell positiven Ergebnisse machen es gleichzeitig möglich, diejenigen Fragen relativ genau zu kennzeichnen, die bei der weiteren Entwicklung des Modells Planungszelle als beantwortbar aufgegriffen werden können.

1. Bestätigung von Annahmen

Die im vorliegenden Bericht beschriebene Ausführung des Modells Planungszelle ist erstmalig in Hagen-Haspe eingesetzt worden. **Das vorgegebene theoretische Konstrukt hat sich dabei als durchführbar erwiesen.**

Im einzelnen konnten unter anderem folgende Annahmen, die über das Teilnehmerverhalten, über das Mitarbeiterverhalten oder über den Planungs-out put zunächst gemacht werden mußten, widerlegt oder bestätigt werden.

a) Annahmen über Teilnehmerverhalten

- Die Verfahrensteilnahme ist zumutbar

Die Planungszelle ist ein kompliziertes und zunächst ungewöhnlich anmutendes Konstrukt. Sie hatte während der Konstruktionsphase heftige interne Diskussionen ausgelöst. Ansatzpunkte der Kritik waren insbesondere: der Teilnahme„zwang“, die Uniformiertheit der Teilnehmer („Laien“), der Manipulationsverdacht des Teilnehmers oder die „Nicht-Betroffenheit“.

Demgegenüber hat sich ergeben, daß das Verfahren vom Bürger in einem nicht erwarteten Ausmaß als „Selbstverständlichkeit“ erlebt wird. **Der im Zufall ausgewählte Laie akzeptiert die angebotene Arbeitsmöglichkeit als sinnvoll**, ohne ihre „Ungewöhnlichkeit“ ausdrücklich zu problematisieren.

- Die Motivation reicht für die Mitwirkung aus

Bei der für viele ungewohnten ganztägigen Mitarbeit hat es so gut wie keinen Fall von schülerhafter Abwehrreaktion gegeben. Pausenforderungen oder das bei Vorträgen durchaus nicht seltene „Einschlafen“ ist in keiner der Gruppen vorgekommen. **Keiner der 124 zufällig ausgewählten Teilnehmer ist im Verlauf der mehrtägigen Veranstaltung ausgefallen** („Abspringen“). Alle Personen, die die ihnen zunächst unbekannte Mitarbeit aufnahmen, haben bis zum Abschluß der Maßnahme durchgehalten⁵⁴. Das gilt auch für Personen, bei denen dieses Durchhalten besonders unwahrscheinlich war (z.B. Mütter junger Kinder, selbständig Tätige).

Diese hohe Motivation wird darüberhinaus durch eine Fülle von Beobachtungen während des Ablaufs und durch protokollierte Teilnehmeräußerungen belegt.

Die ursprüngliche Annahme, eine engagierte Teilnahme hinge weitgehend von etablierten positiven Außenerwartungen ab, ist widerlegt worden. Der als notwendig angenommene Kranz prestigefördernder Maßnahmen (Presseerwähnung, Eröffnung durch Oberbürgermeister, eigener Teilnehmerausweis, Freifahrkarte im städtischen Nahverkehr u. dergl.) war nicht erforderlich. Die gewährten psychologischen benefits (die neue Tätigkeit; die neue Gruppensituation) reichten vollständig aus.

- Das Lernvermögen ist hinreichend

Einer der Haupteinwände, die sich in der Konstruktionsphase des Modells nicht hinlänglich ausräumen ließen, zielte auf die Laienqualität der im Zufall ausgewählten Teilnehmer. In der Planungszelle werden Nicht-Fachleuten über oft sehr komplexe Zusammenhänge Urteile abverlangt. Können Laien überhaupt mitplanen?

Die acht Probeläufe in Haspe haben demgegenüber die vorläufigen Ergebnisse der früheren Erstversuche massiv bestätigt: **die Laienteilnehmer zeigen nicht nur dem äußerlichen Bild nach ein hohes Maß konzentrierter Mitarbeit, sie sind in aller Regel auch tatsächlich in der Lage, mit den erhaltenen Informationen so umzugehen, daß aufgabenentsprechende Entscheidungen zustande kommen.**

⁵⁴ Als Ausnahme müßte lediglich ein Bundeswehr-Soldat gewertet werden, der für nur einen Tag an der Arbeit der Planungszelle teilnahm. – Da der weitere Sonderurlaub aber trotz eines erneuten Gesuches des Teilnehmers abgelehnt wurde, belegt dieser Fall – wie alle anderen – die hohe Motivation der Teilnehmer.